

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 15. Februar 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Wortstapel 2,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Eingelste Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit Musikischer Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Von Ketteler bis Trimborn.

Kollaris und Brotwucher, der Bruch der Geschäftsordnung, die Marine- und Militärsünden, das Stöcken jeder socialpolitischen Gesetzgebung während der letzten Legislaturperiode, das hinsichtlich des Reichstags-Wahlrechts erwachte Mißtrauen, kurz, sein ganzes fünfjähriges Stündenregister scheinen so schwer auf dem Centrum zu lasten, daß es unmittelbar vor Parlamentsauflösung sich kampfhaft bemüht, die vielen Böcher seiner Parteimontur mit möglichst aufwändigen Lappen zu übersäen und seiner rebellierenden Arbeiter-gesellschaft einige christliche Geduldspillen in Gestalt von Entwürfen zu verabfolgen, die schon deshalb nichts besagen, weil sie in dieser Session doch nicht mehr Gesetz werden können. In den letzten Tagen suchte man durch einen Antrag des christlichen Parabe-Arbeiters Stöckel auf Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages allen Schädeln im Lande Sand in die Augen zu streuen. Die Socialdemokratie hat diese Forderung und weitergehende seit langen Jahren vertreten. Aber die Centrumsherrn, deren politische Weisheit angesichts der näher-rückenden Wahlen auch die fadenheimigsten Agitationsmäntelchen nicht mehr verschmähten, glauben sich das billige Vergnügen nicht vertragen zu sollen, bei jeder Gelegenheit eine Priorität in Anspruch zu nehmen, die ihnen in Wirklichkeit nicht im entferntesten zusteht. Was soll auch aus dem Centrum werden, wenn das bisherige social-politische Fühnere, der sich beim Kollaris so weihnachts-mäßig ausnahm, daß man ihn jetzt nicht dick genug auf die Tonsuren streuen kann, auch noch abhanden gerät? Dabei wird das belampte verstaubte Schachbrett aus der Dunkelkammer herangeholt, dessen Inhaltsverzeichnis mit Bischof Ketteler beginnt und sofort mit Hitze aufhört, weil ein einziger Satz genügt, um ans Ende des Lateins zu gelangen. Selbst eine Centrumgröße wie der Abg. Trimborn wußte nicht mehr vorzubringen, als er in der Sitzung vom letzten Donnerstag sich zu dem schwunghaften Ausdruck verließ:

„Was das Centrum angeht, so kann ich Ihnen doch wohl entgegenhalten, daß aus unsren Reihen jener große Bischof hervorgegangen ist, der in gewissen Sinne die deutsche Socialpolitik inauguriert hat, ich meine insofern, als der katholische Volksteil in Betracht kam. Er hat 1848 schon ein ziemlich ausführliches Arbeiter-schutz-Programm proklamiert, als an Sie noch niemand dachte, und in seinem Geiste haben wir hier weiter gearbeitet, in erster Reihe unser Kollege Dr. Hitze, dem Sie doch gewiß social-politische Verdienste nicht abschreiben können, — auch der schlimmste Gegner kann über ihn nicht das Verdikt fällen, daß er nichts erreicht und erzielt hätte!“

Dem Abg. Trimborn ist hier nur das kleine Mißgeschick begegnet, das bei Wahrheitskämpfen seiner Art nicht selten sein soll, nämlich daß seine Worte ebenso viele Unwahrheiten wie Behauptungen enthalten. Es ist eine Unwahrheit, daß die Social-politik wie „jener große Bischof“ Ketteler sie verstand, von diesem letzteren eröffnet ward; der geistige Urheber der „Kettelerschen“ Social-politik war Lassalle. Es ist des weitern eine grobe, auf Täuschung der deutschen und vor allem der katholischen Arbeiterwelt berechnete Unwahrheit, daß der Socialpolitiker des Centrum, Hitze, im Kettelerschen Geiste weiter gearbeitet habe.

Ketteler selbst war ehrlich genug, seine geistige Abhängigkeit von Lassalle unumwunden auszusprechen. Sein Werk „Arbeiterfrage und Christentum“ beruht ganz auf Lassalleschen Voraussetzungen. Wie Lassalle ging er in der Beurteilung der Lage des Arbeiterstandes vom „ehernen Lohngesetz“ aus, deren agitatorische Werturteilung seitens der Socialdemokratie ja gerade im Munde der Centrumskleute einen beliebigen Vorwurf bildet. Bei dem agitatorischen Wummenschanz, den diese Herren mit Ketteler zu treiben pflegen, mag die Thatsache unterstrichen sein, daß Ketteler in dem ehernen Lohngesetz „mit vollem Recht die ganze Arbeiterfrage“ sah, „den Probierstein aller Vorschläge, dem Arbeiterstande zu helfen“. „Die materielle Existenz des Arbeiterstandes“, sagt er, „die Beschaffung aller notwendigen Lebensbedürfnisse für den Arbeiter und für seine Familie ruht nämlich mit so wenigen Ausnahmen, daß sie diese Regel nicht alterieren, auf dem Arbeiterlohne, und der Arbeiterlohn bestimmt sich in unsrer Zeit nach der Lebensnotwendigkeit im strengsten Sinne, d. h. nach dem, was der Mensch an Nahrung, Kleidung und Obdach unumgänglich notwendig bedarf, wenn nicht seine physische Existenz vernichtet werden soll. Die Wahrheit dieses Satzes ist durch die bekannten Kontroversen zwischen Lassalle und seinen Gegnern so evident gemacht, daß nur die Absicht, das Volk zu täuschen, sie bestreiten kann.“ „Das ist die Lage unsres Arbeiterstandes; er ist angewiesen auf den Arbeiterlohn; dieser Arbeiterlohn ist eine Ware; ihr Preis bestimmt sich täglich durch Angebot und Nachfrage; die Aze, um die er sich bewegt, ist die Lebensnotwendigkeit; ist die Nachfrage größer als das Angebot, so steigt er etwas über diese Aze; ist das Angebot größer als die Nachfrage, so fällt er unter sie herab; die allgemeine Tendenz ist aber wie bei der Ware, die Wohlfeilheit der Produktion; und so kann bei dieser ganz mechanisch-mathematischen Bewegung der Fall nicht ausbleiben, daß zuweilen selbst die äußerste Notdurft nicht mehr durch den Preis der Arbeit gedeckt werden kann und daß ein Hinsinken ganzer Arbeiterklassen und Arbeiterfamilien, ein langsames Verhungern derselben eintritt.“

Entlehnt der Mainzer Bischof seine wirtschaftliche Grundansicht dem Socialismus Lassalles, so entlehnt er Marx die Idee von der Accumulation des Kapitals. „Wenn wir bedenken“, sagt er, „wie massenhaft jetzt schon das Kapital in einzelnen Händen und in einzelnen Gesellschaften angehäuft ist, so müssen wir bekennen,

daß die Wirkung, welche in dieser Hinsicht das Kapital in Zukunft üben wird, noch gar nicht abgesehen werden kann. Die Zahl der eigentlichen Lohnarbeiter und Tagelöhner muß ins Unermeßliche zunehmen, da sich die Geschäfte notwendig mehr und mehr konzentrieren werden.“ Darum tritt er auch in die praktischen Hilfsmittel ein, wie Lassalle sie vorschlägt. Der Gedanke der Produktivassoziationen ist ihm durchaus sympathisch und er fordert lebhaft zu ihrer Verwirklichung, wenn auch aus privaten Mitteln, auf. „Die Partei“, sagt er, „deren Hauptvertreter Lassalle ist, hat das unbestreitbare Verdienst, die . . . Lage des Arbeiterstandes . . . mit unerbittlicher Schärfe und Wahrheit ausgedeutet zu haben. Sie stellt daher auch mit derselben Richtigkeit als Aktion den Satz auf: daß, wer überhaupt dem Arbeiter in dieser Lage gründlich und wirksam helfen will, Mittel auffinden muß, wodurch dem Arbeiterstande eine neue und reichere Erwerbsquelle neben dem notdürftigen Arbeitslohne eröffnet wird.“ Ketteler findet, daß der übersehende Kapitalgewinn zu Unrecht dem Geschäfts-Inhaber allein zufalle. „Es käme darauf an, den Arbeiter . . . zugleich auch zum Teilnehmer (an Geschäft) zu machen.“ Daher sind ihm die Produktiv-Assoziationen Lassalles ein „auf dem Natur- und Grundgesetz des Menschenseins beruhendes Wirtschaftsprincip“, „ein sicheres Mittel, dem Arbeiterstande zu helfen“, „die unmittelbarste und handgreiflichste Lösung des socialen Problems“.

Angesichts dessen ist es eine geradezu kindliche Einfalt, eine Persönlichkeit wie Ketteler, der sein ganzes ökonomisches Mißzeug dem Socialismus entnommen, gegen den Socialismus auszuspielen zu wollen. Herr Trimborn thäte besser, daran zu denken, wie der warme Appell Kettelers an die besitzenden Kreise des Katholicismus, die Lassalleschen Produktiv-Assoziationen ins Leben zu rufen, von diesen völlig und gefühllos überhört wurde, wie die besitzenden Klassen des Katholicismus, dieselben, die heute im Centrum den katholischen Volksteil politisch vertreten, den „großen Bischof“, mit dem man sich nicht genugsam zu brüsten weiß, schmählich im Stich gelassen haben, als der eigene Geldsack in Frage kam.

Und ebensowenig wie die katholischen Kapitalisten der sechziger Jahre von Kettelerscher Socialreform, obwohl sie seiner Absicht entsprang, das Proletariat in den Dienst der Kirche zu führen, etwas wissen wollten, ebensowenig hat das Centrum mit ihr etwas gemein. Zu seinem Programmverwurf für die deutschen Katholiken vom Jahre 1871 stellte der Mainzer Bischof die Forderung auf: korporative Reorganisation des Handwerker- und Arbeiterstandes. Das Galensche Programm vom Jahre 1877, wie es bis heute für das Centrum maßgebend geblieben ist, läßt nicht nur die socialistische Kritik Kettelers völlig fallen, es weiß von einer „korporativen Reorganisation des Arbeiterstandes“ absolut nichts. Es kennt nur die „Förderung korporativer Verbände“ für den Handwerkerstand, eine Aufgabe, die man im Handwerkerreformungs-Gesetz mit der bekannten Vollendung zu lösen versucht hat. Die Forderung Kettelers dagegen, den Arbeiterstand zu organisieren, eine Forderung, welche die Gewerkschaftsfrage ebenso wie die einer geschlossenen politischen Vertretung der Arbeiterschaft in sich schließt — den letzteren Gedanken entnehmen wir Hitze „Kapital und Arbeit“ — ist im Galenschen Programm völlig gestrichen. An ihre Stelle sind die bekannten social-politischen Quacksalbereien getreten. Aber jedermann erkennt, wie gerade durch das Auslassen jener Kettelerschen Forderung das Galensche und Kettelersche Programm sich wesentlich und principiell gerade in dem springenden Punkt unterscheiden. Wer die Konsequenzen des Kettelerschen Programms wenigstens teilweise gezogen sehen will, muß auf die Rede zurückgehen, die Domkapitular Nonn auf in Februar 1871 vor seinen Wählern in Mainz gehalten hat. Für ihn ist der Arbeiterschutz, zu dem das Centrum heute die sociale Frage verengen möchte, eine große Nebenfrage. Seine Forderungen sind im Gegen-satz sehr radikaler Natur und würden, wenn verwirklicht, tief und organisch in die gesamten Eigentumsverhältnisse eingegriffen haben. So verlangte er Regelung der Lohnhöhe durch den Staat, dem die Arbeitskraft des Arbeiters sei keine Ware, sondern sein Leben, und hier bedürfte es eines so mindestens ebenso wirksamen Schutzes, wie man ihn dem Rentner bewillige, der jedes Vierteljahr regelmäßig seine Rente erbehe. Nonn verlangte ferner staatliche Vorschüsse für Arbeitergesellschaften; Eisenbahngesellschaften schiehe der Staat Hilfsfelder und Kapitalien vor, der Arbeiter aber habe darauf ein besseres Recht, weil es ihm nicht darum zu thun sei, reich zu werden, sondern zu leben. Daneben verlangte der Mainzer Domkapitular runderweg die Abschaffung aller Steuern für den Arbeiterstand und die Befreiung vom Militärdienst, der so ungerecht sei, den schmalen Lohn des Arbeiters durch Steuer- und Militärlast noch zu schmälern. Dann aber müsse der Staat vor allem der Thranne des Kapitals, das vorweggenommen sei von dem Schweiß der Arbeiterklasse, ein Ziel setzen. Hier werden keine positiven Vorschläge unterstellt, und es mag zweifelhaft sein, ob Nonn sich der vollen Tragweite seiner Worte gerade vom Standpunkte der katholischen Eigentumstheorie, die, konsequent durchgeführt, notwendig zum Socialismus führt, bewußt gewesen ist. Immerhin zeigen seine Forderungen den himmelweiten Unterschied, der zwischen ihm und dem Kettelerschen Programm, von dem er ausgeht, und dem Galenschen Programm besteht, das man heute von Centrumseleitern als der socialen Weisheit letzten Schlag preisen hört.

Wir brauchen kaum nachzuweisen, daß diese „Socialpolitik“ Hitze, der dem Abg. Trimborn zufolge im Kettelerschen Geiste weitergearbeitet haben soll, mit alledem nichts zu thun hat. Dieser Herr hat sein sociales „Ziel“ bereits am 20. November 1884 klar dahin charakterisiert, daß es sich bede mit dem der englischen

Fabrikgesetzgebung, eine Art „Arbeiterschutz“, bei der eine der brutalsten kapitalistischen Ausbeutungsformen ausgiebig gedeihen kann; dabei aber von den politischen Freiheiten des englischen Arbeiters kein Wort! Englische Ausbeutung und deutsche Rechtlosigkeit, das ist das „Ideal“. Trotz alledem macht natürlich auch Hitze in „Socialismus“. Bei den bekannten Debatten über den Zukunftsstaat meinte er: „Wir sind auch für Socialismus“ in einer bestimmten Art: die Berufsgenossenschaften auf einer gewissen socialistischen Grundlage sind sogar ein spezifisches Ideal der Centrumspartei.“ „Soweit die Arbeiter Zucht, Ordnung, Disziplin und Bildung genug besitzen, um demokratisch-genossenschaftlich ein Unternehmen einzurichten, sind wir gern bereit, diese Entwicklung zu fördern, aber nur insoweit. Auf diesem Gebiet müssen wir langsam vorgehen, da geht es nicht mit Riesenschritten. . . Wir thun alles, um die Arbeiter in diesem Geiste zu schulen; wir sind sogar gern bereit, den Gedanken zu erwägen, ob auch von Staatswegen Mittel gegeben werden könnten, um diese Bewegung zu fördern“. Wie großmütig und edel! Wie ganz im Sinne Kettelers! In der Hitze'schen Schrift „Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung“ nimmt derselbe Gedanke sich freilich schon anders aus. Hier heißt es: „Die Produktiv-Genossenschaft wird stets nur für eine kleine Elite der Arbeiter in Betracht kommen und nur unter bestimmten wirtschaftlichen und persönlichen Voraussetzungen möglich sein. Ob die Schulung der Arbeiter durch die Mitverwaltung der Versicherungskassen, durch Vereine usw. für die Unternehmungsform der Zukunft mehr Chancen bietet, ist fraglich“.

Man sieht, soweit Hitze und mit ihm das Centrum Kettelersche Forderungen überhaupt noch vertreten, sind diesen die „Gitzähne“ sorglich ausgebrochen. Gerade ein Vergleich der Kettelerschen Forderungen mit der „socialen“ Politik des Centrum in der Vera der Buchergölle zeigt, wogu der Merikallismus sich seit 1877 immer deutlicher entwickelt hat. Wenn man sich aber wie das Centrum in einer Lage befindet, in der sich der nackte Kapitalismus nur noch äußerlich notwendig mit einem konfessionellen Firnis überziehen läßt, dann thut man auf alle Fälle wohl daran, nicht Erinnerungen herauszufordern, die dem Gegner das denkbar beste Agitationsmaterial in die Hand liefern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

Reichstag.

Das Gesetz geht weiter, das beim Ministergehalt des Grafen Hofadomsky zwischen unsrer Partei und den bürgerlichen Fraktionen entbrannt ist und diese letzte socialpolitische Debatte vor den Wählern charakterisiert. Genosse Peus polemisierte heute gegen Stöckel und Heyl und hielt Herrn Stöcker ein paar kräftige Bibelzitate unter die Nase. Dem Staatssekretär, dem das republikanische Symbol ein Grauel ist, erwiderte er treffend, daß sich die Gleichberechtigung der Arbeiter nur in der vollendeten Demokratie verwirklichen lasse. Wie es mit dieser Gleichberechtigung jetzt beschaffen ist, zeigte unser Redner an der Rechtlosigkeit des Landarbeiters, dem das Wahlrecht noch immer nicht gegeben ist und dem selbst das Genossenschaftsrecht verweigert wird.

Es folgte ein Schwarm von Gegnern, deren Unbeträglichkeiten kaum Erwähnung verdienen. Die Nachener Centrumskleute Sittart hielt eine Ratschensnustunde und bewies die Existenz des lieben Gottes.

Herr Franken, der schliche Mann aus der Werkstatt der Nationalliberalen, der zum Unternehmer herzlich emporgediehen ist, produzierte sich, angeregt durch Herrn Paasche, als Volksdiäter und trug die rührende Geschichte von der alten Frau vor, die jeden Abend ihren Rosenkranz für Krupp betet.

Eine noch rührendere Geschichte wußte die Spandauer Ordnungsbüchse Pauli von einer Halbdeule zu erzählen, die die Verschwendungsjucht der Verwaltung der Veeliger Gemeindegaststätte auf den Müll geworfen hat. Woraus zu folgern ist, daß es den Arbeitern viel zu gut in diesen Heimen geht, und daß die parlamentarischen Grundzüge Höfens auf sie übertragen werden müssen.

Nicht in das Gebiet des Weiteren fiel die Rede des freimüthigen Socialpolitikers Dr. Crüger: sie hatte einen recht fatalen Beigeschmack. Der Haß dieses Mannes gegen die unabhängigen Konsumvereine geht so weit, daß er sie — natürlich in Form eines Wunsches — der Behörde wegen Ueberschreitung des Genossenschaftsgesetzes denunziert. Im übrigen spielte er sich als verfeinbete Unschuld auf und wollte nur den milderen Umstand gelten lassen, daß die Socialdemokraten zu dumm seien, um seinen Ausführungen folgen zu können. Wir müssen ohne weiteres zugeben, daß und Herr Dr. Crüger im Rechnen bedeutend über ist. Er gab heute wieder eine glänzende Probe seiner socialpolitischen Kritik, indem er es als vollkommenen Erfolg für die vierundzwanzigstündige Arbeitruhe bezeichnete, die die Stellner jetzt alle vierzehn Tage haben, wenn ihnen alle acht Tage statt acht Stunden Ruhezeit wie jetzt 12 Stunden gewährt würden. 2 x 4 = 24. So rechnet Herr Crüger.

Nach einer kurzen Polemik des Abg. Dr. Barth gegen die Behauptung des Grafen Hofadomsky, der Freihandel habe die englische Landwirtschaft ruiniert, unternahm Genosse Molkenbühr eine eingehende kritische Würdigung der Kruppschen Wohlfahrts-Einrichtungen. Das schlagende Beweismaterial, das er beibrachte, wird von Herrn Paasche nicht fortigeredet werden können.

Herr Dr. Crüger erlitt die verdiente Züchtigung. Molkenbühr stellte fest, daß der „versteuerten“ Parlamentsbericht des Vorwärts an der betreffenden Stelle wirklich mit dem amtlichen Stenogramm der Crügerschen Rede übereinstimmt und Genosse Hoch konnte in

einer persönlichen Bemerkung aus dem A-B-C-Buch Eugen Richters vorlesen, wo als Grund für den Ausschluß der unabhängigen Konsumvereine aus dem Trägerischen Verbande ausdrücklich ihre enge Verbindung mit der Socialdemokratie angegeben wird. Herr Dr. Träger hatte jeden einen Verfechter genannt, der außerhalb des Hauses eine solche Behauptung aufstellen würde.

Die Debatte wird erst am Dienstag fortgesetzt. Am Montag fällt die Sitzung aus, weil der Präsident die Ausschüßungs-Kommission arbeiten lassen will. Es wird aber behauptet, daß der freie Tag nur gegeben wird, um die Mehrheit nach Berlin befördern zu lassen, damit die alte Schlachtmachefirma aus den Tagen des Zollkampfes wieder in Kraft treten kann.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Sonnabend die zweite Lesung des Etats der Justizverwaltung fortgesetzt. In der sogenannten Generaldebatte führte Abg. Radbuhl (C.) Klage darüber, daß die Personalakten, die von den Gerichtsbehörden geführt werden, selbst den in Betracht kommenden Beamten gegenüber geheim gehalten werden. Ihm schloß sich Abg. Arrieger (Fr. Vp.) an, der den Wunsch ausdrückte, daß den Justizbeamten wenigstens von den Personalakten Kenntnis gegeben werden möge, die sich auf ihr politisches Verhalten beziehen. Ein Wandel wird, wie der Rede des Justizministers zu entnehmen ist, nicht geschaffen werden, da das „altpreussische“ Traditionen widersprechen würde. Des weiteren wurde von den verschiedensten Seiten eine Vermehrung der Richterstellen gewünscht. Die Justizverwaltung ist bereit, diesen Wünschen Folge zu geben, sie muß sich aber mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage aufs äußerste einschränken. Bemerkenswert ist aus der Debatte ferner die Rede des Abg. Görderer (F.), der gegenüber den politischen Klagen über ungerechte Urteile gegen Polen pathetisch ausrief: „Es giebt in ganz Preußen keinen Richter, der sich beeinflussen ließe, selbst nicht von höchster Stelle!“ Hat man denn das versucht?

Im übrigen schweifte die Debatte von einem Punkt zum andern. Abg. Goldschmidt (Fr. Vp.) verteidigte die kaufmännischen Schiedsgerichte und gab der Versicherung Ausdruck, daß die Socialdemokraten bei den Wahlen zu diesen Gerichten unterliegen würden. Nach Bewilligung des Ministergehalts wurde angefaßt der bevorstehenden Neuwahlen von Rednern aller Parteien eine Befestigung der Kandidaten angeregt. Kein Redner wollte einem andern den Ruhm gönnen, zuerst sein warmes Herz für die Unterbeamten entdeckt zu haben.

Am Montag soll der Justizetat zu Ende beraten werden. Dann folgen die ersten Lesungen der Gesetzentwürfe betreffend die Gebühren der Medizinalbeamten und betreffend das Ausführungsgezet zum Reichsgesetz über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten.

Das Ende des Venezuela-Abenteuers.

Die Venezuela-Exekution hat ihr Ende erreicht. Die Friedensprotokolle mit Deutschland, England und Italien sind durch den Vertreter Venezuelas, den amerikanischen Gesandten in Caracas, Bowen, einerseits, und die Vertreter der drei Mächte andererseits unterzeichnet worden. Gleichzeitig ist die Blockade gegen Venezuela aufgehoben worden. Venezuela hat sich verpflichtet, einige Abschlagszahlungen an die Mächte zu leisten, alle übrigen Forderungen sind dem Haager Schiedsgericht zur Prüfung der Rechtmäßigkeit und zur Vereinbarung des Zahlungsmodus überwiesen worden.

Die Bedingungen, unter denen der Frieden abgeschlossen und die Blockade aufgehoben wurde, entsprechen nicht den Bedingungen, die von den Mächten, speziell von der am schneidigsten vorgehenden Exekutionsmacht, Deutschland, in dem am 8. Dezember überreichten Ultimatum gestellt worden waren. In diesem Ultimatum war die unweigerliche Zahlung der Ansprüche verlangt. Deutschland im besonderen hatte die sofortige Zahlung von 1700 000 Bolivares = 1800 000 M. verlangt. Nun hat sich allerdings Venezuela durch das Protokoll verpflichtet, diese Summe zu zahlen, aber keineswegs sofort. Nur 110 000 M. werden binnen 14 Tagen bar bezahlt werden, der Rest, der in Wechseln bezahlt wird, soll erst bis Ende Juli, also in 5 Monaten, fällig sein! Deutschland hat seine ursprüngliche Forderung also nicht durchgesetzt, sondern sich mit einem Venezuela genehmeren Zahlungsmodus begnügen müssen. Unfre Kaktus-Presse hat also allen Grund, ihre Siegesfanfaren zu dämpfen!

Angleich schlechter freilich noch steht es um die Befriedigung der weiteren deutschen Ansprüche, denen man durch die gepanzerte Faust nachdrück geben zu können glaubte. Aus der anfangs geplanten und in unserer Kaktus-Presse angekündigten Befreiung der venezolanischen Zollstellen, der Pfändung der venezolanischen Zolleinkünfte ist nichts geworden. Amerikas Einspruch und die Intervention Frankreichs hat den Pfändungsseifer der Exekutionsmächte bedeutend abgekühlt.

Von einer Verpfändung sämtlicher Zolleinkünfte ist in dem Friedensprotokoll keine Rede mehr. Venezuela verpfändet lediglich 30 Proz. der Zolleinkünfte von La Guayra und Porto Cabello, einen Betrag, der nach der „Norddeutschen Allgemeine Zeitung“ auf jährlich rund 5 1/2 Millionen Bolivares = 4 100 000 M. geschätzt wird. Das ist nur der vierte Teil sämtlicher venezolanischer Zolleinkünfte. Aber diese Sicherheit wird nicht etwa nur den drei Exekutionsmächten gewährt, sondern soll der Befriedigung sämtlicher Gläubiger dienen. An den vier Millionen Mark sollen auch die Vereinigten Staaten, Frankreich, die Niederlande, Mexiko usw. partizipieren! Wenn man demgegenüber bedenkt, daß sich allein Deutschlands Forderungen an Venezuela außer den 1700 000 Bolivares laut der deutschen Denkschrift auf drei Millionen Bolivares aus dem letzten Bürgerkrieg und weiteren 7 1/2 Millionen Bolivares der deutschen Venezuela-Eisenbahngesellschaft und sonstiger Firmen — also auf rund 10 Millionen Mark — belaufen, so kann man sich ungefähr ausrechnen, wie viele Jahre nötig sein werden, um diese Forderungen befriedigt zu sehen!

Der finanzielle Effekt des Venezuela-Kreuzzuges ist also ein über die Maßen kläglich! Deutschland wird danach in Jahren nicht einmal soviel an Schuldansprüchen einbringen, als ihm sein Flotten-Kreuzzug gekostet hat! Und diese Exekutionskosten werden ihm überhaupt nicht rückvergütet werden, da es ja sogar die beschlagnahmten venezolanischen Schiffe zurückgeben muß! Die Kosten des Bankier-Kreuzzuges muß der deutsche Steuerzahler bezahlen, in erster Linie also der Proletarier. Schon hat Ballestrin im Senatskonvent einen Etats-Kontrag angefaßt, wahrscheinlich die Kostenrechnung für die famose Venezuela-Pfändung!

Deutsches Reich.

Freiwillig und Landtagswahlen. Im Abgeordnetenhaus hat kürzlich der Abg. Kreitling einige Vorschläge zur Abänderung des Wahlreglements bezüglich der Urwahlen gemacht, die sich im wesentlichen mit den von uns schon im Januar vorigen Jahres (Vort. Nr. 14

1902) gebrachten decken. Nur in einem Punkte ist Herr Kreitling selbständig gewesen, hier aber fordert er den schärfsten Protest heraus. Er schlägt nämlich vor, die Stimmabgabe der einzelnen Klassen auf verschiedene Stunden festzusetzen, und zwar für die dritte Klasse von 11 bis 2 Uhr, für die zweite von 2—4, für die erste von 4—5 Uhr. Dem Vorschlage Kreitling kommt es offenbar im wesentlichen darauf an, den „Besseren“ Wählern die Unannehmlichkeiten zu ersparen, während ihnen die Erleichterung der Wahlbeteiligung für die Arbeiter — nun sagen wir einmal milde — gleichgültig ist. Aber ist es Herrn Kreitling gar nicht aufgefallen, daß ein außerordentlich hoher Prozentsatz von Arbeitern mindestens den halben Arbeitstag opfern müßten, wenn sie gezwungen wären, in der Zeit von 11 bis 2 Uhr zu wählen? Zum mindesten wären außer den Stunden von 11 bis 2 Uhr noch die Stunden von 5 bis 8 Uhr für die dritte Klasse zu fordern; richtiger wäre es, wie wir damals angaben, den ganzen Tag für alle Klassen offen zu lassen und drei getrennte Listen zu führen. Die „Freimüthige Zeitung“ weicht natürlich in ihrem Artikel über „das preussische Wahlreglement“ gegen die Kreitlingschen Vorschläge nichts einzuwenden. Um so lebhafter aber richtet sie sich gegen die vom Minister angebotenen Vereinfachungen der Abgeordnetenwahlen. Gewiß, meint sie, solle das bisherige übertriebene umständliche Verfahren bei den Stichwahlen geändert werden.

Aber falsch wäre es, wenn nur die beiden Kandidaten in die Stichwahl kämen, welche in der ersten Abstimmung die höchsten Zahlen erreicht haben. Denn wenn mehr als zwei Parteien konkurrieren, so gewinnen dieselben erst durch den ersten Wahlgang eine Uebersicht über ihre Stärke. Es muß ihnen dann Zeit gelassen werden zu Kompromißverhandlungen.

In der That, es wäre zu schrecklich, wenn in irgend einem Wahlkreis etwa der Socialdemokrat mit einem Rechtsparteiler in die Stichwahl gelangte und die Freimüthigen so in die peinliche Lage gebracht würden, schlechtweg öffentlich sich zu entscheiden, während man mit einem Kompromißlichen nicht nur über diese Zwangslage hinwegkommen, sondern eventuell noch ein Geschäftchen machen könnte.

Aber auch die vom Minister in Aussicht gestellte Zusammenziehung der Wahlgänge in Kreisen mit mehr als einem Abgeordneten behagt Herrn Richter nicht, denn, meint er, „es trifft oft zu, daß die Wahlmänner ihre Wahlabsicht für den zweiten oder dritten Abgeordneten verändern nach dem Ergebnis der ersten Wahl“. Sollten etwa in Breslau, wir fügen dieses Beispiel zur Erläuterung des freimüthigvolksparteilichen Gedankenganges bei, die freimüthigen Wahlmänner nach Uebereinkunft mit den Socialdemokraten die „Absicht“ gehabt haben, zum Entgelt für deren Unterstützung beim ersten und zweiten Wahlgang im dritten einen Socialdemokraten zu wählen, so könnten sie nach dem für den Freimüthigen günstigen Ergebnis der beiden ersten Wahlen ihre „Wahlabsicht“ für die dritte Wahl ändern, wiederum einen Freimüthigen wählen und so die Socialdemokraten vor eine Stichwahl zwischen Konserverativen und Freimüthigen stellen. Werden aber die drei Abgeordneten in einem Wahlgang gewählt, so würde zwar im gleichen Fall auch auf socialdemokratische Hilfe zu rechnen sein, wenn eine Liste mit zwei freimüthigen und einem socialdemokratischen Namen aufgestellt würde, für einen genialen politischen Handreich wäre aber keine Gelegenheit mehr. Sollte Herr Richter andre, bisher geheim gehaltene Bedenken gegen die gemeinsame Wahl der zwei oder drei Abgeordneten eines Kreises haben, so sind wir bereit, sie nach Veröffentlichung zu prüfen.

Konfessioniertes Rowdium. Die „Jenaische Zeitung“ nimmt sich interessanterweise der studentischen Trunkenbolde an, die im Uebermaß jugendlicher Gefühle das Denkmal des Stifteres der Universität mit Feuersteinen bombardierten. Der „fröhliche Unflug“ der jungen Herren könne bei keinem vernünftigen Menschen Anstoß erregen — obwohl Arbeiter in diesem Staate nicht einmal ernsthaftige Versammlungen abhalten dürfen, der Ordnung wegen. An dem Tumult seien nicht die Studenten Schuld gewesen, sondern — ein seltener Fall in einem reaktionären Lande — sondern die Polizei, die in nicht ganz angebrachter Ueberschneidung die Gemüther erregt hätte. Und der kleine Unflug, der an dem Denkmal angerichtet, gebe „noch niemandem ein Recht, den in der Verlaune sich vergessenden Thäter auf eine Stufe zu stellen mit denen, die mit der Absicht der Schändung in Berlin Rosenkranzbilder, und zwar die Standbilder selbst, nicht den Sockel verflümmelt haben.“ Wäre sehr, in Berlin handelt es sich offenbar auch um „in der Verlaune sich vergessende Thäter“, und der zufällige Grad des angerichteten Schadens ist doch ganz gleichgültig. Vielleicht sind es auch in Berlin — hierlaumige Studenten gewesen.

Dann befaßt sich das Blatt über den „unnötigen Lärm“, durch den Jena vor aller Welt angegeschwärzt werde. Und nun kommt der höchste Triumph: Die Studenten bringen jährlich, ganz niedrig gerechnet, zwei Millionen Mark in barem Gelde nach Jena. Was soll aus der Mägerschaft werden, wenn die Studenten dadurch vertrieben würden, daß man ihre Festezeiten nicht mehr als lebenswürdige Verlaune erachtet und schämt.

Das ist der Schlüssel: Die Studenten dürfen treiben, wie sie wollen, denn sie bringen Geld in die Stadt. Da nun die Arbeiter den Herren Vätern erst das Geld verdienen, das ihre Söhne in Jena verjubeln, so würden mithin die Arbeiter noch ein erhöhtes Recht auf derartige Ausbrüche der Lebenslust haben, und man würde ihnen raten, einmal auch solche Scherze zu versuchen, wenn sie nicht zu schade dazu wären.

Die Verrohung der Jugend verwandelt sich also bei den Studenten in ein rentables Geschäft, und die Zahlungsfähigkeit des akademischen Rowdiums seit sie sogar — nach den Wünschen der gutgefinnten Presse — gegen die Anwendung des Strafgesetzbuches. Charakteristisch ist es übrigens auch, daß die öffentliche Verhandlung der groben Ausschreitungen im Jenenser Gemeinderat verhindert wurde.

Ein wahrheitsliebender Druckfehlersteller hat sich der Rede des Centrumsabgeordneten Trimborn angenommen, worin dieser die Witwen- und Waisenversicherung, die auf Betreiben seiner Partei von 1910 ab das deutsche Volk beglücken wird, verteidigte. Er läßt ihn sagen, es sei eine widerwärtige Uebertreibung, dies Radwerl eine Witwen- und Waisenversicherung zu nennen.

In dem stenographischen Sitzungsbericht über die 253. Sitzung des Reichstages vom Sonnabend, 7. Februar 1903 heißt der betreffende Passus der Trimborn'schen Rede nämlich:

„Ich rede hier nicht von Uebertreibungen, wie wir sie in der socialdemokratischen Presse lesen konnten; daß das Ganze nur eine Witwen- und Waisen-Versicherung sei. Das sind Geschwätzigkeiten, widerwärtige Uebertreibungen und objektive Unwahrheiten, für die ich nur ein verächtliches Achselzucken habe.“

Die socialdemokratische Presse hat von einer Witwen- und Waisen-Verschämung gesprochen! Hätte sie von „Versicherung“ gesprochen, so wäre das in der That eine widerwärtige Uebertreibung und objektive Unwahrheit gewesen.

Sechzehn Millionen Briefumschläge für die bevorstehenden Reichstagswahlen sind von der Regierung zur Aufschreibung gebracht worden. Die neuen Wahlcouverts sollen nach der „National-Zeitung“ aus festem, weissem Papier gefertigt werden; durch schwarzen Druck auf der Innenseite werden sie völlig undurchsichtig gemacht.

Milde Belehrung, nicht die harte Hand wünscht die „Post“ gegenüber den Wählern. Die Regierung solle dem Bunde ja nicht den Krieg erklären; das erreiche das Gegenteil; denn „aus allgemein bekannten Gründen steht gerade in Bezug auf das Verhältnis zur Regierung das feste Rückgrat, die aufrichtige Haltung in besonders hohem Maße. Alles, was auch nur den Schein eines Druckes von oben erwecken könnte, würde naturgemäß alsbald eine Reaktion in den beteiligten Kreisen hervorrufen und den Bund im Sinne der Absichten der Bundesleitung fester zusammenschweißen.“

Wie faßt die alte kreisende Vettel bloßweisen zu säufeln vermag. Für den Bund der Landwirte sind eben die Minister immer

noch sonst was, und die reaktionären Parteien verlangen noch dem Regierungsschutz für diese tapfere Bestimmung! —

Das Centrum und die rheinischen Bauern. Eine Versammlung von etwa dreihundert Landwirten, die dieser Tage in Biesfeld im Wahlkreis Mülheim a. Rh. - Wipperfurth stattfand, nahm eine Resolution an, worin die Versammelten erklären, „voll und ganz auf dem Boden des Centrums“ zu stehen, die Wiederaufstellung des jetzigen Vertreters des Reichstags - Wahlkreises, Amtsgerichtsrat de Witt, aber abzulehnen, weil er die Interessen der ländlichen Bewohner des Kreises nicht genügend vertreten habe. Die Versammlung beschloß, durch eine Kommission mit dem Central-Wahlkomitee der rheinischen Centrapartei in Verbindung zu treten, damit ein anderer Kandidat aufgestellt werde. — Ähnliche Schwierigkeiten werden die unzufriedenen Bauern dem Centrum noch in einer ganzen Reihe anderer rheinischer Kreise machen. Die „Rheinische Volksstimme“ hat bereits die Gründung eines Wahlfonds für ländliche Reichstagskandidaturen ins Werk gesetzt. Der Beschluß des rheinischen Centrawahlkomitees, der die „Rheinische Volksstimme“ für nicht mehr zur Centrapresse gehörig erklärt, sieht bei den katholischen Bauern vielfach auf Widerspruch. Einige Versammlungen von Orts- oder Kreisverbänden des Rheinischen Bauernvereins haben dem Blatt und seiner Redaktion Vertrauensvoten erteilt, und zwei andre Ortsverbände haben sogar Geldbeträge zur Agitation für die „Rh. Volksz.“ ausgeworfen. Jedenfalls befindet sich das Centrum im Rheinland in einer äußerst unangenehmen Lage, und die Ungelegenheiten, die ihm die von den heimlichen und offenen Agenten des Bundes der Landwirte aufgehehten Bauern verursachen, werden je mehr wachsen je näher die Reichstagswahlen heranrücken.

Ein wertvolles Gehändnis über die Volkseindlichkeit der Centrumpolitik ist — so schreibt man uns — einem badischen Centrumsabgeordneten entschlüpft. In einer Polemik gegen den national-liberalen Staatsanwalt Junghans, der vor einigen Tagen eine antikerikale Wahlrede gehalten und dabei auch Bedenken gegen die Haltung des Centrums in den Fragen der Landesverteidigung geäußert hatte, meint der in Etlingen erscheinende „Badische Landmann“ u. a.:

„Endlich sind die Militär- und Marinebedenken des Herrn Junghans gegen das Centrum geradezu lächerlich — denn ohne die Mitwirkung des Centrums hätten seit mehr als 10 Jahren gar keine Wehrvorlagen durchgedrückt werden können; letztere sind aber so zahlreich und so schwerwiegend gewesen, daß das deutsche Volk unter seinen Militärlasten zu Wasser und zu Lande förmlich senkt, weshalb dem Centrum von anderer Seite der viel eher berechtigte Vorwurf gemacht wird, es sei in diesen Dingen zu nachgiebig gewesen. Kommt doch infolge der loslösten Militär- und Marinekosten die Reichskasse aus dem Dalkes gar nicht mehr heraus, für den die Engländer auf Kosten der Steuerzahler oder wichtiger kulturellen Aufgaben aufkommen müssen, sodaß das Gelpens der Steuererhöhung gar nicht mehr verschwindet.“

Man wird bei den nächsten Reichstagswahlen dieses Bekenntnis einer schönen Centrumsfeste, daß die Partei der Spahn, Vahren und Konforten dem deutschen Volke immer wieder neue neue Militär- und Marinekosten aufhalsen half, obwohl sie wußte, daß es unter denselben förmlich senkte und „aus dem Dalkes“ gar nicht mehr herauskommt, in entsprechender Weise zu verwerthen wissen.

Die Kachener Reliquien vor Gericht.

Genosse Bruhn als verantwortlicher Redakteur der „Börliger Volkszeitung“ war seiner Zeit zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden, weil er die Reliquien-Ausstellung in Kachen in dem genannten Blatte als einen Unflug bezeichnet hatte. Das Reichsgericht hob dieses Urteil am 2. Januar auf und ordnete eine nochmalige Verhandlung an, weil eine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen nur vorliege, wenn der ganze Reliquienkult in beschimpfender Weise besprochen werde, nicht eine spezielle Anfechtung von Reliquien. Es stellte sich dabei, ob in dem Wort Unflug überhaupt eine Beschimpfung liegt. Am Sonnabend, den 11. Februar, verhandelte die Strafkammer erneut gegen Bruhn und erkannte wieder auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen zusätzlich zu einer inoffiziellen gegen Bruhn verhängten einmonatigen Gefängnisstrafe. Das Gericht war nämlich einfach der Meinung, daß mit der Kritik der Kachener Reliquienausstellung der gesamte Reliquienkult getroffen werden sollte. Daß das Wort „Unflug“ eine Beschimpfung involviere, sei zweifellos, denn nach reichsgerichtlicher Judikatur sei sogar das Wort „Mißhand“ unter Umständen für eine rohe Beschimpfung erachtet worden! Genosse Bruhn setzte auseinander, daß er in seiner 25jährigen Thätigkeit als Socialdemokrat stets für Umwälzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eingetreten sei, sich um religiöse Dinge aber nicht bekümmert habe. Trotzdem erkannte das Gericht, die socialdemokratische Tendenz der Zeitung mache es ebenfalls wahrscheinlich, daß eine kirchliche Einrichtung beschimpft werden sollte! —

Eine Seite in Uniform.

Der „Danziger Neuesten Nachrichten“ entnehmen wir folgenden Bericht über eine Verhandlung des dortigen Divisionskriegsgerichts, die am 11. Februar stattfand.

Durch eine unglückliche, seine Untergebenen tief entehrende Behandlung, die in Mißhandlungen gipfelt, hat der Unteroffizier Kowalski vom 128. Infanterie-Regiment, welcher heute auf der Anklagebank sitzt, geklagt, sein Ansehen bei den Rekruten zu verlieren und „Jug“ in seine Korporalschaft hineinzubringen. Nicht weniger wie 150 Fälle von Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung liegen vor und die Verhandlung enthält denn auch empörende Vorgänge in der Korporalschaft des Angeklagten. „Sau“, „Schwein“ und ähnliche Verbaljurien bildeten bei dem Unteroffizier stets die Anredeformel und Dyrfeigen waren etwas so gewöhnliches, daß sie überhaupt nicht mehr auffielen. Den Musketier Wischniewski hat er mehrmals mit dem Seitengewehr geschlagen, mit der Faust Schläge unter's Kinn versetzt und auf der Stube hat er ihn einmal ohne jeden planmäßigen Grund mit dem gefestesten Fuß gegen die Schenkelbeine getreten. Wie der Unteroffizier berichtet, zeigt er recht der Fall Wischniewski, wo er den Rekruten mit der Faust ins Gesicht schlug, weil er, als er zum Exerzieren kam, einen Knopf am Waffenrock offen hatte. Um die Haltung zu forcieren, verabsolgte er Auftritte, so trat er ihn auch einmal, als er im Anschlag lag, gegen die Hüfte. In einem andren Falle verabsolgte er ihn Prügel mit der Kloppschelle. Den Musketier Marzgraf schlug er einmal mit einem Weckenstiel, den er ihm mit der Hand, Wankstiel hatte besonders viel zu leiden. Gegen ihn allein wurde Kowalski in 33 Fällen handgreiflich. Da letzte es die beliebtesten Faustschläge unter's Kinn, einmal schlug er ihn mit dem Seitengewehr gegen den Bund, auf der Stube stieß er ihn mit dem Gewehrkolben gegen die Brust und trat ihn mit der Absicht und Behemanz auf die Hüfte. Eine Reihe anderer Musketiere hat er ebenfalls geohreigt und einen rih er in brutaler Weise an der Nase. Auch der Musketier Wehmann, ein früherer Wächter, hatte von dem Angeklagten besonders schwer zu leiden. Einmal versetzte Kowalski ihm Faustschläge ins Gesicht, daß ihm Lippen und Zunge bluteten, ein andermal ohreigte er ihn verartig, daß er 14 Tage ein dickes Gesicht hatte, und stieß ihn mit dem Gewehrkolben. Da Wehmann beim Marschieren die Fußspitzen nicht recht herunternahm, belohnte der Unteroffizier ein besonderes Korrektionsmittel. Er trat ihn bei jeder Gelegenheit auf die Hüfte. Diese Behandlung hatte die Folge, daß dem Wanne ein Nagel abrietete und es ihm eine lange Zeit überhaupt nicht möglich war, zu marschieren. Besonders toll aber und den Rekruten entehrend war, daß er ihm beim Exerzieren 6—8 mal ins Gesicht spuckte! Geradezu unglücklich ist folgender Vorgang: Als Wehmann beim Marschieren einmal den Mund nicht recht schloß, befahl der Unter-

Aus der Frauenbewegung.

Schutz der Arbeiterinnen.

Die Beschwerdekommission, welche aus den Reihen der Arbeiterinnen hervorgegangen ist, kann wieder eine Zunahme ihrer Tätigkeit im vergangenen Jahre feststellen. Ist auch die Steigerung der Beschwerden, welche der Fabrikinspektion eingereicht wurden — dieselben stiegen von 24 im Jahre 1901 auf 30 im verflochtenen Geschäftsjahre — nur gering, so dürfen wir die häufigen Beschwerden der Heimarbeiter nicht vergessen, welche leider unberücksichtigt bleiben müssen, weil die Heimarbeit der Fabrikinspektion nicht untersteht ist. Ferner kommen in immer größerer Zahl die Arbeiterinnen zu den einzelnen Kommissionsmitgliedern, um Rat in gewerblichen und privaten Angelegenheiten zu erbitten. Es braucht nicht betont zu werden, daß Auskünfte sehr gern erteilt wurden.

Beschwerden gingen überwiegend aus der Konfektion ein, doch reihen sich ihnen solche aus der Metall-, Leder-, Holz-, Textil- und Beleuchtungsbranche an.

Ueber zu lange Arbeitszeit, namentlich an den Sonnabenden, wird sehr häufig Beschwerde geführt. Es scheint, die Arbeitgeber wollen sich noch immer nicht mit dem Gedanken vertraut machen, daß sie nicht mit der Zeit der Arbeiterinnen nach Willkür wuchern können. Bezeichnend für die leider so selten festgestellten Gesundheitszustände der Arbeiterinnen ist der Ausdruck eines Arbeitgebers nach der Recherche durch die Inspektion: er werde Beschwerde führen, daß man ihn in der Weise belästige. Der Herr beschäftigt junge Mädchen von 7-9 Uhr mit den üblichen Banen. Ueberstunden berechnet er nach dem Wochenlohn nicht um einen Pfennig höher, dafür zieht er den Mädchen jede halbe Stunde, welche sie auf Arbeit warten müssen, ab. Und so einer spielt den stillosen Enttäuschten, wenn ihm einmal in seine Ausbeutungsmethode hineingeleuchtet wird. Aus andern Beschwerden erfahren wir, wie leichtfertig mit Gesundheit und Leben der Arbeiter verfahren wird. So wurden in einem Betriebe für Präzisionsmechanik den Arbeitern nicht genügend lange und gute Handschuhe für die Handierungen mit Säuren geliefert. Ein Lehrling zog sich infolgedessen eine Blutvergiftung zu. In einer Lederfabrik waren in einem Stellerraum, welcher höchstens 40 Kubikmeter Luftraum hat, 10 bis 12 Arbeiter beschäftigt. Der Raum ist weder heizbar noch gediebt. Bei der Polizei ist derselbe als Lageraum angegeben. Dort herrscht abends so schlechte Luft, daß die Petroleumlampen häufig ausgehen.

Ferner lehren die Klagen über rohe Behandlung von Seiten der Unternehmer sehr häufig wieder. Es giebt Betriebe, in denen nicht nur die gemeinsten Schimpfworte an der Tagesordnung sind, sondern auch die Arbeiterinnen, Frauen sowie Mädchen geduldet werden. Es wäre doch endlich Zeit, daß sich die Frauen gegen eine solche Behandlung ganz energisch verhalten.

Dann folgen die Beschwerden über das Fehlen von Ankleideräumen sowie über gemeinsame Ankleideräume für Männer und Frauen. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, zu welcher unerträglichen Zuständen letztere Einrichtung führt. Ferner richteten sich sehr viele Beschwerden gegen die Unsauberkeit in den Arbeitsräumen und hauptsächlich der Aborte. Wir hören, daß Aborte im Arbeitsraum selbst abgeklärt werden, und ein besonderer Luftabzug nicht vorhanden ist. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, wenn für 40-70 Arbeiterinnen nur ein Abort vorhanden ist. In einer Fabrik müssen sogar 100 Arbeiterinnen mit einem Abort auskommen, während die Direktrice ein Geheimkabinett für sich allein verschlossen hält. In diesem Betriebe scheinen überhaupt ganz eigenartige Zustände zu herrschen. So wird zum Beispiel das Klammern bei der Arbeit mit einer Strafe bis zu 50 Pf. belegt. Der Schrank, in welchem die Arbeiterinnen ihre Speisen aufbewahren müssen, steht vor Schmutz und Schwaben, und doch kostet es Strafe, wenn die Arbeiterinnen ihre Stullen auf den Arbeitstisch legen.

Kommen wir im vorigen Bericht konstatieren, daß die Fabrikinspektion die Beschwerden schnell und gut erledigte, so müssen wir diesmal leider feststellen, daß die Inspektion nicht immer in gewünschter Weise arbeitete. Einige Male mußte die Beschwerde zweimal eingereicht werden. In einem Falle wurde überhaupt nicht kontrolliert. Aus einer Teppichfabrik hatten wir sehr arge Mißstände gemeldet; eine Recherche erfolgte jedoch nicht. Die Zustände in der Fabrik waren derartige, daß sich nach einiger Zeit eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung damit beschäftigte. Einen Tag, nachdem der Bericht im „Vorwärts“ veröffentlicht war, erfolgte prompt die Recherche. Es scheint, die Klagen in die Öffentlichkeit übte auch hier einen gewissen Druck aus. Ein andres Mal wurde auf Grund einer von der Kommission eingehenden Beschwerde und von der Inspektion angezeigter Arbeiterinnen aus der betreffenden Fabrik behufs näherer Ermittlung der Mißstände in die Sprechstunde der Assistentin zu senden. Man bedenke man aber, die Fabrik befindet sich in der Neuen Königstraße und die Arbeiterinnen sollten in die Sprechstunde der Assistentin des Bezirks R. Prinzen-Allee 88 gehen. Ja, wenn man den Arbeiterinnen solche Schwierigkeiten machen will, so werden die Beschwerden vereinzelt bleiben. Den Mädchen fällt es schon schwer genug, sich einmal zu einer Klage aufzuraffen; kommt man ihnen dann jedoch mit einer nochmaligen Darstellung, namentlich wenn dieselbe so viel Zeit in Anspruch nimmt, so kann man sicher sein, die Mädchen abzufordern. Leider hören wir vom Erfolg der Beschwerden in den seltensten Fällen, da die Inspektion aus grundsätzlicher keine Auskünfte giebt und die Arbeiterinnen es meist unterlassen, wieder vorzusprechen.

Ferner hat auf Anregung der Kommission der Reichstags-Abgeordnete Stadthagen es übernommen, einen Urlaub von Vorträgen über das Arbeiterrecht abzuhalten. Der rege Besuch der Vortragsabende, sowie die fleißige Beteiligung an den Debatten haben gezeigt, wie notwendig die Aufklärung weiterer Kreise über die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter sind.

Wenn wir auf das letzte Jahr unserer Tätigkeit zurückblicken, so können wir befriedigt sein und mit der wohl begründeten Hoffnung weiter schaffen, auch in der nächsten Zeit für die Arbeiterinnen Ersprießliches zu leisten.

Beschwerden nehmen entgegen: **H. Bander**, Bellealliancestraße 95, S. III. **Frau Baumbach**, Hofstraße 48, C. **Quergeb. I.**, Frau Dr. **Weyl**, Rothringstraße 67, I. **Frau Loh**, Waterloo-Ufer 9, im Laden. **Frau Weich**, Ludenstraße 3, hinter Aufg. IV. **Frau Lies**, Blumenstraße 68, I. rechts. **H. Gebemann**, Alte Jakobstraße 118, IV. **H. Grünberg**, Admirensstraße 8b, IV. **Frau Jech**, Ritzdorf, Steiuwegstraße 120, Hof I.

Sprechzeit jeden Mittwochsabend von 7-9 Uhr. **Gewerkschafts-Bureau**, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, im Laden. Vorm. 9-1 und nachm. 6-8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen **H. Heichert**, Engel-Ufer 4, **H. Nummer**, Georgenkirchplatz 21, **H. v. Bennigsen-Förder**, Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7-8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9-10 Uhr vormittags zu sprechen.

Die Beschwerdekommission der Arbeiterinnen Berlins.

Ritzdorf, Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hoppe, Berlinerstr. 15: Öffentliche Versammlung. Diskussion über Weltlichkeit der Schule usw. Diese Diskussionsabende haben den Zweck, die Frauen und Töchter mit den sozialdemokratischen Forderungen bekannt zu machen. Parteigenossen sind ebenfalls gern gesehen. Die Vertrauensperson.

Weißensee, Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Redalaten“, Redstraße 122, eine öffentliche Frauenversammlung statt. **Frau Emma Jhrer** spricht über das Thema: „Warum müssen die Frauen Sozialdemokraten werden?“ Außerdem steht die Wahl einer Kreis-Vertrauensperson für die Frauen des Niederschlesischen Kreises auf der Tagesordnung. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Die Vertrauensperson.

Sociales.

Der Bundesrat hat Vorschriften betreffend den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Präservativen, Sicherheitspessarien, Suspensorien und dergleichen erlassen. Danach darf in Räumen, in welchen Präservativen, Sicherheitspessarien und andre zu ähnlichen Zwecken dienende Gegenstände angefertigt oder verpackt werden, Arbeiter unter 18 Jahren und Arbeiterinnen eine Beschäftigung nicht gewährt und der Aufenthalt nicht gestattet werden.

In Räumen, in welchen Suspensorien angefertigt oder verpackt werden, darf entweder nur männlichen Arbeitern oder nur Arbeiterinnen eine Beschäftigung gewährt und der Aufenthalt gestattet werden. Jugendlichen Arbeitern sowie Arbeiterinnen unter einundzwanzig Jahren darf der Zutritt zu solchen Räumen nicht gestattet werden. Die Bestimmungen treten am 1. April 1903 in Kraft.

Besämpfung der Bleivergiftungen. In Nr. 4 der „Chemiker- und Ingenieur-Korrespondenz“ findet sich eine sehr beachtenswerte Mitteilung von Dr. med. Freiger über Lichtbehandlung bei Bleivergiftungen. Er erzielte durch „kombinierte blau-violettlichtbäder“ in sieben Fällen chronischer Bleivergiftung volle Heilung oder wesentliche Besserung; in 24 Fällen akuter Erkrankung konnte ein entschiedener leichter und rascherer Verlauf der Krankheit festgestellt werden. Die in die Gewebe gedringenen Bleiverbindungen werden durch den Schweiß ausgeschieden. Freiger hofft das Violettlichtbad auch als prophylaktisches Mittel zur Verhütung des Eintritts von Blei-Erkrankungen verwerten zu können, da es wahrscheinlich besonders leicht sein wird, im Entschleimungsablägerungen zu entfernen. Bei der Wichtigkeit dieser Frage für eine große Anzahl von Berufs- und Arbeiter — Berg- und Hüttenleute, Maler, Schriftsetzer, Schriftgießer, Glasbläser und besonders Arbeiter der Bleiweißfabriken — müssen diese Versuche in umfassender Weise fortgesetzt werden.

Die Errichtung einer Arbeiterkammer für Neuchâtel, 2. fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten des dortigen Landtages. Die Arbeiterkammer soll bestehen aus einem vom städtischen Ministerium zu bestellenden Sekretär, der die Geschäfte der Kammer besorgt, und etwa 24 Arbeitervertretern, welche in allgemeinen direkten Wahlen mit einfacher Mehrheit seitens der großjährigen Arbeiter gewählt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Graveure, Stempelschneider. Sämtliche Stempelschneider Berlins haben am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Zugut ist strengstens fernzuhalten. Verband der Graveure und Eisenere, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Bäcker! Die Arbeiter der Goldaderischen Bäckerei, Brannenstraße 130, haben wegen sorgfältiger Maßregelungen und sonstiger Chikanen Sonnabendabend einmütig die Arbeit niedergelegt. Zugut ist streng fernzuhalten! Der Vorstand des Bäckerverbandes.

Achtung! Tischler, Kleber, Sattler. Die Ausperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Tischlerfabrik von Oster u. Co., Alexandrinenstr. 110 ist am Freitag, den 13. d. M. nach gegenseitigen Verhandlungen zur Zufriedenheit der Ausgesperrten beendet worden. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattlerverbandes.

Die **Fasamentenarbeiter und -Arbeiterinnen** halten am Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 2, eine Versammlung ab. Die Versammlung hat den Zweck, die Arbeiterinnen auf die gegenwärtige Konjunktur sowie auf den Stand der Löhne aufmerksam zu machen. Besonders sind die Heimarbeiterinnen ins Auge gefaßt, da es uns gänzlich an Verbindung fehlt, so ersuchen wir die Genossen, alle ihnen bekannte Personen, welche in der Fasamentenbranche arbeiten, zum Besuch der Versammlung zu veranlassen.

Der **Abschluß des neuen Tarifs im Berliner Baugewerbe** soll — wie das „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“, Organ des Bundes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten offiziell mitteilt — gesichert sein. Die Verhandlungen in der „Achtzähler-Kommission“ für das Maurer- und Zimmergewerbe sind infolgedessen abgeschlossen, als eine Einigung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen dahin erzielt ist, daß die Tarifgemeinschaft auf zwei Jahre verlängert und der Stundenlohn vom 1. April d. J. bis zum 1. April 1904 auf 67 1/2 Pf. und danach auf 70 Pf. festgesetzt ist. Die Abminderung bedarf noch der endgültigen Zustimmung der beiderseitigen Generalversammlungen. Der Abschluß eines Tarifvertrages auch mit den Bauarbeitern wird als bevorstehend gemeldet.

Die **Jahresliste des Berliner Bauarbeiter-Verbandes** hat kürzlich ihren Jahresbericht für 1902 herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen. In Berlin und den Vororten machte sich besonders während der Monate Juni, Juli und August eine rege Bauhätigkeit bemerkbar. Diesen Umständen ist es auch zuzuschreiben, daß eine große Zahl auswärtiger Kollegen aus Orten, wo gestreift wurde, hieselbst Beschäftigung fanden. Allen Anschein nach verpricht auch das Jahr 1903 eine rege Bauhätigkeit. — Trotz aller Schwierigkeiten ist die Mitgliederzahl um 423 gewachsen, sie betrug am Jahresanfang 2845 gegen 2419 im Jahre 1901. Karten zum örtlichen Fonds sind bis zum 27. September, wo das Kartenjahr sein Ende erreichte, im Ganzen 4023 herausgegeben worden, ein Beweis für die große Schwankung im Mitgliederbestand. Arbeitslos waren 715 Mann; auf diese kommen in Summa 3565 Wochen, mithin im Durchschnitt pro Mann etwa 4 1/2 Wochen. — Die Gesamteinnahme belief sich auf 87 219,58 M., die Ausgabe einschließlich der Beiträge zur Hauptkasse betrug 47 788,26 M. An Arbeitslose wurden gezahlt 1142,45 M., für Genossengelder am 1. Mai dagegen insgesamt 4783,55 M. Infolge des mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarifvertrages ist es zu eigentlichen Arbeitsniederlegungen nicht gekommen, weshalb auch keine Ausgaben für Streikunterstützungen zu verzeichnen waren. Trotzdem wurden 112 Fälle betr. Schlichtung und Abstellung von Mißständen auf Bauten gemeldet. Sie bezogen sich auf Nichterhaltung der vertragsmäßigen Arbeitszeit, Nichtzahlung des vertragsmäßigen Lohnes, auf mangelhafte Bauarbeiten oder Aborte usw. Nur in einem Fall (Herrn Berrin-Spannan) kam es zu einer Einstellung der Arbeit, doch waren nach einer nur dreitägigen Arbeitsruhe die Differenzen erledigt. Wenn Fälle nur dem Verband der Baugeschäfte gemeldet werden, weil sich nicht gleich eine Regelung herbeiführen ließ. Fünf Fälle wurden vor dem Berliner und Schöneberger Gewerbegericht (vier mit Erfolg) und ein Fall vor dem Vermögens-Schiedsgericht (ohne Erfolg) zum Austrag gebracht. Der Vermögensbestand der Jahreshälfte betrug 40 401,82 M.

Deutsches Reich.

Textilarbeiterstreik in Colmar i. G. Bei der Firma Riener u. Comp. sind 400 Weber in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist die Einführung einer neuen Fabrikordnung, welche den Arbeitern die Verpfändung des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs rauben will, indem sie bestimmt, daß für Wartezeit z. B. eine Entschädigung nicht gewährt wird. Da aller Protest beim Fabrikanten sowohl wie bei der Behörde wirkungslos blieb, traten die Arbeiter am Montag in den Ausstand.

Aus der **Töpferbewegung** in Frankfurt a. O. haben die Töpfer den am 13. d. M. ablaufenden Tarif gekündigt. Die Innung hat einen Tarifentwurf aufgestellt, der für die Arbeiter nicht günstig ist, und sie verlangt die Anerkennung desselben, andernfalls sollen Verhandlungen mit den Arbeitern abgebrochen werden.

Die **Königsberger Töpfer** befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Unternehmer haben den Tarif herabgesetzt, und die Arbeiter wollen sich dagegen wehren.

Freisprechung eines Streikpostens. In Harburg ging der Bauarbeiter Rade eines Tages auf dem Fußwege gegenüber einer Waustraße auf und ab. Da damals gerade die Bauarbeiter streikten, vermutete der dort postierte Schutzmann in R. einen Streikposten und forderte ihn auf, seiner Wege zu gehen. Nach wenigen Schritten trat R. seine Frau und begann mit dieser eine Unterhaltung. Der Schutzmann erwiderte darin wohl eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und veranlaßte durch Anzeige, daß Rade wegen Uebertretung der Straßenpolizei-Verordnung angeklagt wurde. Er sollte die Bestimmung übertreten haben, wonach jedermann unbedingte einer polizeilichen Anordnung folgen muß, die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ordnung des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergeht. R. wurde jedoch in zweiter Instanz freigesprochen. Das Landgericht ging davon aus, daß eine Bestrafung wegen Uebertretung jener Vorschrift nur erfolgen könne, wenn auch objektiv ein Anlaß zum Einschreiten des Beamten gegeben gewesen sei. Dafür sei aber hier nichts festgestellt, auch nicht der geringste Anlaß. Daß gestreift wurde und der Beamte deshalb vermutete, R. sei ein Streikposten, könne die Aufforderung zum Verlassen der Gegend nicht rechtfertigen. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, das pflichtgemäße Ermessen des Polizeibeamten wäre maßgebend. Der Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft ab, da es an der objektiven Voraussetzung eines Einschreitens des Polizeibeamten gefehlt habe.

Das venezolanische Friedensprotokoll.

Berlin, 14. Februar. (B. Z. V.) Das von den Bevollmächtigten unterzeichnete Protokoll lautet:

Artikel 1: Die venezolanische Regierung erkennt im Prinzip die von der kaiserlich deutschen Regierung erhobenen Reklamationen deutscher Untertanen als berechtigt an.

Artikel 2: Die deutschen Reklamationen aus den venezolanischen Bürgerkriegen von 1898 bis 1900 belaufen sich auf 1 718 815,67 Bolivares. Die venezolanische Regierung verpflichtet sich, von diesem Betrage 5500 Pfd. Sterl. gleich 137 500 Bolivares sofort bar zu bezahlen und zur Tilgung des Restes fünf am 15. März, 15. April, 15. Mai, 15. Juni und 15. Juli 1903 an den kaiserlich deutschen Gesandten in Caracas zahlbare Wechsel über entsprechende Teilbeträge einzulösen, die Herr Votow sofort ausstellen und Herrn Freiherrn Sped von Sternburg übergeben wird.

Artikel 3: Die in den Artikeln 2 und 6 nicht erwähnten deutschen Reklamationen werden einer gemischten Kommission überwiesen.

Diese Kommission hat sowohl über die materielle Berechtigung der einzelnen Forderungen wie über deren Höhe zu entscheiden.

Artikel 4: Die im Artikel 3 erwähnte gemischte Deputation hat ihren Sitz in Caracas. Sie setzt sich zusammen aus je einem von der kaiserlich deutschen und der venezolanischen Regierung zu ernennenden Mitglieder. Die Ernennung hat bis zum 1. Mai 1903 zu erfolgen. Soweit sich die beiden Mitglieder über die erhobenen Ansprüche einigen, ist ihre Entscheidung als endgültig anzusehen, soweit eine Einigung unter ihnen nicht zu Stande kommt, ist zur Entscheidung ein Obmann zuzuziehen, der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ernannt wird.

Artikel 5: Zur Befriedigung der im Artikel 3 bezeichneten Reklamationen sowie der gleichartigen Forderungen anderer Mächte wird die venezolanische Regierung vom 1. März 1903 ab monatlich 30 Prozent der Zolleinkünfte von La Guayra und Puerto Cabello unter Ausschluß jeder andern Verfügung dem Vertreter der englischen Bank in Caracas überweisen. Sollte die venezolanische Regierung dieser Verpflichtung nicht nachkommen, so soll die Zollverwaltung in den beiden Häfen bis zur vollständigen Befriedigung der vorstehend erwähnten Forderungen belgischen Zollbeamten übertragen werden.

Alle Streitfragen in Ansehung der Verteilung der im Absatz 1 bezeichneten Zolleinkünfte sowie in Ansehung des Rechtes Deutschlands, Großbritanniens und Italiens auf gesonderte Befriedigung ihrer Reklamationen sollen in Ermangelung eines anderweitigen Abkommens durch den ständigen Schiedshof im Haag entschieden werden.

Artikel 6: Die venezolanische Regierung verpflichtet sich, die zum größten Teile in deutschen Händen befindliche fünfprozentige venezolanische Anleihe von 1896 zugleich mit ihrer gesamten auswärtigen Schuld in befriedigender Weise neu zu regeln.

Artikel 7: Die von den deutschen Seestreitkräften weggenommenen venezolanischen Kriegs- und Handelsfahrzeuge werden in dem Zustand, in dem sie sich gegenwärtig befinden, der venezolanischen Regierung zurückgegeben.

Artikel 8: Nach Unterzeichnung dieses Protokolls soll die über die venezolanischen Häfen verhängte Blockade gemeinsam mit den Regierungen Großbritanniens und Italiens aufgehoben werden. Auch werden die diplomatischen Beziehungen zwischen der kaiserlich deutschen und der venezolanischen Regierung wieder aufgenommen.

Washington, den 13. Februar 1903.

Freiherr Sped v. Sternburg.
Herbert B. Bowen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Lobrede des Handelsministers auf die Kartelle.

Hannover, 14. Februar. (B. Z. V.) Der Handelsminister Müller, welcher hier eingetroffen ist, stattete der Handelskammer heute einen Besuch ab. Dabei äußerte er sich, wie der „Hannover Courier“ mitteilt, dahin, daß unser wichtigster Konkurrent auf dem Weltmarkte in Zukunft die Vereinigten Staaten von Amerika sein würden, man müsse daher von diesen lernen und sich deren Geschäftsprinzipien anpassen, als deren markantestes die Konzentration von Kapital und Geschäft anzusehen sei, wie sie sich in Kartellen und Syndikaten darstellt, die teilweise starke Abneigung in Deutschland gegen diese Gebilde werde sicher mit der Zeit einer gerechteren Auffassung Platz machen, zumal wenn die dem Syndikalismus anhaftenden Auswüchse beseitigt werden würden, was natürlich durchaus zu wünschen sei. Allerdings dürfte es kaum zweifelhaft sein, die Gesetzgebung zu diesem Zwecke in Bewegung zu setzen, vielmehr müsse von der geschäftlichen Klugheit der auf diesem Gebiete thätigen Unternehmer und Reorganisations das notwendige Maßhalten und die Vermeidung von Mißständen erwartet werden.

Brüssel, 14. Februar. (B. Z. V.) Die Kammer nahm mit 82 gegen 40 Stimmen Artikel 1 der Regierungsvorlage betreffend die Erhöhung des Einfuhrzolls auf alkoholhaltige und destillierte Getränke an.

Zelaterinoslaw, 13. Februar. (B. Z. V.) In der Nähe der Station Gloutov entgleiste ein Personenzug, wobei vier Personen wegen der Wölkung hinarunterfielen. Der Zugführer und zwei Passagiere wurden getötet, 30 Passagiere und ein Schaffner wurden schwer, 15 Personen leicht verletzt.

Reichstag.

259. Sitzung, Sonnabend, den 14. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf v. Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Peus (Soz.): Ich kann der gestrigen „Freistimmigen Ztg.“ darin nur recht geben, daß sich im Reichstage in der That unbillbare Zustände herausgebildet haben. Die Regierung sollte sich endlich zur Gewährung von Diäten aufraffen. Wie schlecht ist der Reichstag in diesem Augenblick besetzt! Ob die freistimmige Volkspartei, um den gestrigen Artikel der „Freistimmigen Ztg.“ zu illustrieren, nur durch drei Mann vertreten ist, lasse ich dahingestellt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Auf die gestrige Rede des Abg. Ahlwardt einzugehen wird sich wohl schwer verlohnen. Er meinte, ich hätte ihn verläßt. Eigentlich sollte man mehr Mitleid empfinden über die Art, wie sich in diesem Kreise die wirtschaftlichen Verhältnisse spiegeln. Aber Herr Ahlwardt hat, trotzdem er ein sich überall selbst widersprechendes Stonglomerat vortrug, doch die Aufmerksamkeit der Reden sehr lebhaft erregt; in der That würde sich der von ihm vorgebrachte Mißmachsch wohl eignen als Programm für die antisocialdemokratischen Parteien bei nächsten den Wahlen.

Graf Posadowsky hat gestern wieder behauptet, daß er die rote Farbe als Symbol unserer Auffassung nicht vertreten kann. Was aber erlaubt ist, sollte doch auch bei unserer Regierung die nötige Achtung finden, und ich wüßte nicht, daß unsere Gesetze, unsere Verfassung es verbieten, Republikaner und Demokrat zu sein, wofür doch die rote Farbe nur das Symbol ist. Nun meinte Graf Posadowsky, wir schaden uns selbst mit der Betonung unserer republikanischen Gesinnung. Wir haben aber doch unsere Anschauung nicht, weil wir sie haben wollen, sondern weil wir sie haben müssen, die Logik zwingt uns dazu. Die Staatsverfassung hat — meinte Graf Posadowsky — mit einer verständigen Socialpolitik nichts zu thun. Das muß ich entschieden bestritten. Im Gegenteil, der Grundgedanke von der Gleichberechtigung der Arbeiter läßt sich vollständig nur verwirklichen in der vollendeten Demokratie und ist nur vereinbar mit der Monarchie. Die Monarchie ist die Krönung des Klassenstaates und ohne Klassenstaat undenkbar und andererseits, wenn man die Gleichberechtigung der Arbeiter wirklich durchführen will, so schafft man Zustände, unter denen auf die Dauer die Monarchie nicht möglich ist. Diese Behauptung wird nicht etwa dadurch widerlegt, daß Wilhelm II. selbst die Gleichberechtigung der Arbeiter verlangt hat. Es kommt nicht auf die Worte an, sondern auf die Thaten. Es könnte ja selbst ein Fürst einmal das Prinzip der Demokratie verkünden von der Auffassung aus, daß einmal die Zeit kommen werde, wo die Monarchie überflüssig würde und er dann selbst bereit wäre, auf die Verhinderung dieser Institution nicht zu bestehen. Ob das in diesem Falle zutrifft, weiß ich nicht, aber zu viel verlangt wäre es nicht. Denn nichts, was besteht, hat Anspruch auf ewige Dauer. Wir Socialdemokraten sind durch diese unsere Anschauung ganz besonders objektiv gegenüber der Monarchie. Wir halten sie nicht für etwas Willkürliches, sondern für etwas historisch Gewordenes. Wäre sie nicht historisch notwendig, so hätte sie nicht bestanden und würde nicht noch bestehen. Trotzdem haben wir ein Recht, Demokraten zu sein. Die Umwandlung der Dinge muß früher beginnen als das Alte verfallenden ist. Wir erstreben, wie jede andere Partei, eine Veränderung der bestehenden Dinge, die Regierung muß also uns gegenüber dieselbe Objektivität bewahren wie gegenüber allen anderen Parteien, und ein Regierungsvertreter kann sehr wohl einen Saal betreten, in dem die Embleme der Demokratie oder des Republikanismus vertreten sind.

Graf Posadowsky hat darauf hingewiesen, daß in der Agrarfrage Schippel und David eine andere Anschauung hätten als unsere Theoretiker unserer Partei. Das beweist doch nur, daß es bei uns Freiheit der Diskussion bleibt. Daß es der Landwirtschaft nicht mehr so gut geht wie in früheren Jahrhunderten, liegt an der Annäherung der Weltkonkurrenz. Gegenüber dieser ist eine Entwicklung der ländlichen Kultur selber notwendig, wozu auch die Entwicklung der Schulen auf dem Lande gehört. Graf Posadowsky ist freilich mit seinen Volksschulen zufrieden, hätte doch Abg. Albrecht kraft seiner Volksschulbildung sogar von Ärgernissen sprechen können! (Heiterkeit.) Das hat Albrecht aber nicht auf der Volkschule, sondern in der politischen Schule der Socialdemokratie gelernt.

Herr Stöder fand es unerhört, daß doch den Gewinn der Unternehmer als „Raub an den Arbeitern“ bezeichnet habe. Doch hat Bezug genommen auf jene Rede, in der behauptet wurde, es gebe den Arbeitern sehr gut, sie hätten eine gesicherte Existenz usw. Wir Socialdemokraten betrachten den ganzen Arbeitsprozeß an sich und fragen uns: woher kommt alles, was den Besitzenden zu teil wird? In erster Linie doch aus der Arbeit der Arbeiter! Alle Genüsse der Besitzenden, derer, die im Besitze der Produktionsmittel sind, werden erst durch die Arbeiter möglich. Wir verlernen dabei den Wert der geistigen Arbeit keineswegs. Aber es sind nur die Arbeiter, die Opfer bringen. Wenn ein Socialdemokrat in der Erregung über diese ökonomischen Zustände Ausdrücke gebraucht, die anderen Herren nicht gefallen, so ist das durchaus begreiflich und selbstverständlich. Er denkt an den Hunger, die Not und die Sorgen der Arbeiter (Zuruf bei den Freistimmigen: Das gibt es bei anderen wohl nicht!) Ich glaube, die Sorgen, die sich die Besitzenden machen, sind sehr viel mehr selbstverschuldet!

Herr Stöder sprach von den wohlhabenden Leuten innerhalb der Socialdemokratie. Gar zu viel Wohlhabende, Reich wird er bei uns nicht finden. Bei den meisten ist Edmuhans Stüchneißler. Eine Anzahl von Leuten ist zu uns gekommen, trotzdem sie heiligend sind. Das ist aber doch keine Schande für sie — im Gegenteil! Und es ist Thorheit, zu verlangen, daß sie ihren Besitz verzeihen sollten, wie die berühmte Anekdote von Rothschild lautet. Warum geht Herr Stöder nicht selbst mit gutem Beispiel voran? Es heißt bei Matthäus 6, 19 (große Heiterkeit): Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Moten und der Rest fressen und die Diebe nachgraben und stehlen. Es heißt dort auch von den Pharisäern — das ist etwa das selbe was man bei uns Hofprediger nennt (Heiterkeit). Ihr sollt euch nicht Rabbi — das ist Hofprediger — nennen lassen, der größte unter Euch soll Euer Diener sein. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Herr Stöder ist ja nun freilich nicht mehr Hofprediger, aber nicht weil er diese Vorlesungen der Bibel braucht hat, sondern da ist er ganz unschuldig dran.

Herr Stödel warf uns vor, wir nähmen den Arbeitern den Glauben. Mein Freund Albrecht hat ihm schon nachgewiesen, daß wir vollkommen Freizügigkeit gegenüber jeder religiösen Auffassung in unseren Reihen haben. Was muß das aber für ein schwacher Glaube sein, den der einfachste Arbeiter erschüttern kann. Wenn der Glaube so leicht zu zerbrechen ist, so ist das nur ein Beweis, daß seine innere Wahrhaftigkeit nicht etwa stark genug ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Was die Socialpolitik des Centrums anlangt, so liegen die Dinge offenbar so, daß das Centrum nicht eine einheitliche Klasse repräsentiert wie die Socialdemokratie. Das Centrum will Unvereinbares vertreten, sowohl die Interessen des Großgrundbesitzes, des kleinen Grundbesitzes, der Handwerker und der Arbeiter. Da kann es unmöglich zu einer einheitlichen Politik kommen, sondern schwannt hin und her. Vor einigen Jahren noch erklärte

Herr Stödel wohl für den sanitären Maximal-Arbeits-tag, nicht aber für den allgemeinen Maximal-Arbeits-tag eintreten zu können, weil der letztere ein Herabgleiten auf die Bahn des Socialismus bedeute. Und heute beantragt das Centrum selbst den zehnstündigen Maximal-Arbeits-tag.

Der Antrag ist offenbar aus Rücksicht auf die Wahlen gestellt. Wir finden das Weitlaufen um die Gunst der Arbeiter durchaus gütlich; es zeigt, daß unsere Arbeit doch nicht vergeblich ist. Das Centrum, das mit widersprechenden Interessen im eigenen Schoße zu rechnen hat, muß mit Abzugszahlungen zufrieden sein, während wir grundsätzliche und prinzipielle Forderungen vertreten. Wir haben mit dieser Taktik wirklich keine schlechten Geschäfte gemacht. Um die rebellischen Arbeiter zu beruhigen, kommt das Centrum mit der Witwenversicherung. Ich glaube nicht, daß es gelingen wird. In Abenland-Weiskalen und Schlesien wächst unter den Arbeitern die Erkenntnis, daß sie ihre Interessen am besten durch konfessionelle Unterschiede in geschlossenen Reihen zu fördern haben. Die Socialpolitik wirkt nicht verführend. Jede Konzeption reizt zu neuen Konzeptionen. Am zutiefsten ist der Arbeiter, der noch gar nichts erhalten hat. Dr. Wobler hat mit Recht die Unzufriedenheit als einen Hebel der Kultur bezeichnet. Das ist doch ganz selbstverständlich. In demselben Maße, als Arbeiter Ansprüche erheben und erfüllt bekommen, wird ihnen erst zum Bewußtsein gebracht, was für ein Leben sie führen können. Die Arbeiter, denen es am besten geht, verlangen am meisten. Wir sollen das sagen. Ja, ist das gegen das Schlechte nicht etwas sehr Gutes? Das gegen das Schlechte zu erzeugen, halten wir uns für verpflichtet; sonst kommt die Welt nicht vorwärts. Herr Stödel verlangt für die christlichen Gewerkschaften das Recht der juristischen Persönlichkeit, damit sie sich gegen die socialdemokratischen Gewerkschaften halten können. Das ist die Gleichberechtigung, wie die Herren es verlangen. Wir trennen ganz reinlich Partei und Gewerkschaften, wenn sie auch im Geiste zusammen gehören. Aber sie haben Aufgaben für sich. Das ist die ganze Neutralität. Wie es mit der Gleichberechtigung der Arbeiter in der Praxis ausfällt, das zeigt das jüngste Vorkommnis in Pforzheim, wo 15 Bijouteriefabrikanten ihren Arbeitern verboten haben, an einer socialdemokratischen Versammlung teilzunehmen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist ein unerhörter Mißbrauch der ökonomischen Uebermacht des Kapitalisten, der doch nur Anspruch auf die technische Arbeitsleistung des Arbeiters hat, nicht auf seine Gesinnung. Wie ist es in Hessen geschehen, daß das Centrum meine Versammlungen zu sprengen suchte. Die Taktik hat freilich keinen Erfolg gehabt.

Nun zum Abgeordneten Hehl. Der Herr hat immer eine Neigung zu allerhand aus dem Zusammenhang gerissenen Citaten gegen uns. Sein Sekretär soll sie ihm zusammenstellen. (Heiterkeit.) So sieht es auch ganz aus. Was soll es bedeuten, wenn er das kommunistische Manifest noch gegen uns verwendet! Engels selbst schrieb in der Vorrede dazu, daß es damals schon zum Teil durch die Entwicklung überholt sei. — Die Steuererei, durch die in Zürich der socialistische Minister die Finanzen ruiniert haben soll, besteht schon seit 30 Jahren. Der socialistische Finanzminister ist erst seit 2 Jahren im Amt. (Hört! hört!) Die Mißstände sind in Zürich dadurch hervorgerufen, daß kein Steuerdeklarationszwang besteht und die reichen Leute sich große Steuererleichterungen haben zu Schulden kommen lassen, wie das ja auch bei uns manchmal vorkommt. Herr Hehl empfahl den englischen Weg. Uns soll es recht sein, wenn das deutsche Völkchen sich die Engländer zum Muster nimmt. Wir werden davon keinen Schaden haben. Bei uns könnte höchstens der Abg. Köstler-Dehau beanspruchen, eine Arbeiterpolitik nach englischen Muster zu betreiben, aber er findet wenig Anklang selbst bei seinen nächsten Freunden. Die Nationalliberalen wollen ihn aus seinem Wahlkreise verdrängen, weil er ihnen zu rot ist. Herr Gamp hat sich ja besonders darüber beklagt, daß die Politik des Herrn Köstler der Socialdemokratie Vorwand leiste. Herr Gamp behauptete auch, in den Konsumvereinen sorgten die Socialdemokraten nicht für die Arbeiter. Erstens hat die Socialdemokratie mit den Konsumvereinen nichts zu thun, wo aber die Mehrheit der Mitglieder eines Konsumvereins Socialdemokraten sind, da treten sie auch stets für angemessene Regelung der Arbeitsverhältnisse ein. Die Angeestellten der Konsumvereine sind aber immer noch sehr viel besser gestellt als die Angestellten in Privatgeschäften; sie dürfen sich offen über ihre Arbeitsverhältnisse äußern, ohne entlassen zu werden. Interessant war, daß sich bei der Kritik der Bekker- und der Bäckerei-Verordnung die Rechte und die Linke trafen; Herr Gamp und Herr Dr. Crüger von der freistimmigen Volkspartei operierten mit ganz denselben antisocialen Motiven. Dr. Hertel ist ja noch immer ein scharfer Gegner der Bäckerei-Verordnung, aber seine Freunde wollen doch lieber aus Rücksicht auf die Socialdemokratie die Finger davon lassen. Auch das ist ein interessantes Symptom. Herr Gamp wies weiter die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande gegenüber denen in der Stadt. Wir verlernen die Mißstände der ländlichen Wohnungsverhältnisse keineswegs, aber aus offiziellen Berichten aus dem Wittenberger Kreise ergeben sich zum Beispiel die schlimmsten Zustände auch der ländlichen Wohnungen. Viel schlimmer noch ist es natürlich in Ostelbien, wie ja auch der Kaiser sagte, daß dort die Schweinefälle besser seien als die Arbeiterwohnungen.

Ueber die Kruppischen Wohlfahrtsanstalten wird sich ein Parteigenosse von mir äußern. Nach meinen persönlichen Beobachtungen in Essen werden wir dort bei der nächsten Wahl weit mehr Stimmen erhalten als bisher.

Ich komme noch auf die Frage des Koalitionsrechts der Landarbeiter. 1846 wurde noch durch Gesetz das Koalitionsrecht für alle Arbeiter verboten; 1851 wurde es den Industrie-Arbeitern teilweise gewährt. 1854 wurde im preussischen Abgeordnetenhaus ein ausdrückliches Gesetz gegen die Landarbeiter gemacht. Dieses enthielt die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches und in § 3 die Bestrafung der Androhung eines Streiks oder der Aufzorderung zum Streik. Diese Bestimmung machte jedes Vereinigungsrecht illusorisch; jeder Verein, der unter den Landarbeitern entsteht, könnte mit Hilfe dieses § 3 sofort wieder aufgehoben werden. Das erkannte selbst die Regierung an, indem sie 1860 in einem Gesetzesvorschlag u. a. die Aufhebung dieses § 3 des Gesetzes von 1854 forderte.

Die bloße Möglichkeit der Androhung eines Streiks kann schon zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen. Der Unternehmer wird vielleicht, anstatt es auf die Schädigung durch den Streik ankommen zu lassen, die Löhne erhöhen. Daher muß zum mindestens diese Möglichkeit, mit einem Streik zu drohen, den Landarbeitern gesichert werden. Das richtige wäre natürlich die Verleihung des vollen Koalitionsrechts an die Landarbeiter. Ob der Unterschied zwischen den gewerblichen und ländlichen Arbeitern nicht beseitigt wird, wird auch die Landflucht nicht aufgehoben. Für den moralischen Wert des Koalitionsrechts hat sich selbst der frühere konservative Abgeordnete Wagner ausgesprochen, freilich vor länger als einem Menschenalter. Die Verhältnisse der Landarbeiter sind bereits vollkommen modernisiert, das patriarchalische Verhältnis verwindet immer mehr, auch die Landarbeiter werden zu reinen Lohnarbeitern. Das patriarchalische Verhältnis besteht höchstens noch zwischen den Besitzern resp. deren Söhnen und ihren Mägden. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) So lange Sie den Landarbeitern das Koalitionsrecht nicht geben, werden Sie nicht verlangen können, daß wir Ihre Bestimmung ernst nehmen, Sie wollten den Posten nur, um Ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen. — Die Arbeiter haben nicht nur kein Koalitionsrecht, sie haben auch kein Genossenschaftsrecht. Konsumvereine, in denen Socialdemokraten die Mehrheit haben, macht

man die größten Schwierigkeiten. In Dresden hat die Stadtverteilung den Arbeitern sogar verboten, sich Wirtschaftsgenossenschaften anzuschließen. Die Reichsregierung sollte doch solche Beschlüsse durch ihren Einfluß unmöglich machen. Die Beamten der Stadt dürfen natürlich Konsumvereine angehen. Und da redet man von Gleichberechtigung! Sie können wohl das Wort Gleichberechtigung in den Mund nehmen, aber zu Thaten können Sie sich nicht aufraffen. Geben Sie uns die Gleichberechtigung, so haben wir den Vorteil, geben Sie uns die Gleichberechtigung nicht, so werden wir nicht minder vorwärts kommen, das wird sich bei den nächsten Wahlen zeigen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Eittart (C.):

Ich danke dem Vorredner, aus dessen Rede ich im übrigen nicht weiter eingehen kann, daß er die Politik des Centrums so korrekt charakterisiert hat. Das Centrum repräsentiert mit Bewußtsein nicht eine Klasse, sondern vertritt die Interessen der verschiedensten Bevölkerungsklassen, zwischen denen es einen Ausgleich zu schaffen sucht. Ganz falsch aber ist die Behauptung des Abgeordneten Peus, unser Zehnstunden-Antrag sei aus Furcht vor den Wahlen gestellt worden. Wir sind von dem Elfstunden-Tag zur Forderung des Zehnstunden-Tages gekommen, während die Socialdemokratie von acht Stunden auf zehn Stunden ihre Forderungen zurückgedrängt hat. (Lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Hedner wendet sich im weiteren gegen die Äußerungen der Abg. Wurm und Albrecht. Abg. Wurm hat, dem Bericht des „Vorwärts“ folgend, gegen meinen Freund Trimborn die fälschliche Anklage erhoben, er habe sich gegen die Hinzuziehung von Arbeitern zur Gewerbe-Inspektion ausgesprochen. Ebenso wenig habe ich mich im preussischen Abgeordnetenhaus dafür ausgesprochen, bei der Gewerbe-Inspektion zu „bremsen“. Freilich darf man nicht jede Rücksicht auf den Mittelstand in der Industrie außer Acht lassen. Daran stoßen sich die wirklichen Proletarier, die Arbeiter, auch gar nicht, sondern in die Salon-Proletarier hier im Hause. (Lachen bei den Socialdem.) Will nun Herr Wurm uns noch weiter damit drohen, daß er den Wählern erzählen wolle, ich hätte die Regierung zum „Bremsen“ bei den Gewerbe-Inspektoren aufgefordert? (Abg. Wurm ruft: Das meine ich bremsen! — Heiterkeit.) Also Rücksicht auf andere Kreise nennen Sie bremsen? (Abg. Wurm: In Ungunsten der Arbeiter!) Bitte, das ist unrichtig! Auch wir werden vor die Wähler hintreten und ihnen von dem „tödlichen Haß“, wie Herr Peus es nannte, erzählen, von diesem Haß, der Sie in einer Weise verblendet, daß Sie die Erfolge der andern Parteien hinstellen als Ihre eignen! Nun berufen Sie sich auf den Fürsten Bismarck. Fürst Bismarck hat gesagt: „Wenn es keine Socialdemokratie gäbe, und wenn weite Kreise sich nicht vor ihr fürchteten, so würden wir heute noch keine Socialreform haben (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten); so würde mancher, der sonst kein Herz für die Arbeiterklasse hätte, nicht für Socialpolitik zu haben sein.“ (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Darin liegt der Schwerpunkt. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn man behauptet, daß vor dem Bestehen der Socialdemokratie keine Socialpolitik getrieben wäre. Bischof Ketteler hat bereits in den sechziger Jahren in seinem Werke „Die Arbeiterschaft und das Christentum“ Forderungen aufgestellt, die durch die Socialdemokratie erst viel später aufgestellt sind. (Abg. Wurm: Nein, die vorher durch Lassalle aufgestellt sind. — Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich sage gar nicht, daß Ketteler der einzige gewesen ist, der socialpolitisch thätig war. Er hat sehr früh schon das Organisationsrecht für die Arbeiter verlangt, und ihm sind andre gefolgt.

Gewiß ist auf dem Gebiete der Socialreform noch viel zu thun übrig, aber wir müssen die Widerstände berücksichtigen. Wenn die Parteien, die sich vor den Wagen Socialreform spannen, zu scharf anziehen, so könnten die Stränge reißen und der Wagen zurückrollen. Das müssen wir auf jeden Fall verhindern.

Herr Albrecht sagte, wir sollen nicht glauben, sondern wissen. Wissen Sie denn, daß der Zukunftsstaat, der große Abberadantisch, kommt? Nein, Sie glauben es und verlangen von den Arbeitern, daß Sie es glauben. Wissen Sie, daß es keinen Gott gibt? Nein, Sie glauben es. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Wissen Sie, daß es einen Gott gibt?) Ja, das weiß ich. Sie glauben nur, daß es keinen Gott gibt und auf diesen Glauben hin reißen Sie ans den Herzen der Arbeiter das, was ihnen durch die Jahrhunderte überliefert ist. Sie wollen den Unglauben verbreiten. Was soll da das Gerede: Religion ist Privatsache? Weibel hat wiederholt, gesagt; wir haben die arbeitsfähigen Vinsten adaptiert und halten uns für verpflichtet, dieselben in die Massen zu tragen. Der Socialismus führt zum Atheismus. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Herr Peus behauptete, Sie hätten auch Katholiken in Ihrer Partei. Damit machen Sie keinen Staat. Der Socialismus als solcher ist unvereinbar mit dem Christentum. Herr Weibel hatte recht, wenn er sagte: Christentum und Socialismus sind wie Feuer und Wasser.

Den Grafen Posadowsky möchte ich bitten, sein Programm zur Hebung des Mittelstandes: Bildung der Handwerker, Unterstützung der Handwerker-Genossenschaften und materielle Unterstützung der Handwerker durch Lieferung billiger Motoren nach Möglichkeit in die That umzusetzen. — Herr Albrecht hat wieder von der Kruppischen Pensionskasse gesprochen. Die Behauptung, daß die Zuschüsse der Firma noch nicht zur Verwendung gekommen seien, ist unrichtig. Wenn die Kasse trotz der niedrigen Beiträge so gut steht, so liegt die Ursache lediglich in den gewaltigen Zuschüssen der Firma. Daß die Beiträge den anstretenden Arbeitern zurückerstattet werden, widerspricht der Billigkeit. In den Jahren, wo die Arbeiter Mitglieder waren, hat doch die Kasse das Risiko getragen. Wenn die Prämien zurückgezahlt werden sollten, so müßten die Zuschüsse bedeutend erhöht werden. Die Firma Krupp hat auch für ihre Privatbeamten eine Kasse geschaffen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich auch das Reich dieser Beamten mehr annehmen würde und wie für die Millionen der Arbeiter so auch für die große Zahl der Privatbeamten eine Versicherung schaffen würde. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Franken (nat.):

Ich mache das Kollame-Beitragen um die Gunst der Arbeiter nicht mit und bin auch entschlossen, das meinen Wählern ausdrücklich zu sagen; es werden sozusagen hier Parademärche für die Wahlen eingeübt. Dagegen bin ich mit dem Abg. Eittart darin einverstanden, daß die Privatbeamten, diese treuesten Freunde der Industrie, einer besonderen Fürsorge bedürftig sind. Meine Freunde sind weiterhin nicht gegen einen Befähigungsnahtweis für das Handwerk; aber ein allgemeiner Befähigungsnahtweis wird sich schwer durchführen lassen. Wir wünschen wirklich neutrale Gewerkschaften. Die liberalen Parteien treten auch für die Freizügigkeit ein, die Sie (zu den Socialdemokraten) durchlöchern. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wie die Socialdemokratie denkt, dafür ist auch charakteristisch ein Inserat, durch das das socialdemokratische Organ in Vordam einen „cherlichen und nichternen“ Zeitungshändler suchte. Ein deutscher Mann würde ein solches Inserat nicht erlassen! (Heiterkeit.) Die Volkstimme ist mehr wert als die Stimme der Socialdemokratie. So erzählte in Essen eine alte Frau, die sechs unmündige Kinder hat und bei Krupp ein Häuschen bewohnt, daß sie jeden Abend einen Rosenkranz für Herrn Krupp betet! Das ist ein Zeugnis der Volkstimme über Herrn Krupp!

Abg. Dr. Crüger (fr. Sp.):

Die Angriffe der socialdemokratischen Redner gegen mich nötigen mich, nochmals das Wort zu ergreifen. Trotzdem meine Ant-

führungen ganz klipp und klar waren, hat sich der „Vorwärts“ doch eine vollständige Entstellung und Verdrehung meiner Behauptungen geleistet. Ich kann nicht annehmen, daß hier ein einfaches Mißverständnis vorliegt. Die Abgg. Wurm und Hoch haben dann einen Ton gegen mich angeschlagen, daß man annehmen muß, die Socialdemokratie betrachte es als ihre Aufgabe, vor den Wahlen noch einmal ihre sämtlichen Scharfmacher vorzuführen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Hoch meint, ich hätte mich gegen die Anerkennung der Berufsvereine ausgesprochen. Das ist absolut un- wahr! (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Glauben Sie (zu den Socialdemokraten) wirklich, das sei die Ansicht der freisinnigen Volkspartei und meiner Wenigkeit? Ich habe mir darauf hingewiesen, daß Abg. Wurm in seiner Rede Scharfmacherei betrieben hat, indem er die Gewerkschaften als Kampforganisationen bezeichnete, und daß man es dadurch der Regierung erschwere, den Gewerkschaften Rechte zu verleihen. Aber freilich, es kommen hier nicht nur Mißverständnisse in Betracht, sondern es fehlt auch hier und da an dem nötigen In- tellect, um meinen Ausführungen folgen zu können. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Gegenüber der Behauptung des Herrn Bebel, daß im Riesen- gebirge die Löhne der Weber 2-7 M. betragen (Abg. Bebel: Zitterhaft!), stelle ich fest, daß dort männliche Arbeiter 13 Mark 34 Pf., weibliche 8 Mark 30 Pf., jugendliche Arbeiter 7 M. Lohn erhalten. Da die Socialdemokratie immer von den Genossenschaften als Ergänzung der Gewerkschaften spricht, werden auch diese wohl bald als Kampforgani- sationen bezeichnet werden. Was Herr Hoch über den Ausschluß der Konsumvereine gesagt hat, zeugte von gänzlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Ich als Anwalt habe überhaupt keine Genossenschaften ausgeschlossen, sondern der Allgemeine Genossen- schaftstag. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die kräftigste Anrechtigung ist es, wenn Herr Hoch gesagt hat, die Genossenschaften seien ausgeschlossen, weil ihnen social- demokratische Mitglieder angehören. Es wird mir schwer, mit dem guten Glauben derer zu rechnen, die derartige behaupten. Es waren wirtschaftspolitische Grundsätze für den Aus- schluß maßgebend. Ich erkläre, daß, wer derartige Behauptungen innerhalb oder außerhalb dieses Hauses weiter verbreitet, Behauptungen wider besseres Wissen ausstellt. (Abg. Bebel: Geben Sie doch die wirklichen Gründe an, die zum Ausschluß führten!) Soll ich Ihnen wirklich hier im Reichstag über den Ausschluß der Konsumvereine Rede stehen? (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ich will es mit einem Worte erklären: es handelte sich einfach um wirtschaftspolitische Fragen. (Abg. Bebel: Das haben Sie schon mal gesagt!) Eine Reihe von Konsum- vereinen sind ausgeschlossen worden, die ihrer wirtschaftspolitischen Tendenz nach mit den übrigen Genossenschaften gleichzeitig im All- gemeinen Verband nicht wirken konnten. (Abg. Bebel: Welche Tendenzen? Abg. Ledebour: Das sind ja nur allgemeine Redensarten.)

Was die Gastwirtsgehilfen-Verordnung anlangt, so verlangt der Herr Staatssekretär positive Vorschläge. Die Gast- wirte verlangen, daß über die Erhöhung und Herabsetzung der Ruhezeit nicht die höhere Verwaltungsbehörde, sondern die Orts- Polizeibehörde, die die Verhältnisse besser kennt, entscheiden soll und daß an Stelle der 24stündigen Ruhezeit alle 14 Tage einmal in der Woche die tägliche Ruhezeit von 8 resp. 9 Stunden auf 12 Stunden erhöht wird. Daraus ist zu entnehmen, daß nicht die Absicht besteht, sämtliche An- sprüche der Angestellten zu befriedigen, sondern mit Reformvorschlägen vorzugehen.

Koch ein Wort zur Konsumvereins-Frage. Ich siehe auf dem Standpunkt, daß, wenn die Konsumvereine außerhalb des Rahmens, den das Gesetz ihnen giebt, arbeiten, die Behörden auch das Recht haben müssen, auf gesetzlichem Wege gegen die Konsumvereine vor- zugehen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Paut-Potsdam (L.): Wenn der Bundesrat auf dem social- politischen Wege wie bisher fortfährt, so bitte ich, darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht wiederum die gesamten Kosten die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden zu tragen haben. Wir haben es gar nicht nötig, uns zu über- eilen, denn wir sind allen Staaten in der Socialpolitik weit voraus. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter müssen erfüllt werden. Dies zu erreichen, sind wir aber ebenso bestrebt wie die Socialdemokraten. Sie (zu den Socialdemokraten) fordern zu viel. Sie glauben ja selbst nicht daran, daß diese Wünsche in absehbarer Zeit je erfüllt werden.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.): Graf Posadowsky hat gestern auf einen Artikel aus der „Nation“ Bezug genommen, in dem behauptet sein soll, der Freihandel habe die englische Landwirtschaft ruiniert. Diese Behauptung ist un- wahr. In dem betreffenden Artikel ist aus- drücklich darauf hingewiesen, daß, als die Kornzölle in England aufgehoben wurden, ein englischer Bauernstand überhaupt nicht mehr existierte. (Sehe wahr! links.) Der Niedergang der englischen Landwirtschaft hat stattgefunden unter den hohen Kornzöllen. (Lebhafte Zustimmung links.) Graf Posadowsky hat weiter behauptet, ein ungeheurer Teil des englischen Grundbesitzes seien Jagdgründe. Auf Grund eingehender Informationen hat Professor Sombart in der „Nation“ bewiesen, daß diese Behauptung jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. (Hört, hört! links.)

Abg. Mollenhuth (So.): Es sind von mehreren Rednern die sog. Wohlfahrts-Einrichtungen der Firma Krupp überschüssiglich verherlicht worden. Man braucht den Ausdruck „Wohlfahrten“ immer nur den Arbeitern gegenüber, aber niemals z. B. von den Familien, die die Aufsichtsrats- Mitglieder einheimen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Daraus geht schon hervor, daß man mit dem Ausdruck „Wohlfahrten“ einen bestimmten Zweck, eine Tendenz verfolgt. Die sog. Wohlfahrten sind nichts als ein Teil des Lohnes der Arbeiter. Niemand aber hat nachgewiesen, daß die Löhne der Krupp'schen Arbeiter einschließlich dieser sogenannten Wohlfahrten höher seien als die Arbeiterlöhne auf andern Betrieben. Ebenjowenig ist nachgewiesen, daß die Profite der Firma Krupp niedriger seien im Verhältnis zum Betriebskapital als die Profite anderer Firmen. Auf den von Dr. Paasche vorgelegten Lohnlisten fehlte eine Kurve, aus der man die Entwicklung der Profite hätte ersehen können. Daraus hätte sich gezeigt, daß die Profite in ganz andern Maße gestiegen sind als die Löhne. Der reichste Eingekaufte des Regierungsbezirks Düsseldorf, wahrscheinlich Krupp, hatte in weniger als einem Jahr- zehnt ein Steigen seines Einkommens von 9 Millionen auf 25 Millionen Mark zu verzeichnen. (Hört, hört! bei den Social- demokraten.) Das ist fast eine Verdreifachung des Einkommens — wie aber steht es mit den Löhnen?

Die Firma Krupp hat anscheinend sehr viele Kassen. Das soll nach außen einen guten Eindruck machen. Wenn man aber näher zuhört, ist die Trennung in verschiedene Klassen ganz überflüssig, die Leistungen all der Krankenkassen könnten von der Betriebs- Krankenkasse sehr gut übernommen werden. Während der Durchschnitt der Betriebs-Krankenkassen Anspruch hat auf 24 Wochen Unterstützung, gewährt die Krupp'sche Betriebs- Krankenkasse nur 13 Wochen Unterstützung, wozu sie nach dem Gesetz verpflichtet ist. Was darüber geleistet wird, ist einer besonderen Kasse, der Kranken-Zuschüsse überlassen. — Der Anspruch auf Pension erlischt, wenn der Betreffende in dem Auf sich, einen schlechten moralischen Lebenswandel zu führen oder ein Trinker zu sein und wenn er in einer Nebenbeschäftigung mehr als eine Mark täglich verdient. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Das ist der rechtliche An- spruch auf Pension, von dem Herr Paasche so stolz sprach. Das Laster wird bestraft, aber der Müßiggang, der aller Laster Anfang ist, wird durch solche Bestimmungen direkt er- zwungen. — Das Centrum hat es uns als ein besonderes Verbrechen angerechnet, daß wir gegen die Versicherungsgesetze gestimmt haben,

das Centrum selbst aber hat gegen das Invalidenversicherungs-Gesetz gestimmt. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) — Was die Witwen- und Waisenversorgung angeht, so hat Herr Gerold bei der ersten Lesung des Votums feierlich erklärt: Das Centrum werde dem Votum nicht zu- stimmen, wenn nicht die gesamten Mehrerträge der Zölle zur Witwen- und Waisenversicherung verwendet würden. In der Kommission haben wir, um dem Centrum die Durchführung dieses Antrages zu erleichtern, beantragt, die Einnahmen aus allen landwirtschaftlichen Zöllen wirklich für die Witwen- und Waisen- versorgung zu verwenden, aber das Centrum stimmte gegen diesen Antrag! (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Wir haben dann in der dritten Lesung auch für den Antrag Trimborn im Plenum gestimmt, obwohl wir ihn für ganz un- zulänglich hielten, aber wir nehmen jede Mark, die wir dem Militarismus und Marinismus entreißen können. Herr Trimborn selbst war es, auf dessen Antrag die Ein- nahmen aus den Zöllen auf Gerste, Klee usw. von der Verwendung für die Witwen- und Waisenversicherung ausgeschlossen worden sind! Die jetzt für diese Zwecke zur Verfügung stehende Summe ist vollständig ungenügend. Es würden 187 Millionen gebraucht, tatsächlich haben Sie nur 60 Millionen Mark aus regelmäßigen Ein- nahmen und 12 Millionen Mark Zinsen von der jährlichen Auffapung dieses Kapitals. Aus der zur Verfügung stehenden Summe kann man nur 23 Mark jährlich für je eine Witwe ausbezahlen; wenn Sie (zum Centrum) das eine Versehen nennen, so sage ich: das ist eine Verhöhnung der Witwen! (Zustimmung bei den Social- demokraten, Unruhe im Centrum.) Dr. Hise war sich seiner Zeit sehr klar darüber, daß zur Durchführung einer Witwen- und Waisen- versorgung, wonach die Witwe 60 M., die Witwe 80 M. jährlich erhielt, weit höhere Summen erforderlich seien.

Herr Dertel hat wieder die Abschaffung der Bäcker-Verordnung verlangt und einen neuen Bundesgenossen, der ihn ergänzt, hat er jetzt in Herrn Crüger gefunden, der aufs leb- hafteste die Gastwirtsgehilfen-Verordnung bekämpft. Der Kampf des Herrn Dertel gegen die Bäckerverordnung stand im Wider- spruch zu seiner Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. Einzelne Bäckermeister haben gerade dadurch ihre Kon- kurrenten durch unlauteren Wettbewerb aus dem Felde zu schlagen, daß sie ihre Gefellen und Lehrlinge übermäßig ausbeuten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Vor längerer Zeit wurde eine Verordnung über den inneren Betrieb der Bäckereien in Aussicht gestellt. Wie nötig dieselbe wäre, beweisen die Feststellungen der „Väckerzeitung“, wonach sehr zahlreiche Verurteilungen von Bäckermeistern wegen Schwinereien erfolgt sind. Leider ist die Verordnung noch nicht erschienen.

Herr Crüger hat dem „Vorwärts“ Entstellung seiner Rede vorgeworfen. Der Bericht des „Vorwärts“ stimmt aber fast wörtlich mit dem amtlichen Stenogramm überein. Nach dem Stenogramm hat Herr Crüger gesagt: „Diese vierundzwanzigstündige Ruhezeit muß sobald wie irgend möglich in der Art, wie sie jetzt vorgegeben ist, beseitigt werden.“ Im „Vorwärts“ steht: „Vor allem muß die vierundzwanzigstündige Ruhezeit der Gehilfen beseitigt werden.“ (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Hat da wirklich der „Vorwärts“ eine so wesentliche Entstellung vorgenommen? Dr. Crüger beklagte sich über das Schablonisieren bei dieser Verordnung. Eine solche Beschwerde bedeutet aber einen Kampf gegen jede Gesetzgebung überhaupt. (Sehr richtig! bei den Social- demokraten.) Jede Gesetzgebung enthält eine gewisse Schablonisierung. Hat man nicht von der russischen Grenze über England bis zum stillen Ocean im ganzen Wirtschaftsleben die Sonntagsruhe eingeführt? Das ist der Gipfel des Schablonisierens, und trotzdem geht's! Dr. Crüger machte den Vorschlag, man solle an Stelle der 24 stündigen Ruhezeit nach längerer Pause einen größeren Urlaub gewähren. Sehr schön! Das heißt: Man soll es den Gastwirten zur Pflicht machen, daß sie die Gastwirts- gehilfen mal eine Zeitlang arbeitslos lassen! (Wielaches Sehr richtig! bei den Soc.) Das sind die socialpolitischen Forderungen des Dr. Crüger! Als der § 105 i der Gewerbeordnung geschaffen und das Gastwirtsgehandwerk von der Sonntagsruhe ausgenommen wurde, hat man einen Fehler gemacht. Man hätte die Gastwirtsgehilfen von der Sonntagsruhe nur unter der Bedingung ausnehmen sollen, daß den Angestellten in der Woche ein freier Tag gegeben wird. (Zuruf bei den Soc.: Das haben wir beantragt!) Ja, wir haben es beantragt, aber es ist abgelehnt worden. Wenn der Reichstag so beschloffen hätte, hätten sämtliche Wirte wohl Mittel und Wege gefunden, den Gehilfen in der Woche einen freien Tag zu geben. Man hat den Gastwirtsgehilfen einen sehr schlechten Dienst geleistet, indem man ihnen anstatt der 60 Sonn- und Festtage, die man ihnen genommen hat, 17 bezw. 18 Ruhetage im Jahre gegeben hat. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Damit haben sie einen sehr schlechten Tausch gemacht. Da sollten nun die Gastwirts- gehilfen wenigstens darauf rechnen können, daß diese wenigen Tage streng innegehalten würden. Aber gerade Dr. Crüger selbst teilte zum Beweise seiner Meinung, daß diese Bestimmung undurchführbar sei, mit: wenn nicht die Polizei das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt hätte, so würde kein Gastwirt mehr unbestraft herauskommen. (Hört, hört! bei den Soc.) Dr. Crüger selbst erklärt also, daß die Bundesrats-Verordnung allgemein übertreten wird! Das „Ein- sehen“ der Polizei besteht darin, daß sie diese Ueber- tretungen am liebsten duldet! Auch mir kommen zahlreiche Meldungen darüber zu, daß die Polizei gegen die Uebertretungen der Gastwirte nicht einschreitet. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Die unteren Verwaltungsbehörden müssen angehalten werden, strenger auf Befolgung der Verordnung zu achten. Die Gesundheit der Gehilfen darf nicht zurückstehen vor dem Profit der Gastwirte. (Sehr richtig! b. d. Soc.) Um so mehr, da das Gastwirtsgehandwerk sich im erheblichen Aufschwung befindet, muß auch Rücksicht auf die Gesund- heit der ohnehin überlasteten Gehilfen genommen werden. Herr Crüger behauptet, die Gastwirte betämen kein Aushilfepersonal. Kein Gastwirt aber wird, wenn Sie bei ihm eine große Anzahl bestellen, die Bestellung ablehnen, weil er kein Aushilfepersonal be- läme. Freilich umsonst ist das Aushilfepersonal nicht zu be- kommen und das ist die einzige Lage der Gastwirte! (Sehr wahr! bei den Socialdem.) Der Wortlaut der Verordnung muß so präcisiert werden, daß eine Auslegung, wie die des Breslauer Oberlandesgerichts unmöglich wird. Die Duffettiers werden als selbständige Gastwirte betrachtet. Das ist ganz unrichtig. Er kann nicht die Preise selbst festsetzen, er untersteht der Gewerbe- Ordnung und untersteht der Kündigungsfreiheit der Gewerbegehilfen. Die Regierung sollte Anweisung dahin geben, daß in den Provinzen, wo dies bisher noch nicht geschieht, die Duffettiers als Gastwirts- gehilfen anerkannt werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Persönlich bemerkt Abg. Hoch (So.): Herr Crüger hat mir vorgeworfen, ich hätte die unrichtige Behauptung aufgestellt, die Konsumvereine in Kreuznach seien ausgeschlossen, weil sie auch socialdemokratische Mitglieder in ihren Reihen hätten. Diese Behauptung, die ich aus dem „Vorwärts“ wiedergegeben hätte, würde er als Ver- leumdung bezeichnen, wenn sie außerhalb des Hauses ausgesprochen würde. — Ich habe mit keinem Worte von dem „Vorwärts“ gesprochen, sondern vielmehr dem Sinne nach folgendes gesagt: es seien in Kreuznach Konsum- vereine ausgeschlossen, weil sie mit der Socialdemokratie in enger Verbindung stehen. Dieser Satz steht im politischen A.-B.-C. Buch Eugen Richters. (Hört, hört! und Heiterkeit bei den Socialdemo- kraten.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen, Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Arbeiterfrage in Südafrika. Die Minenbesitzer und -Spezialanten in Transvaal haben Jan Chamberlain in Johannesburg einen Be- richt überreicht, in welchem sie erneut den Arbeitszwang für die

Raffern und die Einführung chinesischer Kulis fordern. Wie in dem Bericht behauptet wird, habe das Zusammenarbeiten von weißen und schwarzen Arbeitern bisher kein günstiges Resultat geliefert. Was mechanische Kraftleistungen anbelange, so sei der Schwarzem Europäer gleichwertig; wo besonderes Geschick in Frage komme, der Europäer überlegen. Vom ökonomischen Standpunkt sei es aber aus- geschlossen, für ganz mechanische Arbeiten die Heranziehung eines Europäers in Erwägung zu ziehen, der 10-20 Schilling pro Tag koste gegen 2-3 Schilling, die der Eingeborene erhalte. Ange- nommen, weiße Arbeiter erhielten nur 12 Schilling pro Tag (dagegen die Eingeborenen 2/3 Schilling und Beköstigung) und leisteten das Doppelte der Eingeborenen (was aber, wie erwähnt, nicht der Fall ist), so würde das die Kosten pro verpackte Tonne Erz um circa 10 Schilling 1 Penny erhöhen; das hätte zur Folge, daß 50 Proz. der Minen nichts verdienen würden, und der Rest die Dividenden um 44 Proz. einschränken müßte. Im Jahre 1899 waren auf den Transvaaler Gold- und Kohlenminen etwa 100 000 Eingeborene beschäftigt, Ende November letzten Jahres aber nur 48 000, so daß, um dieselben Verhältnisse wie vor dem Kriege herbeizuführen, weitere 52 000 Eingeborene eingestellt werden müßten.

Zur Lösung der Arbeiterfrage wird vorgeschlagen: 1. gesetzlicher und moralischer Druck, um die Eingeborenen zur Arbeit heranzuziehen, und zwar für längere Perioden, 2. Ausdehnung des Unverbeigebietes und 3. Einführung asiatischer Arbeiter, dieses aber nur als letztes Hilfsmittel und unter Kontrolle der Regierung. Diese Unversämtheit der Minen-Magnaten geht selbst der Johannesburger Handelskammer zu weit. Sie erklärte, daß sie sich energisch der Einführung chinesischer oder ostindischer Arbeiter wider- setzen würde. Es wären genug Arbeiter für die Gruben in Süd- afrika selbst zu finden, wenn man nur angemessene Löhne zahlen wolle. Der Versuch der Einfuhr chinesischer Arbeiter sei, wie die Beispiele anderer englischer Kolonien bewiesen haben, ein gefährliches Unternehmen.

Bau- und Eisenwerksdirektor von der früheren Leipziger Bank wird sich am Montag erneut vor dem Leipziger Schwurgericht zu verantworten haben. Befänglich wurde Erner am 23. Juli v. J. wegen be- trügerischer Bankrotts und Bilanzverschleierung unter Verfassung mildernder Umstände zu einer Haftstrafe von 5 Jahren verurteilt, Dr. Gensch zu 3 Jahren Gefängnis. Sofort nach dem Erkenntnis legten Erners Verteidiger Revision ein und führten zur Begründung aus, der Obmann der Geschworenen habe in Beant- wortung einer Frage bei der Verkündung des Wahrspruchs unzu- lässigerweise das Stimmverhältnis angegeben. Der Vorsitzende habe deshalb die Geschworenen ersucht, sich noch einmal zurückzuziehen, um diesen Fehler zu beheben. Dabei habe aber der Vorsitzende vergessen, die Geschworenen darauf hinzuweisen, daß sie an ihren bisherigen Beschluß nunmehr nicht mehr gebunden seien.

Auf diese Rüge erkannte das Reichsgericht auf Aufhebung des Urteils und verwies die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Vorinstanz zurück, indem es sich der Ansicht der Verteidiger anschloß, daß in der Unterlassung des Vorliegenden des Schwurgerichts eine materielle Rechtsverletzung zu erblicken sei.

Die englische Nationalschuld. In welchem Maße der süd- afrikanische Krieg Englands Staatsschuld trotz der zur Verstreitung der Kriegskosten erhobenen verschiedenen Extra-Steuern vermehrt hat, zeigt ein kürzlich dem Parlament zugegangener Bericht. Nach diesem ist die englische Nationalschuld in dem mit dem 31. März 1902 abgelaufenen Rechnungsjahre von 705 723 878 Pfund Sterl. auf 785 443 386 Pfund Sterl. angewachsen, hat sich also in dem letzten Rechnungsjahre um 82 719 508 Pfund Sterl. vermehrt. Zu diesem Anwachsen der nationalen Schuld haben die fundierte Schuld mit 58 405 095 Pfund Sterl. und die in die Rubrik „Andere Kapital- schulden“ fallenden Verbindlichkeiten mit 5 801 023 Pfund Sterl. beigetragen, während die schwebende Schuld um 3 000 000 Pfund Sterl. abgenommen hat.

Kapitalkonzentration in Schweden. Die Verkehrs-Aktiengesellschaft Grängesberg-Örebro, deren Aktienkapital über 21 Millionen Kronen beträgt und sich zu einem großen Teil in englischen Händen befindet, hat den größten Teil der Aktien der Luofavaara-, Årjunaavaara- und der Gellivare-Gesellschaft, die zu- sammen ein Aktienkapital von ca. 9 Mill. Kronen repräsentieren, angekauft. Hierdurch eröffnen sich nach dem Urteil eines Stockholmer Tagesblatts „neue Zukunftsaussichten auf durchaus rationalen und richtigen Bergwerksbetrieb in Schweden“.

Gerichts-Zeitung.

Sein Polizeikampf gegen Streikposten. In den Monaten Mai und Juni v. J. war vom Holzarbeiter-Verband über die Werkstelle des Tischlermeisters Scheffler, Petersburgerstraße, die Sperre verhängt worden, weil dieser entgegen seinem Verprechen Arbeits- kräfte vom Arbeitsnachweis der Tischlerinnung in der Alexanderstraße bezogen hatte, mit denen die organisierten Gefellen nicht zusammen- arbeiten wollten. Drei der letzteren, Strzhdlewski, Bernide und Hirsch hatten nun als Streikposten die Arbeitswilligen Jänther und Janiczewski durch wiederholtes gütliches Zureden zu bewegen gesucht, mit den Streikenden gemeinsame Sache zu machen. Die beiden „für den Staat so besonders nützlichen Elemente“ faßten die Sache jedoch anders auf. Sie faßten sich belästigt, ja sogar bedroht, denn der eine Streikposten soll zu dem Janiczewski gesagt haben: „Du Blunder, wenn Du weiter arbeitest, hast Du was zu erwarten.“ Natürlich war die für Arbeits- willige und Unternehmer stets hilfsbereite Polizei gleich zur Hand; es erfolgten die üblichen Eistörungen (Bernide mußte an einem Tage fünfmal mit zur Wache) und die Folge war eine Anklage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Das Schöffengericht hatte die Sache denn auch als einen „erheblichen Fall“ betrachtet und die drei Uebelthäter beurteilt und zwar Strzhdlewski zu zwei Monaten, Bernide zu sechs Wochen und Hirsch zu drei Wochen Gefängnis. Gegen dieses Urteil hatten die so schwer Betroffenen durch Rechts- anwalt Dr. Heinemann Berufung eingelegt, die am gestrigen Sonnabend vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I. zur Verhandlung kam. Der als Zeuge geladene Tischlermeister Scheffler bestreitet, sich dem Bevollmächtigten des Holzarbeiter-Verbandes gegenüber zur Entnahme von Gefellen durch den Arbeitsnachweis verpflichtet zu haben. Der Arbeitswillige Jänther bekundete die- selbe auf Befragen des Anwalts, daß er die Jurenden der Streikposten nicht als Drohung, sondern als Warnung auf- gefaßt habe, dagegen will sich der Arbeitswillige Janiczewski durch die Angeklagten derartig demüthigt gefühlt haben, daß er sich von dem Meister und zwei Schuppleuten nach der Werkstätte eskortieren ließ. Nach etwa vier Wochen ist er von demselben Meister allerdings wegen Unbrauchbarkeit entlassen worden. Das Urteil lautete nach kurzer Beratung dem Antrage des Verteidigers gemäß auf kostenfreie Freisprechung aller drei Angeklagten. In der Begründung wurde gesagt: Der § 153 der Gewerbeordnung sei hier nicht anwendbar, weil es sich nicht um Lohnforderungen oder Arbeitszeitverkürzung, sondern um andre, nicht unter diesen Paragraphen fallende Differenzen gehandelt habe. Auch Bedrohung oder verübte Rädigung könne nicht angenommen werden, denn die etwa in Frage kommenden Äußerungen der Angeklagten seien nur ganz allgemein gehalten gewesen. Da aber Strafanträge wegen etwa anzunehmender einfacher Verleumdung nicht gestellt seien, so habe die Freisprechung erfolgen müssen.

Eingegangene Druckschriften.

- von Godesbroeck, Toleranzantrag des Centrums. 81 Seiten. 1903. Verlag von Hermann Walther, Berlin SW. Preis 1,50 M.
- Prek-Prosecke gegen die Redakteure deutscher Zeitungen in Süd- ungarn. Berlin 1902. Verlag von Hermann Walther. 29 Seiten. Preis 50 Pf.
- Gand Koeder, Religion verleiht den Charakter. Berlin 1902. Verlag von Hermann Walther. 84 Seiten. Preis 1,50 M.
- Dr. Robert von Erdberg, Wohlfahrtsprüfung. 72 Seiten. Jena 1903. Verlag von Gustav Fischer.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 15. Februar.
Freie Volkshöhle, Metropol-Theater. 9. und 10. Abteilung. Der Gindringling. Der Kammerjäger. Literatur. Anf. 7 1/2 Uhr. Leffing-Theater. 2.3. Abt.: Dämmerung. Anf. 7 1/2 Uhr.

Opernhaus, Urdine.
Montag: Wagnon.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt.
Montag: Die Journalisten.
Neues Opern-Theater. Faust.
Deutsches. Donna Anna.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Rosenmontag.
Montag: Donna Anna.

Berliner. Sanatorium Siebenberg.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Ueber unsre Kraft. (H. Zell).
Montag: Mt-Deibelberg.
Feitrag. Der blinde Passagier.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Neues. Der reine Mann.
Nachmittags 3 Uhr: Ledige Leute.
Montag: Der reine Mann.
Heubens. Lufti. (Loute).
Nachm. 3 Uhr: Seine Kammerzofe.
Montag: Lufti.

Wesien. Der Karneval in Rom.
Nachmittags 3 Uhr: Urdine.
Montag: Neue Tanzübungen von Miss Madona Duncan.
Thalia. Der Camellienkfel.
Nachmittags 2 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Montag: Der Camellienkfel.

Central. Madame Scherry.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Belle-Alliance. Am Telephon.
Herauf: Cupido u. Cie.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der Meister von Palmyra.
Nachmittags 3 Uhr: Jugendfreunde.
Montag: Der Meister von Palmyra.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.) Heim.
Nachmittags 3 Uhr: Wallensteins Lager. Hierauf: Die Piccolomini.
Montag: Heim.

Carl Weh. Das sechste Gebot.
Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.
Montag: Das sechste Gebot.
Buntes. Lorenzo di Medici.
Nachmittags 3 Uhr: Moderne Bühne.
Montag: Lorenzo di Medici.

Luffen. Der Reineidbauer.
Nachmittags 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montag: Die Raschminderer von Berlin.
Kleines. Nachtsyl.
Nachmittags 3 Uhr: Don Carlos auf der Schmeice. Serenissimus. Zwitschenspiele etc.
Montag: Nachtsyl.

Trianon. Die Liebeschankel.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wolfs. Rafiris Hochzeit.
Nachmittags 3 Uhr: Frau Luna. Specialitäten.
Montag: Rafiris Hochzeit.

Metropol. Neues! Allerneuestes!
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Casino. Cavalleria rusticana.
Nachmittags 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.
Palast. Berliner Luft. Specialitäten.
Montag: Specialitäten. — Diefelbe Vorstellung.

Wintergarten. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Steidl-Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol.
Montag: Das Land Tirol.
Im Horsaal um 8 Uhr: Dr. Donath: Die Photographie in natürlichen Farben.

Central-Theater
Nachmittags 3 Uhr, halbe Preise:
Die Fledermaus.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Montag, abends 7 1/2 Uhr: Madame Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Camellien-Onkel.
Montag und die folgenden Tage:
Der Camellien-Onkel.
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Luisen-Theater.
Nachmittags 3 Uhr zu keinen Preisen:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
8 Uhr:
Der Reineidbauer.
Montag: Die Maschinenbauer von Berlin.
Dienstag: Der Güttendäuser.
Mittwoch: Der Reineidbauer.

Apollo-Theater.
Nachmittags 3 Uhr, keine Preise:
Frau Luna.
Vorher: Neue Specialitäten.
Abends 7 1/2 Uhr:
Nakiris Hochzeit.
Um 9 Uhr: Glänzende Specialitäten.
In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends
Original-Cake-Walk
(3 Regier und 3 Regierinnen)
und die **Wundergrotte** etc. etc.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:

Das Land Tirol.

Montag: Das Land Tirol.
Im Horsaal um 8 Uhr:
Dr. Donath: Die Photographie in natürlichen Farben.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Neu! Miss Karri die schöne Tätowierte.
Neu ausgestellt:
Otto Reutter.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3 Uhr, Wochent. 5 Uhr, Anf. d. Abendvorstell. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über
AGA die schwebende Jungfrau.
Mysteriöses Theaterstück in 1 Akt.
The three Devils: Die Wettfahrt im Todesring.
Willy Prager prolongiert. 14 neue erstklass. Nummern.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Gastspiel Julius Spielmann. Emil Thomas a. G., Henri Bender, Frid Frid, Fl. Siding, Hans Reichsborg. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchon überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.

Abendlich 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
Drama in 2 Aufzügen.
8 1/2 Uhr:
Cupido & Cie.
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen.

Casino-Theater

Lothringersstr. 37.
Sonntag, nachmittags 4 Uhr:
Ein Sohn des Volkes.
Neu! 8 Uhr abends: Neu!
Trudy u. Charles Atlesy.
Großer Erfolg! Unteroffizier Ledermann. Bonne! Cavalleria rusticana.
Wochentags 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Neue Bergsparten, gültig vom Februar bis Mai, sind an den beliebtesten Stellen und vormittags von 10-1 1/2 Uhr an der Kasse gratis zu haben.

Moderne Bühne

im **Bunten Theater,**
Köpnickerstrasse 68.
Dritte Vorstellung:
Anfang 12 Uhr:
Im Frühling.
Eine Scene von Sigbjörn Obstfelder. Deutsch von Luise Wolf.
Kain und Abel.
Drama in 1 Akt von Helge Rode. Deutsch von Ida Jacob-Anders.
Traum eines Herbstabend.
Trag. Gedicht v. Gabriele d'Annunzio. Deutsch von Linda von Litzow.

Kleines Theater

Nachmittags 3 Uhr bei über die Hälfte ermäßigten Preisen:
Don Carlos auf der Schmeice. Serenissimus-Zwitschenspiele. Familienidyll. — Liebesträume.
Abends 8 Uhr: **Nachtsyl.**
Montag: **Nachtsyl.**

Buntes Theater

Köpnickerstrasse 68.
Sonntag, 15. Febr., 12 Uhr mittags: 3. Vorstellung der Moderne Bühne.
Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Lorenzo di Medici.
Schwank in 3 Akt v. Rudolf Rittner.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Ditt.
Brunnenstrasse 10.
Der Herrgottshüter von Ammergan.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Montag: Diefelbe Vorstellung.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Jugendfreunde.
Lustspiel in vier Aufzügen von Ludwig Fulda.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen von Adolf Wilbrandt.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Meister von Palmyra.

Cirkus Schumann

Sonntag, den 15. Februar 1903, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr:
2 gr. Extra-Vorstellungen 2
Nachmittags Clow-Vorstellung. Nachmittags auf allen Plätzen ein Kind frei, weitere Kinder unter 10 Jahren zahlen halbe Preise. Nachmittags die reizende Pantomime:
Pierrots Weihnachten
mit der **Riesen-Bonbonniere** und dem **Bonbonregen.**
In beiden Vorstellungen, nachmittags und abends:
Mons. Arsène Loyal mit seinem **Pony- u. Affen-Cirkus.** Les Bruns, die **Billard-Künstler.** Am 27. Februar unwiderruflich letztes Auftreten.
Looping the Loop.
Neueste Attraction: **Curios Dogart-Akt.**
Dir. Alb. Schumanns Creationen.
Abends:
Die lustigen Heidelberger.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeschankel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.
Montag zum 150. Male: **Die Liebeschankel.**

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu die über die Hälfte ermäßigten Preisen.
Seine Kammerzofe.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Loute).
Schwank in 4 Akten von Pierre Seber. Deutsch von Max Schönan. Morgen und folgende Tage: **Lutti.**

Bernhard Rose-Theater

Radstr. 58.
Sonntag, den 15. Februar 1903:
Der Beilchenfresser.
Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Stadt-Theater.

Mit-Roadit 47/49.
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Akten v. Oskar Walther und Leo Stein.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Strasse 132.
Nachmittags 3 Uhr: Ballett 60 Pf.
Maria Stuart.
Anfang 8 Uhr:
Das sechste Gebot.
Vorher: Wie denken Sie über Dreifus? Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast.
8 1/2 Uhr.
Berliner Luft.
Zwickel Dir. R. Winkler.

Unerreicht

ist das neue Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Morgen und folgende Tage: **Berliner Luft.**

Steidl-Theater

Stein-Drainstrasse 132.
Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Neues Programm!
U. a.: **Unser Kakelnest.**
Urkommische Burleske.
Letzte Woche:
Familie Humbert.
Entree 50 Pf.
(Vorverkauf 40 Pf.) Sperrsitze 1 R.
Der Heilhaft des Steidl-Theaters ist durch Zufall für Sonnabend, den 21. Februar frei geworden.

Alhambra

Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag und Dienstag:
Großer Extra-Ball bei doppelt belichtem großen Orchester. Anfang 5 Uhr. [2172] **A. Zameitat.**

Schiller-Theater N.

(Friedrich-Wilhelmstädt-Theater.)
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Wallensteins Lager.
In einem Aufzuge v. Friedr. Schiller. Hierauf: **Die Piccolomini.**
In 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Montag, abends 8 Uhr:
Heimat.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Heimat.

Cirkus Busch.

Sonntag, den 15. Februar 1903, nachmittags 4 Uhr:
Der lustige Dorfbarbier,
höchst komische Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
In beiden Vorstellungen: **Seelöwen, Boeren, Elefanten-Schauspiele.**

WINTERGARTEN

Yvette Guilbert
Die Londoner Sensation
Cireling the Cire
und
Otto Reutter.
!! Keine erhöhten Preise!!

Sanssouci

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soliree:
Tanz-Kränzchen.
Tott ist dot.
Sensationsparodie. Säle zu Reclischellen.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
O die Champagne parieren !!
Säle zu Reclischellen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trubel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Gambirinus mit Gefolge.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
februar-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Bughenhagen

am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Buchholz.
Gente: **Vodkiersch.**
Im Kaiser-Saal: **Norddeutsche Sänger** und **Tanz.**

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexandersstr.
Täglich eröf. Specialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Gesellschaftshaus

Zwinemünderstr. 42.
Tägl. Theater u. Specialitäten-Vorstellung. Jeden Sonntag: **Vall.**
Säle für Gesellschaften, Vereine, caulant zu vergeben. Noch einige Sonnabende frei. 2562*

Neue Freie Volkshöhle.

Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater: **Vorstell. der III. Abteil.:**

Die versunkene Glocke.

Ein deutsches Märchen-drama von Gerhart Hauptmann.
Mitglieder zur III. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 50 Pf., der Monatsbeitrag (inkl. Vereinschrift) 75 Pf. 150/5

Extra-Vorstellung: „Ein Ehrenwort“

Schauspiel in 4 Akten von Otto Erich Hartleben.
Karten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 90 Pf. sind in den Zahlstellen von H. Sobhu, Kommandantenstr. 62; H. Beder, Gohlsmühlstr. 9; H. Kaufhold, Wrangelstrasse 52; H. Dieß, Rattnerstrasse 3, sowie beim Kassierer zu haben.
Der Vorstand: N. H. Moir, Neff, Kallstetter, Georgenstr. 22, u. III.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“

Mitglied des A.-R.-B. „Solidarität“.
Sonnabend, den 28. Februar:
Grosser Wiener Maskenball
im großen Saale nebst Veranda des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 10-11.
Auführungen: Humoristische Radfahrer-Pantomime, 11/3
Turnerische Aufführungen etc.
Anfang 9 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Es ladet freundlich ein. Das Komitee.

Max Kliems Festsäle, Hasenheide 18

(großer Saal).
Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Grosser Wiener Maskenball
veranstaltet vom
Gesangverein „Kreuzberger Harmonie“
(H. v. H. S. S.).
Großer Aufzug.
Billets a 50 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben.
Das Komitee.

Neues Konzerthaus

Am Alexanderplatz im Grand Hotel
Täglich: **Grosses Elite-Konzert.**
(Auer Montag und Sonnabend) Anfang 8 Uhr, (Sonntags 5 1/2 Uhr).
Vereine und Gesellschaften erhalten Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen gratis. [4992*] **Albert Hörner.**

Germania-Prachtsäle.

Chausseestr. 103. Arnold Scholz. Chausseestr. 103.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Hamburger Sänger.
Direktion: Otto Stold und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm. 2152
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Jeden Donnerstag: **Militär-Konzert**
und **Familien-Kränzchen.**
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
8 große und kleine Säle unter constanten Bedingungen zu vergeben.

Treptow. Bade's Volksgarten

Haltstelle d. elektrischen Strassenbahn (Siemens).
Jeden Sonntag: **Ball.** — Vereinen bestens empfohlen.

Graumanns Festsäle

Naunynstrasse 27.
Meine eleganten Salons mit Bühne sind noch einige Sonnabende und Sonntage an Vereine zu vergeben. 2622*
Rechnungs-Nr. Amt IV Nr. 7324. **Gustav Graumann.**

Restaurant Neuer Krug

(Bahnhof Neu-Rahnsdorf) Wilhelmshagen
zwischen Künig- und Dömerich-See, herrlich am Wasser gelegen, ist das romantischste Lokal an der Oberprece. Salte mein Lokal (bis 2000 Personen fassend) für Vereine und Fabriken bestens empfohlen.
Fr. Domning.

Obst's Festsäle, Schöneberg.

Meiningerstr. 8. Martin Lutherstr. 51.
Einem geehrten Publikum bringe ich hiermit meine Lokale in empfehlende Erinnerung. Jeden Sonntag von 4 Uhr ab:
Grosser Ball.
4 Billards, 2 Kegelbahnen. Im Tunnel angenehmer Familien-Kustentball. Um gütigen Zuspruch bitte.
Ernst Obst. 6222*

Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Hierdurch allen Genossen, Kollegen zur gest. Mitteilung, daß ich jetzt das bekannte Vereinslokal nebst Ball-Salon
6212*

„Zum Prälaten“

Neu-Weissensee, König-Chaussee 42, Ecke der Lebder-Strasse,
übernommen habe.
Indem ich meine Lokalitäten zu allen Festlichkeiten und Versammlungen empfehle und hoffe, mir das früher entgegengebrachte Vertrauen auch ferner bewahren zu wollen, zeichne mit kollegialstem Gruß
Carl Coburg, Gastwirt.

Urania.

Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Ankündigung.
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.
2122* **C. F. Walter.**

Johannisthal.

Raus Park-Restaurant.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Kaffeeküche. — Kegelbahn. — Ausspannung. — Saal für Vereine und Versammlungen. 2112*
Roh-Tabak 2902*
Max Jacoby, Straligerstr. 52.

BAER SOHN

Chausseestrasse 24a/25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
 Zwisch. Invalidenstr. u. Friedr.-Wilhelmst. Theater. Zwisch. Jaanowitzbrücke u. Köpenickerstr. Ecke Koppenstr. — Am Bürger-Hospital.

Special-Haus grössten Maassstabes.

Sonder-Angebote für die Ball-Saison

Tennis-Anzüge, Weiss mit bunten Streifen. Für Kostümfeste	6 Mk.	Weisse Piqué-Westen, Schöner Rips mit Satin-Rücken-Futter	1 75 Mk.
Papier-Anzüge, Crème. Waschbar und stark. Für Kostümfeste	10 Mk.	Raglan-Paletots, Neueste Moden, 33,—, 30,—, 27,—	20 Mk.
Schwarze Jaquet-Anzüge, 30,—, 30,—, 24,—, 18,—	10 Mk.	Gummi-Regenmäntel, 36,—, 30,—, 22,50, 18,—	15 Mk.
Schwarze Gehrock-Anzüge, 42,—, 30,—, 36,—, 30,—	27 Mk.	Wetter-Havelocks, 21,—, 18,—, 15,—, 10,—	6 75 Mk.
Schwarze Beinkleider, 15,—, 12,—, 10,—, 8,—, 6,—	3 Mk.	Knaben-Stoff-Anzüge, Moderne Façons, 10,—, 8,—, 6,—, 4,—	2 Mk.

Herren - Hosen 7 50 Mk.
 nach Maass
 18,—, 15,—, 12,—, 9,—

Frack- und Smoking-Anzüge
 in vornehmster Ausführung
 bis zu den allerfeinsten Qualitäten.

Herren-Anzüge 24 Mk.
 nach Maass
 50,—, 40,—, 30,—

Einsegnungs-Anzüge Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. verschiedensten Webarten sowie Kammgarn, Satins, Cheviots, Ripsgarn, Drapé, Meltons usw. 33,—, 30,—, 27,—, 24,—, 21,—, 18,—, 15,—, 12,—. **9 50** Mk.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Einsegnungs-Hüte, Wäsche, Cravatten, Handschuhe usw. zu besonders billigen Preisen.

Schöne Kalender 1903 und illustrierte Preislisten kostenlos und portofrei.



H. Greifenhagen Nachfg.

Brunnenstrasse 17.

(Inh.: Trapp & Morris).

Brunnenstrasse 17.

Extraverkauf wegen Erweiterungsban.

Die Extra-Preise sind neben den bisherigen auf den Etiketten vermerkt.

Alle Waren sind im Preise ermässigt mit Ausnahme weniger Artikel, bei denen eine Herabsetzung unmöglich ist.

Wir weisen darauf hin, dass eine derartige Gelegenheit selten geboten wird.

Leinen- und Baumwollwaren.

Züchen, 5/4	Mtr. jetzt	26 Pfg.
Inlett, glatt und gestreift	" "	39 "
Hemdentuch	" "	17 "
Damaat, Bettbreite	" "	80 "
" Kissenbreite	" "	50 "
Louisianatuch, Bettbreite	" "	68 "
Gerstenkornhandtücher, 50 cm br., 1/2 Dtzd.	1,50 M.	
Drell-Handtuch, schwere Qual.	1,58 "	
Schürzenstoffe, wunderb. Dess., Mtr. jetzt	45 Pfg.	
Piqué-Barchend, starke Ware,	39 "	
Tischtücher	48 "	
" Halbleinen, 120 lang	78 "	
Lakenleinen, ganze Breite	63 "	
Wischtücher	Dtzd.	75 "

Teppiche und Tischdecken.

Tapestry-Teppiche, solides Gewebe, jetzt	5,75 M.
Velour-Teppiche, besonders billig	15,10 "
Salen-Teppiche, grosse Auswahl	13,50 "
Persierdecke, neueste Muster	65 Pfg.
Gobelindecke m. eingewebter Bord.	2,20 M.
Pflüschdecke mit eleganter Bordura	4,50 "

Portieren und Gardinen.

Portieren mit schöner Bordura	jetzt	1,70 M.
" mit Blumenborte	" "	2,25 "
" mit hocheleg. Stickerei, 2 Shawls, 1 Lambrequin	" "	7,70 "
Gardinen, abgepasste schöne Must. Fenster	" "	1,23 "
" grosse Ausw., Mtr.	" "	2,75 "
" Stückware	" "	27 Pfg.

Möbelstoffe und Steppdecken.

Gobelin-Stoffe in gross. Ausw., Mtr. jetzt	1,00 M.
Fantasie-Stoffe in allen Farben, " "	1,50 "
Cotelin- " gute Qualität, " "	2,00 "
" " in prima Qual., " "	3,00 "
Steppdecken, reine Wolle, Stck.	3,30 "
" Seiden-Imitation, " "	6,45 "
" Handarbeit, " "	8,50 "
" reine Wolle, " "	7,20 "

Kleiderstoffe für die Einsegnung.

Reinwollene Cheviots	Mtr. jetzt	48 Pfg.
Schwarze effektvolle Fantasiestoffe mit Seidenglanz	Mtr. jetzt	95 "
Schwarz reinwollene Crèpe, 115 cm breit, schwere Qualität	Mtr. jetzt	1,35 M.
Schwarz reinwoll. Garantie Cheviot, höchste Haltbarkeit	Mtr. jetzt	1,00 "
Crème Alpaca Façoné, Seidengl. Mtr. jetzt	90 Pfg.	
" Satin " herrliche Muster	" "	77 "
" Wollstoff m. Seidenstreif. Mtr. jetzt	1,22 M.	
" Alpaca, 120 cm breit. Mtr. jetzt	1,35 "	
" Cheviot, 120 cm breit, reine Wolle	Mtr. jetzt	1,15 "

Ein Posten Kleiderbarchend Mtr. jetzt 22 Pfg.
 Satin-Blusenstreifen, wunderbare Stellungen Mtr. jetzt 98 "
 Ein Posten echte Japan-Seide für Blusen fast unzerreissbar Mtr. jetzt 1,50 M.

Blusen und Kostüm-Röcke.

Sammetfanel-Bluse mit Quersfalten, selten schöne Façons	jetzt	1,90 M.
Reinseidene Taffetbluse in hocheleganter Ausführung	jetzt	9,75 "
Kostüm-Röcke aus reinwoll. Stoffen, Wert bis 20 M., Durchschnittspreis	" "	8,75 "

Neu aufgenommen:
„Reformkleider“

Damen-Wäsche.

Damen-Hemden aus best. Hemdentuch jetzt m. handgestickt Passe jetzt	1,15 M.
Damen-Beinkleider m. gut. Stickerei	1,15 1,35 "
Jacken, Dimiti und Barchend, mit Spitze	jetzt 1,15 1,35 "

Weisswaren, Gürtel und Gürtelschlösser.

Damenkragen, Batist u. Spachtel jetzt	38, 45 Pfg.
Vorsteck-Schleifen, jetzt	20, 38, 45 "
Seiden-Chiffon, Gaze, 45 cm breit, Mtr. jetzt	48 "
Stickereien in bunt Coup. je 2/1, Mtr.	38 "
Schleier m. Chenillenknoten, schwarz und weiss	Mtr. 23 "
Damengürtel, weiss Lederm. Goldschn. und schw. Atlas mit Stahlpoints	jetzt 30 "
Damengürtel, schwarz Merveilleux mit eleganter Schleife, „Neuheit“	95 "
Gürtelschlösser für Damen, sehr eleg. jetzt	10, 25, 38 "

Strümpfe, Handschuhe, Korsetts.

Wollene Damenstrümpfe, schwarz und farbig	Paar jetzt	27 Pfg.
Wollene Herrensocken	" "	23 "
Damen-Glacié-Handschuhe, schw.	" "	68 "
Damen-Handschuhe, schwarz, reine Seide	Paar	38 "
Korsetts, „Gürtelfaçons“	" "	78 "

Lederwaren.

Damen-Tresor-Parfömannale mit gutem Bügel, durchaus Leder	jetzt	28 Pfg.
Herren-Sportbeutel, extra gross, durchaus Leder	" "	42 "
Handarbeits-Tasche für Damen, hochfeines Leder m. prima Nickelbügel	" "	1,00 M.

Seifen- und Toilette-Artikel.

Toiletten-Seife, ca. 1/4 Pfd., in allen Gr.	jetzt	9 Pfg.
Lanolin-Seife mit dem Pfeilring	" "	19 "
Bayrum, grosse Flasche	" "	42 "

Holz-Galanterie.

Vogelbauer mit Glas u. Holzsäulen	jetzt	1,25 M.
Bauerntische, elegante Form	" "	1,95 "
Schirmständer	" "	1,95 "
Rauchglas, vornehme Ausführung	" "	2,25 "
Triumph-Stühle, früher St. bis 13 M.	" "	7,95 "

Kurzwaren u. Schneiderei-Artikel.

Aufschürzer mit 4 Raffern	jetzt	9 Pfg.
Kinder-Armbündchen	Paar	4 "
Hemdenknöpfe, Karte 3 Dtzd.	" "	4 "
Wäscheknöpfe, gr. Nr., Karte 3 Dtzd.	" "	7 "
Stecknadeln	Brief	1 "
Haarnadeln, gewellt	Paar	3 "
Centimetermasse	Stück	1 "
Schweissblätter	Paar	2 "
Schablonekasten mit Zubehör	" "	9 "
" mit Kreuzstich	" "	15 "
Tailenverschluss, waschbar, m. 18 versilberten Haken und Oesen	" "	8 "
Satulgürtel, Stück 8 Meter	" "	47 "
Nähseide, alle Farben	Docke	2 "
Gürtelrolle	Mtr.	3 "
Haken u. Oesen (nur so lange Vorrat reicht)	Pfd.	19 "
Stabilitäts- mit Kapseln	Dtzd.	4 "
Stoffknöpfe, alle Farben	Dtzd.	2 "
Besatzknöpfe in Perimut, Jets und Metall, Wert Dtzd. bis 1,35 Dtzd.	" "	23 "
Halbleinenband, 3 Stück	" "	8 "
Rockstoss, Neuheit m. imit. seidenen Streifen, 10 cm breit, Meter	" "	19 "
Besenborte	Mtr.	3 "
Konfektionsgarn, 1000 Yds.	Rolle	13 "
Obergarn, 1000 Yds.	Rolle	22 "
Glanzgarn, 500 Yds. Handgarn, Rolle	" "	12 "
Wachspfernadeln, 12 Stück	" "	5 "
Goldziernadeln, Wert Dtzd. 30 Pfg.	" "	10 "
Strumpfhalter, für Kinder, Paar	" "	7 "
Strumpfhalter für Damen aus breitem Falten-Gummiband	Paar	29 "
Sicherheitsnadeln, 3 Dtzd.	" "	5 "
" m. Stahlkapseln, 3 Dtzd.	" "	10 "
Nadelkästchen in Metall mit Füllung	" "	5 "
Schürzenband, 3 Stück	" "	7 "
Wollene Kleiderschnur, St. ca. 5 Mtr.	" "	5 "
Besatzschnallen, 10 Stück	" "	3 "
Strumpfgummiband, Wert Mtr. 15 Pfg.	" "	7 "
Schuhanzücker	Stück	4 "
Familienzwirn, 6 Knäuel	" "	9 "
Baumwollband, 3 Stück = 12 Mtr.	" "	5 "
Korsettsenkel, 3 Mtr. lang	" "	2 "

Central-Verband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin I.
Bureau und Arbeitsnachweis: „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, II. Zimmer 16.
Telephon: Amt 7, Nr. 3348.

Zwei große Wiener Maskenbälle

Sonntag, den 21. Februar 1903, in Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81.
Sonntag, den 28. Februar 1903, in Louis Kellers gefamten Festhau, Koppenstraße 20.

Um 12 Uhr: Demaskierung.
Um 1 Uhr: Polonaise mit Überraschungen.
Die Ballmusik wird von fünf starckbeten Kapellen unter Leitung der Herren Rudolf Tich und Sage ausgeführt.

Anfang 9 Uhr.

Ende 7.
Vivats a 50 Pf., gültig für beide Bälle, sind zu haben im Bureau, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 16, in den Zahstößen und Versammlungen, sowie bei sämtlichen Ortsvereinsmitgliedern, Bezirksführern und Vertrauensleuten.
Um zahlreichen Besuch beider Feste ersucht
Das Komitee.

Erstes Prüfungs-Konzert

veranstaltet von der **Lyra-Zither-Schule**

am Sonntag, den 22. Februar 1903, im Börsen-Saale des Central-Viehhofes, Eibenstraße, fast und sind hiermit alle Angehörigen unserer Schüler höchlichst eingeladen.
Freitaxien sind gegen Vorzeigung der Unterrichtskarte auf unserem Bureau, Dramenburgstr. 76, I, erhältlich.
Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Karte gestattet.
Anfang 4 Uhr. Die Direktion der intern. Lyra-Zither Co.

Neuester Aufnahme- und Wiedergabe-Apparat mit zwei Membranen.

Preis komplett 10 Mark.

Beste Lyra-Apparat Mark 4,50.

Preisgekörnte

Phonographen-Walzen

Einzige Fabrik Deutschlands, welche unter Garantie ausschließlich nur preisgekörnte Originalaufnahmen herstellt. Absolute Garantie für laute u. klare Wiedergabe in nur künstlicher Ausführung.
Preis per Stück Mark 1,—

Es ist meine Pflicht, die Praxis solcher Firmen zu kennzeichnen, welche beim Kauf von 12 Walzen 1 Apparat gratis geben, sogenannte Künstlerwalzen anpreisen oder Teilzahlungen gewähren usw., wodurch der Käufer stets schwer geschädigt wird, denn solche Walzen sind ausschliesslich minderwertige Abzüge von Original-Aufnahmen, welche sich nach kurzem Gebrauche abspielen und kreischende, hohle, scheinende und quietschende Töne von sich geben.
Prüfen Sie daher, ehe Sie kaufen.
Hunderte freiwilliger Anerkennungsschreiben.

Täglich erscheinen Neuheiten. Aufnahmen vom Kaiser Franz-Garde-Regt. No. 2 und Königin Elisabeth-Garde-Regt. No. 3 und vom ersten Künstler aller Länder. Neue derkomische Gespräche vom urkomischen Bendix und Sohn. Allersüestes Verzeichnis von Apparaten und Walzen gratis und franco. Soeben erschienen: „Ein Prosit der Gemütlichkeit“, urfideler Bockbiermarsch mit Gesang; Duett: „Roland und Victoria“; „Möchtest nicht, möchtest nicht mit mir gehn“ aus „Neuestes, Allerneuestes“; „Elterngrab“ etc. etc.

Herrmann Eisner, Berlin C., Klosterstr. 93 I.

SELBSTBEREITUNG VON COGNAC RUM LIQUEUREN ZUR NEHMT NUR ORIGINAL-REICHEL-ESSENZEN

Nachweislich Beste und Bewährteste zur schnellen und leichten Herstellung aller echten Liqueure u. keine Imitationen. Natürliche Destillation u. Extrakte in höchster Vollkommenheit. Die Art ihrer Zusammensetzung ist einzig und unachahmbar.
Ueber 200 Sorten. Nur in Originalflaschen mit Gebrauchsvorschrift für ca. 27, 30, 33, 36, 40, 45, 50, 60, 75 Pf. je nach Sorte.

Mehr als doppelte und dreifache Ersparnis.
Glänzend begutachtet von Autoritäten der Wissenschaften. Wiederholt prämiiert mit der „Goldenen Medaille“ und dem höchsten Preise ausgezeichnet.
„Die Destillierung im Haushalte“ völlig kostenfrei.

Otto Reichel, Grösste Spezialfabrik
Berlin SO., Eisenbahn-Strasse 4. Fernspr. IV 646 u. 3190.

Niederlagen in ganz Deutschland. Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Zur Warnung:

Wer vorsichtig und klug ist, kauft nur echte Fabrikate, keine Nachahmungen. Acht ist nur das Originalprodukt mit Marke Sightherz.
Zu haben in den Droguerien.

Gesundheit ist Reichtum! Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 2902*

Bad Frankfurt | Ritter-Bad
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Specialität:
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm. bezw. Heissluft-, Lothannin-, Sool- und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

Dem Genossen Wilhelm Neat zu seinem 50. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch, das die Göttertrage maßelt.
Die Roten aus Schönhausen. 21908

Osthahn-Park-Theater.

H. Imbs.
Am Kästriner Platz
Rüdersdorferstr. 71.
Täglich:
Gross. Preis-Ringkamp und Specialitäten - Vorstellung.

Scholz' Ball-Salon
Gr. Frankfurterstr. 74.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. 2772* Entree frei.

Massage-Institut
v. Carl Wolter u. Frau
jocht Holzmarktstr. 19.
Sprechstunde von 4-7 1/2, Sonntag von 10-11. 2292*

8 Wochen zur Probe!



versende ich, um Jeden von der Vorzüglichkeit und Billigkeit meiner Instrumente zu überzeugen, nur gegen **Nachnahme** für nur 4 1/2 Mk., mit **Glockenspiel** 30 Pf., mehr, eine elegante, als besondere Specialität leicht spielende, stark gebaute „Concert-Zug-Harmonika“ mit 26 Stück, zwei Reihen, brillante Trompeten, Anker oder Stein, 16 Schallröhren und sonst noch vielen schönen anderen Verzierungen, 10 Tasten, 2 Register, 2 Doppelklappen, 2 Zuhalter, 2 weitauszubrechenden Doppelblößen mit Stahlblößen, Schräge herrliche Orgelmusik mit 30 Stimmen. Grösse 35 cm. Ein solches Prachtinstrument, Schöbri mit 3 echten Registern und 70 Stimmen nur 8 Mk., 4 chörig, 4 echte Register und 90 Stimmen nur 7 1/2 Mk., 6 chörig, 6 echte Register und 130 Stimmen nur 11 1/2 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen und 100 Stimmen nur 10 Mk., 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen 2 reihig mit 19 Tasten, 4 Bässen kosten nur 8 Mk. mit garantirt 8 Mk. unzerbrechlichen Stahlstimmen kosten obige Instrumente 2 chörig nur 6 Mk., 4 chörig nur 8 Mk., 6 chörig nur 10 Mk., 8 chörig nur 12 1/2 Mk. Für Instrumente mit Stahlstimmen garantiert 10 Jahre. gratis. Eine grosse Columbia-Zither ca. 51 cm lang, mit 5 prachtvolle Selbst-Accorden, 41 Saiten, 25 eiteren nur 8 1/2 Mk. Accord-Zithern 3 Saiten und Zubehör nur 6 1/2 Mk. Verpackungskiste gratis. Porto 80 Pf. Garantie: Umtausch, gestattet, Risiko. Bevor Sie anderswo eine Harmonika u. s. w. kaufen, verlangen Sie erst meinen Katalog, derselbe enth. viele Neuheiten. Man bestelle nur bei Robert Huzberg, Neuenrade No. 63 Westfalen.

Wollen Sie
wettlich gut und billig rauchen? So bestellen Sie meine Cigarillos, wie oben abgebildet und größer, mit Sumatra oder Java gedeht und mit guter und feinsten Einlage für den spottbilligen Preis von 7 Mark pro 500 Stück franco per Nachnahme. Bei vorheriger Geldsendung nur 6,50 Mark. Branco 40 gute Cigarren und Cigaretten zur Probe und ein interessantes Buch mit Preisliste füge ich dieser Sendung noch gratis bei. Garantie: Rücknahme oder Umtausch. Mehr zu bieten ist durchaus unmöglich. Bitte zu bestellen bei
P. Pokora, Cigarrenfabrik, Neustadt, W.-Pr., No. 258 E.



Cigarren-Händler
reid, wer sich als solcher etablieren will, bezieht nur abgelagerte, verkaufsfähige, in ca. 1000 Special-Geschäften eingeführte tadellose Cigarren, Auswahl 130 Sorten.
von 24-200 Mark nur rein überseeisch, hervorragend preiswert direkt von grosser renommierter Cigarrenfabrik. Sehr günstige Bedingungen. Anfragen unter Z. 8 an die Expedition dieses Blattes. 4702*

Konkursmassen-Ausverkauf.

Die Uhrmacher Barth'sche Konkursmasse, bestehend aus:
Taschenuhren
in Gold und Silber, Stand- und Wanduhren, Regulator, sowie Goldwaren, Ketten, Ringe etc.
kommt täglich von 9-1 und 3-6 Uhr zum Ausverkauf Friedrichstrasse 54, nahe der Leipzigerstrasse.

UNVERGLEICHLICH
füllkräftig und haltbar sind
GUSTAV LUSTIG
echt chinesisches MANDARIN-
MONOPOLDAUNEN
erschaffen, gefärbt und Pfl. n. 2.85.
Daunen, wie alle inländischen
garantiert neu, 3-4 Pfd. in grossen
Eberbett ausreißend, viele An-
ererkennungungen, Verpackung
serious, nur allein von der ersten
Werkzeugfabrik m. richte. Peter-Ed.
**GUSTAV LUSTIG, BERLIN
S. PRINZENSTR. 48.**

J. Baer
Bads tr. 26, Prinz-Allee
Ecke
u. Schliemannstr. 37.
Hörren- und Knaben-
Moden.
Grosse Auswahl in
Parletts und Joppen.
Elegante Einsegnungs- Anzüge
in jeder Preislage.
Allerbilligste, streng feste Preise.
Saal,
Bereitszimmer und Angelbahn sind
an Vereine zu vergeben.
Gr. Frankfurterstr. 11/12. 21915

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

S. Kahnt, Dampfschiffs-Rederei und Schiffswerft.
Stralau, Tunnelstr. 34. - Telephon Amt VII. 580,
empfehl Gesellschaften, Schulen und Vereinen seine
Salon-Dampfer jeder Grösse
zu Partien in der Umgegend Berlins.
Durch Anschaffung weiterer zwei Dampfer (je über 300 Personen fassend) bin ich in der Lage, den weitestgehenden Ansprüchen zu genügen.

Lebens-Versicherung.
Versicherungsbestand: **Victoria zu Berlin.** Gesamt-Vermögen: 920 Millionen M. 320 Millionen M.
Gewinn-Reserven für die Versicherten 54 662 685 M.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1901 78 375 901 M.
Die „Victoria“ ist die grösste deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungsformen und die liberalsten Bedingungen.
Pro 1901 erhalten die Versicherten 15 315 552 M. Ueberschuss als Dividende. 3091*

Resterhandlung
1 Treppe, 38 Prinzenstr. 38, am Moritzplatz.
Das prima reimoollenen Stoffe liefern ich unter Garantie des guten Stiches mit guten Futhaten in sauberer Verarbeitung
Anzüge nach Mass
zum Preise von **24 und 30 Mark.**
Paletots nach Mass 22 Mark an.
August Löther, Prinzenstr. 38, am Moritzplatz
(vormals Leiter der Resterhandlung Bellealliancestr. 98 I).

Masken- und Scherzartikel
scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu aussergewöhnl. billigen Preisen, z. B. Schneebälle Dtd. 22 Pf., Pfannkuchen Dtd. 83 Pf., Knallbombs Dtd. 15 Pf., Luftschlangen 25 Stück 18 Pf., Koffilonorden usw. usw.
Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele
für Kinder und Erwachsene in vielen hundert Arten.
Neuheit! Kugelspiel „Meteor“, 60, 120 Pf. und höher.
Monatsspiel, enthaltend 450 Teile 1 Mark.
Bernhard Keilich, Grösstes Spielwaren-geschäft Deutschlands.
16 Schaufenster nur Spielwaren! **Kein Bazar!**
Gr. Hamburgerstr. 22/23, Hackeschen Markt, Bahnhof Börse.

Bekanntmachung.
Von jetzt an treten folgende
Tarifermässigungen
in Kraft:
1. Nachttarif für Beleuchtung.
Der Preis der Electricität für Beleuchtung in den Nachtstunden zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens wird für diejenigen Abnehmer, die sich zu einer jährlichen Stromentnahme während dieser Nachtstunden von mindestens 1000 M. verpflichten, auf 35 Pf. für die Kilowattstunde ermässigt.
2. Fahrstuhl-Beleuchtung.
Electricität zum Betriebe der in den Körben und Motorräumen der Fahrstühle angebrachten elektrischen Lampen wird künftig nach dem derzeitigen Krafttarif von 16 Pf. für die Kilowattstunde berechnet, sofern diese Lampen an den Zähler für den Fahrstuhl-Motor angeschlossen werden.
Anträge werden in unserem Bureau Luisenstrasse 35 entgegen-
genommen, woselbst auch jede Auskunft bereitwilligst erteilt wird.
Berlin, im Februar 1903. 515L*

Berliner Electricitäts-Werke.
Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Annalidenstr. 160 | Beuststr. 18
Belle-Alliancestr. 107 | Fichtenstr. 7a
Reinholdenborgerstr. 20 | Dransienstr. 31
Frankfurterstr. 115 | Brunnenstr. 92
Betten Stand 10, 15, 21-75 Mk.
12,00, 18-24 Mk.
Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene.
den 22,50 Mk. an.
Teillzahlung gestattet v. 1.00 der Woche an. Bei grösseren Raten Kassapreise. Kleinsten des Post-Spar- u. Fortschrittsvereins.

Wegen vollständiger Auflösung meines Geschäfts
Möbel-Total-Ausverkauf.
Gekaufte Möbel werden auf Wunsch bis 1. Mai cr. aufbewahrt. am
Rich. Thiele, Ackerstr. 120, Gartenplatz

Selten günstige Gelegenheit zur Neubegründung eines Geschäfts.
Zum 1. Juli a. c. ist in bester Stadtgegend im Südwesten in einem grossen Geschäfts- und Fabrikgebäude ein größeres Restaurationslokal mit Wohnung, in welchem seit 1896 eine Schankwirtschaft mit gutem Erfolg betrieben wird, ohne jede Verbindung an den blühenden Pflanz direkt durch den Eigentümer zu vermieten. - Gest. Anerbieten von Selbstthätigen unter R. 150 Postamt 34 erbeten. 61/6

Verfammlungen.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 9. Februar für die Bezirke Sieden und Südoften im „Wärtischen Hof“, Admiralstr. 18c. eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Warnst über das Unfallversicherungsgesetz referierte.

und der unteren Phalange des Daumens der rechten Hand ist stark geschwollen und auf Druck außerordentlich schmerzhaft.

Gegen den fälschfertigen Unternehmer ... Anzeige erstattet werden.

Mariensfelde. Hier tagte am 8. Februar im Lokal von Dietmann eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Stadtwächter Dr. Bruns einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen hielt.

Mariensfelde. In der am 11. Februar stattgefundenen Vereinsversammlung des Wahlvereins im Lokale von Adel zu Tempelhof referierte Fritz Jubel über die letzten Vorgänge im Reichstage.

Briefkasten der Redaktion.

W. A. Bitte, Dultung! - W. M. In der Vorwärts-Buchhandlung. - Sternwarte. 1. u. 2. Bild in einigen Tagen beantwortet. A. Brodhaus.

Louise Gildemeister. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Lazarus-Frauenhaus, Bernauerstraße 116, aus nach dem Friedhofe der Heiligen-Liebes-Gemeinde, Pappel-Allee, statt.

Vorwärts-Buchhandlung SW., Lindenstrasse 69. Vornehmer Zimmerschmuck! Die Freiheit führt das Volk.

Brauerei A. Lehmann Berlin SO. 26, Oranienstrasse 4 liefert Weiss-, Werdersck-, Weizen-Bier wie sonst a Liter 10 Pf. zum Selbstfüllen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Rixdorf. Dienstag, den 17. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bernstr. 151-152: Mitglieder-Versammlung

Verband d. i. Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Am 11. Februar verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege Wilhelm Brenneke

Photographien von Bedel, Engels, Jacoby, Passalle, Liebnecht, Marx, Zinger. Original-Studioveränderung auf aluminischem Papier.

Roh-Tabake für Cigarren-Fabrikation in allen Sorten und zu äusserst billigen Preisen. Sumatra-Decker, 1. 2. u. 3. Länge.

Achtung! Achtung! Vergolder. Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin. Montag, den 16. Februar cr., abends präcise 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Mitglied, der Bekleber Emil Ondra

Gebr. Mielitz, Armin-Hallen, 20. Kommandanten-Strasse 20. Ernst Riek, Optiker, Berlin C., Alexandersstrasse 57

Albert Steen, Bremen. Rohtabak. Tabellierter Brand, billige Preise. Formen. - Neueste Façons.

Musikinstrumenten-Arbeiter. Fachverein. Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gramann, Naunynstr. 37: Mitglieder-Versammlung.

Danksagung. Für die Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes Adolph Gabriel

Excellior. Excellior mit 3 Gläsern, Kompaß, Scherz- und Witzreden 12,00 Mk., übertrifft anerkannt alles bisher dergleichen Gebotene an Klarheit, Schärfe, Feinheit und Billigkeit.

Rohtabak, sämtliche Utensilien zur Cigarren-Fabrikation. W. Hermann Müller, 22 Alexandersstr. 22.

Urania-Vorstellung. Die deutsche Ostseeküste. Völlig neu in den Verkleidungen zu haben. Der Vorstand.

Blumen- und Kranzbinderei in empfehlende Erinnerung. G. Gey, Poststr. 64.

Max Bräuner, Jerusalemstr. 42. Grobkarige Auswahl von Kinder-, Sport- und Puppenwagen.

Rohtabak. Beste Auswahl - Billigste Preise. Unter Brand! Sorgfältige Qualität. Zämtliche Fabrikations-Utensilien.

Verein deutscher Schuhmacher. Montag, den 16. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 12: Ausserordentliche General-Versammlung.

Maskengarderobe von Adoll Runge. Gr. Frankfurterstr. 75. (Am VII. 6918) empfiehlt den Vereinen seine reiche Auswahl in Kostümen in jed. Verlebung.

Credit. - 10 Wart - liefert Anzüge, Paletots nach Maß, nach Wunsch allerbilligste Preise.

Rohtabak. billigste Preise. R. Schwarz, Riechhofenstr. 31. Roh-Tabak E. Erbe, Berlin C., August-Str. 36.

Masken-Ball findet am Sonntag, den 21. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizergarten, am Friedrichshain, statt.

Für 20 Mark. Feinle, hier selbst Stoff hat, Anfang nach Maß mit Zubehören. Weyer, Rosenthalerstr. 67.

Herren-Moden, elegante Ausarbeitung, geringe Teilzahlung. J. Kurzberg, Neue Königl. 37 II.

Berliner Ulk-Trio. Felix Schauer, Stralauerstr. 1.

Baumaterialien. neue und gebrauchte jeder Art, wie Kautschuk, Bretter, neue Schallbretter pro qm von 15 Pf. an.

III. Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Märtischen Hof“, Admiralstr. 18c:

Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

- 1. Ueber welche Nachmittel verfügt das Proletariat zur Niederwerfung der Klassenherrschaft? Referent Genosse Dr. R. Friedeburg.
- 2. Diskussion.

Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (S.-G.)

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Urania“, Brangellstr. 10:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Höpfer über: Die Vorgänge im Reichstag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstags-Wahlkreise.

Donnerstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhause, Linien-Strasse Nr. 5:

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren. 2. Bericht der Vertrauensleute, Presb., Lokal- und Agitations-Kommission. 3. Vereins- und Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 15. Februar 1903, abends 6 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Die Glenden und die Gottesgnaden.“ 2. Diskussion.

Der Vertrauensmann.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Zwei Versammlungen.

1. bei Schirm, Badstr. 19.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: Das allgemeine Wahlrecht, seine Freunde und seine Feinde. 2. Diskussion.

Der Vorstand.

2. Im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr,

in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstraße 75:

Vortrag des Stadtverordn. Dr. Alfred Bernstein über: Schulhygiene und Schulärzte.

Nach dem Vortrag:

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Eintritt 20 Pf. inkl. Garzerode.

Verein f. Frauen u. Mädchen d. Arbeiterklasse.

Montag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

- Vortrag des Herrn Professor Dr. Gravit über: „Die Bedeutung und Verhütung der Blindheit.“

Versammlung

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer Nr. 15, Saal 3.

Tages-Ordnung:

- 1. Der Aufführung in der Posamentenkonfektion und die Löhne der Posamentenarbeiterinnen. 2. Die Raftregelung bei der Firma L. Knopfmacher. 3. Bericht der Arbeiterinnen-Agitationskommission. Alle Arbeiter werden ersucht, ihre in der Konfektions-, Möbel-, Militär- und Pompanbranche thätigen Angehörigen zum Besuch der Versammlung anzuhalten.

Der Vorstand.

Centralverband d. Steinarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin II. (Marmorarbeiter).

Dienstag, den 17. d. Mts., abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Strasse 27 c:

Versammlung.

- Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Schöneberg.

Socialdemokratischer Wahlverein.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Obfischen Lokale, Weiningerstr. 8:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Montag, den 16. Februar, abends 8 Uhr, bei Herrn Meierer, Steinmeierstr. 113:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf.

Tages-Ordnung:

- 1. Die Krise und ihre Einwirkung auf die Gewerkschaften. Referent: Reichstags-Abgeordneter G. Rosenow. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale von Keller, Koppenstr. 39:

Bezirks-Versammlung für den Osten.

Tages-Ordnung:

- 1. Die Einführung der Kranenunterstützung im Verband. Referent: A. Cohen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Dienstag, 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gossmann, Kreuzbergstr. 48:

Bezirks-Versammlung für den Westen, Südwesten und Schöneberg.

Tages-Ordnung:

- 1. Die Einführung der Kranenunterstützung im Metallarbeiter-Verband. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstr. 3:

Bezirks-Versammlung für Charlottenburg.

Tages-Ordnung:

- 1. Die Einführung der Kranenunterstützung im Metallarbeiter-Verband. Referent: Kollege Busch. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Achtung! Schlosser. Achtung!

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns Festsaal, Bentzstr. 19-20:

Allgem. Schlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Wie stellt es in den Schlosserei-Betrieben aus, und haben die Schlosser Veranlassung, in eine Lohnbewegung einzutreten? Referent: Kollege H. Cohen.

Mittwoch, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Kanthold, Wilhelmshofstr. 18:

Bezirks-Versammlung für Ober-Schöneweide u. Umg.

Tages-Ordnung:

- 1. Die Einführung der Kranenunterstützung im Verband. 2. Diskussion. 3. Renauwahl der Bezirksleitung.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Nümann, Brunnenstr. 188:

Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:

- 1. Bericht und Renauwahl des Branchenmeisters und der Agitations-Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15 (Saal V):

Branchen-Versammlung der Elektro-Monteur.

Tages-Ordnung:

- 1. Wahl eines Branchen-Kassierers. 2. Wahl einer Agitations-Kommission. 3. Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher.

Mittwoch, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal V):

Konferenz der Vertrauensleute des Südens.

Jahrliches Beisammensein

Central-Verband der Maurer.

(Sektion der Rabizpuiger).

Mittwoch, den 18. Februar cr., abends 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeberern. 2. Sachwahl zum Verbandstage. 3. Verschiedenes.

Die Kollegen von der Firma Karl Schulze, Charlottenburg, werden ersucht, alle zu erscheinen.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

General-Versammlung.

Sonntag, den 1. März 1903, vormittags präcise 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:

Anträge zu denselben sind bis zum 22. Februar an den Vorsitzenden Jul. Meyer, Hällesche Str. 27, einzureichen. Jeder Sänger ist verpflichtet zu erscheinen. Bundeskarte legitimiert.

Achtung! Aufruf

an die Arbeiterschaft Berlins und der Vororte.

Die Jungdietcher, welche eine Sektion des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter bilden, befinden sich seit Montag, den 9. Februar, in einem Abwehrkampf. In Frage kommen 145 Mann, von denen inzwischen 65 Mann in ringfreien Brauereien ein Unterkommen gefunden haben.

Wohlfühlher haben sich gefunden, die die Stellen der streikenden Kautscher besetzt haben, davon vier in der Brauerei „Nordwest“, Ludowski (Jah. Dachert), zwei bei Rosenthal, Gräferstr. 8, einer bei Lehmann, Cranienstr. 4, und einer bei Fischer, Wabemarstr. 71. Die Kautscher von der Brauerei „Südwest“ (Jah. Stolpmann) haben sich dem Verbands nicht angeschlossen und fahren weiter.

Wir richten an die Arbeiterschaft die dringende Bitte, uns in diesem von den Unternehmern aufgezwungenen Kampf zu unterstützen, indem bei der Abnahme des Bieres nur diejenigen Kautscher berücksichtigt werden, welche sich durch eine von dem oben genannten Verbands ausgehende grüne Kautschur als Legitimation ausweisen können. Auch bitten wir die Frauen darauf hinzuweisen, daß bei dem Selbstholen des Bieres nur solche Brauereien berücksichtigt werden, welche den Tarif der Kautscher bereits anerkannt haben und nachstehend verzeichnet sind.

- Römpker, Weizensee. Aufs, Reichenbergerstr. 121.
- Kautschke, Brauerei Weizenblüte. Volksbrauhaus, Schönhauser Allee.
- Pannicke, Reichenbergerstr. 56. G. Hoffmann, Pintoschstr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Parkettleger und Einsetzer.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr: **Kombinierte Sitzung** sämtlicher Kommissionsmitglieder der Einsetzer und Parkettleger im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 10a. **Besprechung über den Bauarbeiterschutz-Kongress.** Die Obleute: Kraft u. Paris.

Branche d. Jalousiearbeiter.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung**

im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15, Saal 5. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Es ist jedes Mitglied verpflichtet zu erscheinen. Der Obmann.

Bezirk Friedrichsberg.

Mittwoch, den 18. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Zutterbuse, Friedrich-Karlstraße 11:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Wahl eines Bezirksleiters. 4. Verschiedenes. Hierzu sind alle Mitglieder eingeladen.

Bezirk Rummelsburg.

Mittwoch, den 18. Februar 1903, abends 8 Uhr, bei Krause, Kant- und Goethestraßen-Ecke:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl des Beitragskassiers. 4. Verschiedenes.

Portefeuller, Ledergalanterie-Arbeiter! Verband der Portefeuller u. Ledergalanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung.**

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Gustav Reuter: „Die Bedeutung geheimer Gesellschaften.“

2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird in Anbetracht des hochinteressanten Vortrages gebeten. Auch Gäste haben Zutritt.

Heute Sonntag, den 15. Februar: Feier des II. Stiftungs-Festes

im Gewerkschaftshause, Engel-Hfer 15. Aus dem Programm: Berl. Symphonie-Orchester. — Männer-Gesangsverein „Borax“. — Arbeiter-Radfahrerverein Berlin. — Turnverein „Fichte“. — Theaterstück etc.

Es ist für ein vorzügliches Programm gesorgt und wird um zahlreichen Besuch gebeten. Anfang 5 Uhr. — Entree an der Abendkasse 40 Pf.

Centralverband der Stuccateure Deutschlands.

Montag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, in Frankes Festsaal, Sebastaianstr. 39:

Regelmäßige Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Renauwahl der Hilfskassierer und Gründung neuer Zweigstellen. 2. Bericht über den Streik bei Schuchardt. 3. Tarifberathungen. 4. Mitteilungen und Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht und erhält jeder Teilnehmer zum 3. Punkt einen diesjährigen Tarif-Entwurf ausgehändigt. Auch Gäste und Nichtmitglieder haben Zutritt.

Berliner Ressource

Kommandanten-Strasse 57. 3902*

Hochelegante Festäle für 1000 Personen.

Adolf Stein.

Orts-Krankenkasse f. d. Tapezierergewerbe zu Berlin.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: 21955

General-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Erhöhung der Beiträge. 2. Verschiedenes.

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern der Central-Krankenkasse und Sterbefälle der Kameraden, E. F. O. Kaffe Hamburg II, sowie den Mitgliedern des Centralverbandes der Zimmerer zur Mitteilung, daß vom 17. Februar d. J. ab alle Angelegenheiten **Wohnstraße Nr. 47** abgeteilt werden.

Allen Freunden, Bekannten und Gonnern zur Nachricht, daß ich wegen Abreise mein Geschäft verlegen muß, und ersuche, das bisherige Vertrauen auch auf mein Geschäft **Pantstr. 47** zu übertragen. Achtungsvoß

F. Schumann.

Hochstraße 32a. 6221*

Bücherfreunde

bezichen unter strengster Diskretion Brodhaus u. Meyers Verlan, das XIX. Jahrhundert, Kaiser, Beldall u. Menschheit, Naturgeschichtl. Bild u. Platen, Meyers Neues Verlan und alle andren Werte gegen bequeme Monatsraten, ohne jeden Preis-ausschlag bei Francozusendung. Off. u. L. A. 716 an Rudolf Mosse, Leipzig erdnen. 60/5*

H. Frey's Zahntechnisches Institut

Gegründet 1861. **Landsbergerstr. 42, I.** Gegründet 1861.

Ohne jede Anzahlung. **Wöchentlich 1 Mark.** Teilzahlung 1 Mark wöchentlich.

Nicht ganz schmerzlos Zahnziehen ohne Narkose, aber grossmöglichste Schmerzmilderung. **10jährige Reelle Garantie.**

Um einer Täuschung des geehrten Publikums von vornherein vorzubeugen, schreiben wir: **Ohne jede Anzahlung.** **Ohne jede Anzahlung.**
 durch alle modernen und dem **Organismus des Patienten** **ungefährliche** Mittel den Schmerz soweit **Schwächsten** licher ist.
Entfernung von kranken Zähnen und Wurzeln zwecks Zahnersatz ohne „Extra-Berechnung“. — Ich liefere einen natürlich aussehenden und beim **Teilkzahlung ohne Anzahlung** geordneten Essen brauchbaren künstlichen Zahnersatz auf **Kein Risiko. ♦ Garantie.** geordneten Kunden ist verpflichtet, Nichtkonvenientes abzunehmen, da keine Vorherbezahlung, also.

Meine schriftliche Garantie, welche ich jedem meiner geehrten Patienten, welcher einen künstlichen Zahnersatz bei mir anfertigen lässt, mitgegeben lautet:

Ich übernehme für jeden von mir gelieferten Zahnersatz eine **Garantie von zehn Jahren**, das heisst: Jede an einem von mir gelieferten Zahnersatz vorkommende Reparatur, gleichwie aus welchem Grunde entstanden, wird während der Dauer von 10 Jahren **kostenlos** ausgeführt.

1000 Mark
 in Worten: „Eintausend Mark“, welche ich bei einem hiesigen Notar hinterlegt habe, zahle ich demjenigen, welcher nachweist, dass ich meine im Garantieschein gegebenen Versprechungen nicht Wort für Wort halte.

Das geehrte Publikum wird gebeten, diese Zeilen nicht für „Marktschreierische Reklame“ zu halten, sondern nur für das, was sie wirklich sind, für... **Wahrheit.**

H. Frey's Zahntechnisches Institut, Landsbergerstrasse 42, I.
 Gegründet 1861. 8-7. Geöffnet von 8-7. Gegründet 1861.
 Fahrverbindung von allen Richtungen. Fahrgeld vergütete. Fahrverbindung von allen Richtungen.

Berlin Bellealliancestrasse 98. Chausseestrasse 54. **Filialen:** **Stettin** Hohenzollernstrasse 3. Magaziinstrasse 2.

Mass-Anzüge

24 u. 30 Mark.

Herbst-Paletots nach Mass 24-28 Mark.

Im Interesse des weiten Publikums erlaube ich, mein Angebot zu prüfen, von der Billigkeit und strengen Accidit ich zu überzeugen.

Sonnenseheins Engros-Resterhaus

ist einzig konkurrenzlos am Plage, indem ich nur von prima Rohstoffen die elegantesten haltbarsten **Herbst-Anzüge** zu obigen Preise liefere.

Warnung

Vor solchen sogenannten Resterhandlungen, die durch ähnliche Annoncen meine nachahmen, um den Schein zu erwecken, dieselben Vorteile den Kunden bieten zu können. Bitte vorher die Stoffe zu prüfen und vergleichen Sie mit meinen streng reellen Rohstoffen.

Sonnenseheins Engros-Resterhaus

Bellealliancestr. 98 i Tr. Chausseestr. 54 i Tr.

Schlager

für die nächsten Tage in **Herren-Anzug- u. Paletotsstoffen** — das Allerneueste d. Saison — bringt die

Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland

Berlin C., Rosstrasse 2, direkt an **Private** zum Verkauf.

Reste spottbillig.

Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. **Kein Kaufzwang.**



Generalvertreter für Berlin:

Paul Baron
 S. 14, Dresdener Strasse 38.
 Telefon IV, 1878.

Unentgeltliche Behandlung

von Zahn- und Mundkrankheiten von 9-6 Uhr unter Leitung eines in Amerika und Deutschland approbierten Zahn-Artes in der

„Altmann-Zahn-Klinik“

Alexander-Platz, Hinter der Berolina.
 Für die Privat-Praxis separate vornehme Räume. Garantiert völlig schmerzloses Zahnziehen! Künstliche Zähne. Empfehlungen aus hohen und besten Stellen.

Ueberraschend für Jedermann! Noch nie dagewesen!

Neu! gesetzlich geschützt! Neu!



30 Tage zur Probe versenden wir vorstehendes **Bazierportemonnaie Nr. 5500** (genau wie Zeichnung), prima braunes Saffian-Leder, Lederfutter, Innen- und Aussenbügel fein vernickelt, 3 Fächer, zum Preise von nur **Nr. 1,50 franco**.
 2 Quastflaben in das Leder in Golddruck eingepreßt, kosten 10 Pf. Ausführliche Gebrauchsanweisung wird jeder Börse beigelegt, da sonst feiner im Stande ist, dieselbe zu öffnen.



Verband gegen Nachahme

oder vorherige Einfindung des Bezuges.

Garantieschein: Nichtgefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen das Geld zurück.

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen.

Berlangen Sie umsonst und portofrei unsere neuesten Pracht-Kataloge, Ausgabe 1903, mit über 2500 Abbildungen von Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Haushaltsgegenständen, Uhren, Uhrketten, Musikwaren, Pfeifen, Cigarren, Cigarrenspitzen, Spielsachen und sonstigen vielen Neuheiten.

Bemerken noch, daß wir nur elegante, gezielte, gute und preiswürdige Waren versenden.

Hâkim-Cigaretten

sind nach dem einstimmigen Urteil aller Sachverständigen die **feinsten 2 Pf.-Cigaretten**.

— **Höchste Leistung!** —

In den Cigarrengeschäften zu haben!

2041b*

Ausstellung

für 550L*

Kartoffel-Verwertung

und Verwendung des

Spiritus zu technischen Zwecken

(Koch-, Leucht-, Heiz- und Kraftzwecke)

im Institut für Gärungsgewerbe

Berlin N., Seestrass
 vom 7. bis 15. Februar 1903.

Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 1/2 Uhr nachmittags.

Tageskarten 1 M. — Dauerkarten 2 M. — Sonntagskarten 50 Pf.

Im Vorverkauf: Tageskarten 75 Pf. — Sonntagskarten 40 Pf.

erhältlich:

Berlin NW., Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel),

im Ausstellungs- und Verkaufsort der

Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H.

Die Sauerstoff-Behandlung durch Novozon, ihre Entwicklung u. ihre bisherigen Erfolge.

Meistens sind zwei Jahre sind nunmehr vergangen, seitdem Dr. Hinz die Idee, die äußere Lungenatmung durch innere Zufuhr von Sauerstoff zu unterstützen, verwirklichte. Der Wert des Sauerstoffes für die innere Therapie wie umgekehrt die Thatsache, daß der Sauerstoffmangel bedingt die geringe Oxydation im menschlichen Organismus die Ursache einer großen Anzahl von Krankheiten ist, das alles hatten die Ärzte schon längst erkannt. Noch kürzlich hat ein bekannter Moskauer Arzt, Professor Dr. Pawlinski, in einer umfangreichen Abhandlung „Der Sauerstoffmangel als Bedingung der Erkrankung und des Absterbens des Organismus“ über den Wert des Sauerstoffes für die Gesundheit und über den Sauerstoffmangel als die Ursache aller Krankheiten ausführlich berichtet. In Erkenntnis dieser Thatsache haben die Ärzte schon seit Jahrzehnten den Sauerstoff durch Inhalationen als therapeutisches Mittel herangezogen, jedoch gingen die gegenteiligen Erwartungen nur zum Teil in Erfüllung. Denn nur in solchen Fällen beobachtete man wirklich gute Erfolge, wo ein mechanisches Hindernis der Lungenatmung vorlag, wie bei Lungenerkrankungen, Lungenverwundungen, eitrigen Arterien von Röhre u. a. So erkannte man denn auch bald, daß der eingatmete

Sauerstoff allein im Blute nicht wirken könne, wenn er nicht durch gewisse Blutbestandteile (Hämoglobin, Erythrocyten) im Blute erst mehr lebendige Kraft erhält, d. h. aktiviert wurde. Man ging daher auch bald dazu über, solchen aktivierten Sauerstoff in Form von Superoxygen als Gas, Flüssigkeit oder Pulver dem Körper zuzuführen. Da aber die früheren bekannten Superoxyde teilweise giftige Grundsubstanzen enthielten, teilweise durch ihre Schärfe (Lauge u. a.) zerstörend und ätzend auf die zarten Schleimhäute der Luft- und Verdauungswege einwirkten, so war man bisher nicht viel weiter gekommen und das ersehnte Ziel der inneren Sauerstofftherapie schien auf diesem Wege fast unerreichbar.

Das Verdienst von Dr. Hinz ist es nun, in der Novozon-Therapie mit einem noch feineren Angaben hergestellten Magnesiumsuperoxyd — „Novozon“ genannt — einen Weg gezeigt zu haben, welcher gestattet, dem menschlichen Körper hinreichend große Mengen von aktiviertem Sauerstoff ohne jeden Schaden innerlich zuzuführen. Der Mensch kann so, wie er jetzt, Eiweiß und Kohlenhydrate zu sich nehmen, nunmehr innerlich mit einem vierten notwendigen Bestandteil, dem Sauerstoff, und zwar mit Sauerstoff in aktiver Form, ernährt werden.

Es war von vornherein wahrscheinlich, daß diese innere Sauerstofftherapie besonders bei den Krankheiten günstig wirken würde, bei denen durch äußere Einflüsse die Oxydation herabgesetzt war, d. h. der Sauerstoff-Verbrauch nicht im Verhältnis zum Sauerstoff-Bedarf stand. Hierher gehören in erster Linie die meisten inneren chronischen Krankheiten und Stoffwechselstörungen. Die außerordentlich günstigen Erfolge der mittels Novozon ausgeübten inneren Sauerstoff-

Therapie haben denn auch während der letzten Jahre bereits eine Reihe von Ärzten veranlaßt, dieses Heilverfahren auf Grund eigener gründlicher Nachprüfung zur Anwendung zu bringen, und eine große Anzahl von Patienten, die anderwärts vergeblich Genesung gesucht hatten, verdanken ihnen heute bereits ihre Heilung. Solche Erfolge bezog. Institute für Novozon-Behandlung, die alle unter der Leitung erfahrener Ärzte stehen, giebt es schon in Berlin, Hamburg, Breslau, Bremen, Dresden, Kiel, Frankfurt a. M. u. a.

Aus dem großen Gebiete der Blute, Stoffwechsel- und anderer chronischen Krankheiten, die durch die Novozon-Therapie heilbar sind, können, sei es eine der häufigsten die **Neurasthenie**, auch **Nervosität** oder **Kerzenschwäche** mit ihren zahlreichen Nebenerscheinungen und Variationen genannt. Diese Krankheit ist bei dem Stabileben und den vielen Anforderungen, die das heutige Leben mit sich bringt, eine so gefährliche und ausgedehnte, daß es kaum eine Familie giebt, in der nicht das eine oder andre Mitglied davon heimgegriffen ist. Besonders für Frauenbeamte und alle diejenigen, die durch angelegene geistige Arbeit ihre Spannkraft und Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, ist diese Krankheit zur Existenzfrage ge-

*) Das Berliner Institut für Sauerstoff-Behandlung „Novavit“, Friedrichstrasse 105 c, Ecke Ziegelstrasse, versendet unter Bezugnahme auf diese Zeitung an Interessenten gratis und franco ausführliche Prospekte und Broschüren, die genaue Details über Wesen der Behandlung, über die Kosten derselben und eine Reihe von interessanten Gutsichten aus Arzt- und Laienkreisen enthalten,

worden. Daher ist es um so erfreulicher, daß die Sauerstoff-Behandlung von Dr. Hinz hier so gute Hilfe gebracht hat, während man früher dieser hartnäckigen Krankheit mehr oder minder ratlos gegenüberstand.

Auch bei der mit Recht so sehr gefährdeten Zuckerkrankheit sind durch Novozon Erfolge erzielt, die alle Erwartungen weit übertrafen. Der Verlauf ist in der Regel folgender: Die Patienten fühlen sich bei Gebrauch der Kur gesünder und kräftiger, es schwinden meistens schnell alle subjektiven Beschwerden, und ohne besonders schwere Diät einzuhalten, verlieren sie in kürzester Frist ihren Zucker.

Von anderen für die Novozon-Therapie geeigneten Krankheiten seien besonders noch genannt die **Anämie** und **Nierenschwäche**, **Rheumatismus**, **Nervenschwäche** und **chronische Magen-Darm-Leiden** und die nervösen **Herzkrankheiten**. Daß auch die **Kranke**, die schon durch **Sauerstoff-Inhalationen** bisweilen günstig beeinflußt werden, wie **Lungenkrankheiten**, **Röhre u. a.** durch die innere Sauerstofftherapie erst recht gebessert werden können, ist nach dem vorher Gesagten leicht verständlich. Es sei schließlich noch erwähnt, daß auch bei der Behandlung von **Hautkrankheiten** und **speziell offenen Wundstellen** in den letzten Jahren **Novozon**, schnelle und schmerzlose Heilungen ohne bisherige Rückfälle erzielt wurden.

Alles in allem genommen erscheint also die **Sauerstoff-Behandlung** als eine **Therapie**, die **Grades** leistet und von **keinem Kranken übersehen werden sollte!**

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 14. Februar 1903.

Von der Börse. — Die Kurstreiberei auf dem Kassa-Industriemarkt. — Zünftige Spekulation und Privatpublizistik. — Deutschlands Eisenbahnen. — Oesterreichische Staatsschulden-Konversion.

Nach der Abkantung, mit der in voriger Woche der Börseverkehr auf fast allen Gebieten, auch auf dem seit einiger Zeit wieder mehr in den Vordergrund getretenen Rentenmarkt, geschlossen hatte, begann die heute endende Woche zunächst gleichfalls mit allseitiger Zurückhaltung. Die zweifelhafte Wiener Meldung, daß der österreichische Finanzminister sich für die Konvertierung der österreichischen Renten in 3/4-prozentige Aktien entschieden habe, hatte nur auf den Kurs der österreichischen Kreditaktien Einfluß; die Nachfrage nach deutschen Vorkursen wurde dadurch nicht angeregt, so daß diese sich kaum auf dem Sonnabendkurs zu halten vermochten. Auch Kohlen- und Hüttenaktien gaben nach, ebenso meist fremde Rentenwerte, während deutsche Fonds, speziell die 3/2- und 3-prozentige Reichsanleihe sowie 3-prozentige preussische Konsole leicht anzogen. Doch diese schwächliche Tendenz, mit der die Woche einsetzte, hat während der letzten Tage in überraschender Weise, einer, wie man fast sagen kann, außerordentlichen Lebhaftigkeit des Verkehrs Platz gemacht; besonders gefiebert hat sich das Geschäft so regt, wie seit langer Zeit nicht mehr — allerdings erstreckt sich diese Bewegung in der Hauptsache auf ein einzelnes bestimmtes Gebiet, den Kassa-Industriemarkt; der Ultimomarkt und der Rentenmarkt sind nur in geringem Grade daran beteiligt; immerhin haben verschiedentlich auch in Bankaktien und in ausländischen Renten, namentlich spanischen, recht ansehnliche Umsätze stattgefunden.

Den Anstoß zu dieser Bewegung gab am Dienstag die Meldung von der Vereinigung der Firma Siemens u. Halske mit der Schuldert-Gesellschaft. Von einem Teil der Börse wird von dem im Dezember vorigen Jahres durch die Begründung einer Interessengemeinschaft zwischen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und der Union-Elektrizitäts-Gesellschaft eingeleiteten Restrukturierungs- bez. Umstrukturierungs-Verhandlungen in der Elektrizitätsindustrie nicht nur eine Umbildung des elektrotechnischen Fabrikationsgeschäfts erwartet, sondern auch eine gegenseitige Verknüpfung bei der Beteiligung an größeren elektrischen Neu-Unternehmungen, ein Aufheben der gegenseitigen Unterbündelungen und als weitere Folge eine Verbesserung der Finanzlage der Elektrizitätsgesellschaften sowie eine günstige Einwirkung auf die Verhältnisse der Maschinen- und Eisenindustrie. Wie weit solche Hoffnungen berechtigt sind, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls hat die Spekulation diese ihr günstige Auffassung recht geschickt auszunutzen verstanden. Schuldert-Aktien stiegen am Dienstag, da man die ungünstige Position dieser Gesellschaft für am meisten verbessert durch die Fusion hielt — um beinahe 10 Prozent, Schuldert-Obligationen um ca. 3 Proz., und auch die Aktien der Gesellschaft Siemens u. Halske erhöhten ihren Kurs um 1 1/2 Proz. Ueberhaupt zogen fast durchweg Elektrizitätsaktien an, und von diesen griff dann die Aufwärtsbewegung, wenn auch in schwächerem Maße, teilweise auf Hüttenaktien über. Auch am Mittwoch zeigte der Kassamarkt im Gegenatz zum Ultimomarkt, der unter einer anfälligen Geschäftslage litt, die auch durch die Diskontberäuberung der Reichsbank nicht erhellt wurde, eine bemerkenswerte feste Tendenz. Wieder waren Elektrizitäts- und Maschinenbau-Aktien lebhaft gefragt, ebenso Cement-Aktien, die schon seit mehreren Tagen stärker begehrt werden. Und als vorgestern die luxuriöse Stimmung der Fusionbewegung in der Elektrizitätsindustrie zu versagen begann, fand sich ein neues Motiv zu einem Anlauf der Spekulation: die Vergabung von 400 Lokomotiven durch die preussische Eisenbahn-Verwaltung an das preussische Lokomotivfabrikanten-Kartell; die Firmen Schwanerhoff und Borsig in Berlin, Geseff in Hannover, Henschel in Kassel. Neben den Aktien der direkt an dem Auftrag beteiligten Gesellschaften schneitete auch die einer Reihe anderer Maschinenbau-Anstalten in die Höhe: Schwanerhoff um 6 Proz., Geseff um 1 1/2 Proz., Berlin-Anhalter Maschinenfabrik um 3 Proz., Wagländische Maschinen um 2 1/4 Proz., Hartmannsche Maschinenfabrik 9/4 Proz., zc. Zugleich stiegen auf anhaltende Nachfrage verschiedene Cement-Aktien erneut um 1 1/2 bis 5/2 Proz.; die Aktien der Aktien-Cementwerke wurden sogar nach Schluss der offiziellen Notierungen noch zu einem um über 8 Proz. erhöhten Kurs gesucht.

Dagegen waren gestern und heute mit Ausnahme von Aktien-Cementaktien, die auf die vorgestrichene Haufe an der Hamburger Börse auch hier um 12 Proz. emporschnellen, Cementaktien wenig gefragt, so daß heute bereits einzelne Rückschläge zu verzeichnen waren. Das Hauptinteresse der Spekulation wandte sich erneut den Aktien der Maschinenfabriken zu, die teilweise noch gestern größere Avancen erzielten als am Donnerstag. Im Vergleich zur Geschäftslage auf dem Kassa-Industriemarkt hielt sich der Verkehr auf dem Ultimomarkt in recht bescheidenen Grenzen, doch wirkte sowohl gestern als heute die Haufestimmung des Kassamarktes anregend auf die per Ultimo gehandelten Papiere zurück, so daß Bankaktien wie Rentenwerte ihre Bewegung während der Woche durchweg mit kleinen Kurserhöhungen abschließen.

Die behauptet wird, gehen die Käufe nicht nur von der zünftigen Spekulation aus, sondern sollen zum Teil auf größere Kaufaufträge aus aufliegenden Kreisen zurückzuführen sein, die sich angeblich anschicken, sich wieder lebhafter an den Börsengeschäften zu beteiligen. Eine Mär, die sich vorerst nicht direkt widerlegen läßt, wohl aber recht unwahrscheinlich klingt. Dagegen spricht nicht nur die Schnelligkeit, mit der die Nachfrage den einlaufenden stimmulierenden Meldungen folgt, und sobald die Kurse in raschen Steigerungen hochgetrieben sind, sich wieder legt, sondern auch die Geschäftlichkeit, mit der an jedem Tage eine bestimmte Kategorie von Aktien zum Spiel ausgerufen und in den Vordergrund gehoben wird unter fast völliger Auserachtlassung anderer Werte. Die ganze Aktion erfolgt viel zu planmäßig und zielbewußt, mit zu sorgfältiger Rücksichtnahme auf das jeweilige am Markt befindliche Aktienmaterial, als daß größere Kreise des sogenannten Privatpublikums daran beteiligt sein könnten. Die mannigfachen Realisationen und Rückschläge, die schon in nächster Zeit sich einstellen dürften, werden zeigen, was Wahres an der Erzählung von der neuerwachten Beteiligungslust der außerhalb der Börse stehenden Kreise ist.

Das Reichs-Eisenbahnenamt hat eine Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands ausarbeiten lassen, von der auch dem Reichstage eine Anzahl von Exemplaren zur Information zur Verfügung gestellt sind. Nach dieser auf Grund der Angaben der Eisenbahnverwaltungen vorgenommenen Zusammenstellung hatten Anfang Dezember 1901 die vollspurigen Eisenbahnen Deutschlands eine Länge von 51 092,01 Kilometer; davon waren 4 961,97 Kilometer Privatbahnen und 18 639,11 Kilometer Nebenbahnen. Eingeleistet waren 32 816,74 Kilometer, zweigleisig 18 103,82 Kilometer, dreigleisig 51,69 Kilometer und viergleisig 120,26 Kilometer. Die vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen umfassen 31 306,58 Kilometer, davon sind 20 052,06 Kilometer Hauptstrecken. Die bayerischen Staatsbahnen sind 5890,12 Kilometer lang, davon 4091,56 Kilometer Hauptbahnen, die sächsischen 2817,28 Kilometer (1774,02 Haupt-, 843,27 Nebenbahnen), die württembergischen 1802,86 Kilometer (davon 208,82 Nebenbahnen), die badischen 1684,67 Kilometer (davon 241,05 Nebenbahnen), die Rhein-Redar-Bahn 2187,76 Kilometer, die Neckar-Redar-Bahn 1099,83 Kilometer (davon nur 487,04 Hauptbahnen) und endlich die oldenburgische 550,68 Kilometer lang (218,77 Kilometer Nebenbahnen).

Der verfügbare Jahresertrag stellte sich für die Reichs-Eisenbahnen auf 17,8 Millionen Mark, Preußen-Hessen wies 317,8 Millionen Mark auf, Bayern 36,6 Millionen Mark, Sachsen 28,3 Millionen Mark, Württemberg 15,9 Millionen Mark, Baden 13,9 Millionen

Mark, die Rhein-Redar-Bahn 2,1 Millionen Mark, Mecklenburg 4,1 Millionen Mark und Oldenburg 2,2 Millionen Mark. Die gesamten Staatsbahnen 638,2 Millionen Mark. Der Ueberfluß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben beträgt unter Ausscheidung der Ausgaben für erhebliche Ergänzungen und der Vergütung für gepachtete Bahnstrecken auf 1000 Kilometer bei den Reichsbahnen 935 M., in Preußen 1565 M., Bayern 793, Sachsen 934, Württemberg 872, Baden 671 M., bei der Rhein-Redarbahn 1056 M.; auf 1000 Wagenkilometer aller Art beträgt der Ueberfluß in der gleichen Reihenfolge der Bahnen 26 M., 41 M. (Preußen-Hessen), 23 M., 28 M., 31 M., 22 M., 30 M.

Die Konversion der österreichischen Staatsschulden. Von unserem Wiener st-Korrespondenten wird uns über die Konversion geschrieben: Die Konversionsvorlage, die heute das österreichische Abgeordnetenhaus erledigt hat, strebt die Zinsfußherabsetzung für nicht weniger als fünf Milliarden österreichischer Staatsschulden an: der gesamten sogenannten einheitlichen Staatsschuld, die uns der Absolutismus als unwillkommenes Erbe hinterlassen hat! Trotzdem wird die Operation ganz glatt vor sich gehen, denn die Verringerung des Zinsfußes, die sie vollzieht, ist nicht mehr als zwei Fünftel Prozent. Es handelt sich um die Schulden, die der selige Kaiserstaat gemacht hat — die Kosten der Kriege in Italien und des Krieges um die Hegemonie in Deutschland — die im Jahre 1868 zu einer einheitlichen Rente verschmolzen wurden, deren garantierter Zinsertrag von fünf Prozent durch eine 16-prozentige Steuer — den bekannnten österreichischen Staatsbankrott — auf 4,2 Prozent herabgedrückt wurde. Die Vorlage überläßt es der Regierung, den neuen Zinsfuß zu bestimmen; nach den Erklärungen des Finanzministers wird aber den Besitzern die Absteimpung auf vier Prozent angeboten werden. Da die Rente heute über Paris steht, so ist der Erfolg der Konversion zweifellos und ein größerer Rückfluß absolut nicht zu befürchten. Es ist daher schwer begreiflich, warum für die Kapitalbeschaffung zum Zwecke der Rückzahlungen ein neuer Rententypus — von 3/2 Prozent — geschaffen wird. Die Willenserklärung der Besitzer wird sich fast ohne weiteres vollziehen, das heißt, wer binnen acht Tagen nach der Kundmachung im Reichs-Gesetzblatt nicht erklärt hat, daß er das Kapital zurückverlangt, der wird als mit der Absteimpung auf vier Prozent für einverstanden betrachtet. Die Ersparnis der Zinsen wird etwa sieben Millionen Kronen betragen.

Merkwürdig und strittig ist an der Operation nur die Zurückstellung des sogenannten „ungarischen Vlots“. Es werden nämlich nicht die ganzen fünf Milliarden lombardiert, sondern nur 3000 Millionen; 1400 Millionen werden reserviert — bis die Differenz mit der ungarischen Regierung ausgetragen ist. Diese Differenz besteht in folgenden: Als im Jahre 1867 der „einheitliche Kaiserstaat“ liquidiert und die dualistische Monarchie begründet wurde, leugnete Ungarn seine Verpflichtung, für die Schulden des Absolutismus mit aufkommen zu sollen. Ein österreichischer Abgeordneter charakterisierte das mit den bissigen Worten: die ungarischen Minister rieten dem Könige von Ungarn, die Schulden nicht anzuerkennen, die er als Kaiser von Oesterreich gemacht hatte. Schließlich wurde eine Vereinbarung geschlossen, wonach sich Ungarn verpflichtete, als Beitrag zu dem Zinsenerfordernisse (das etwa 110 Millionen Gulden betrug) „einen dauernden, einer weiteren Änderung nicht unterliegenden Jahresbeitrag“ von 29 188 000 Gulden zu leisten. Dabei beiden Staaten das Recht zugestanden wurde, ihren Zinsbeitrag durch Amortisierung von Schuldverschreibungen oder Kapitalrückzahlung zu tilgen. Die Frage ist nun, nach welchem Zinsfuß der ungarische „Jahresbeitrag“ zu kapitalisieren ist. Eigentlich ist es gar keine Frage, denn daß der ungarische Beitrag ein Beitrag zu einer Verzinsung von 4,2 Proz. ist, kann nicht bestritten werden, also auch nicht, daß sein Beitrag 4,2 Proz. seiner Kapitalsschuldigkeit ist. Aber aus den Mitteilungen, die der Finanzminister gestern im Ausschuss gemacht hat, geht hervor, daß die Ungarn in den 29 Millionen einen Beitrag zu einer Verzinsung von fünf Prozent sehen, die Kapitalisierung also auf Grundlage von fünf Prozent verlangen. Das ist im Kapital nicht weniger als ein Unterschied von 200 Millionen Kronen, und da Ungarn seinen jährlichen Zinsbeitrag nur verringern kann, indem es das Kapital zurückzahlt — denn lombardieren läßt sich der fixe „einer weiteren Änderung nicht unterliegende“ Jahresbeitrag natürlich nicht — so steht in dieser Frage auch ein eminentes aktuelles Interesse. Wunderlich ist, daß darüber das eigentliche Gesetz nur ein einziges Wort als Aufschluß giebt. Es wird nämlich bloß gesagt, daß „der dem effektiven Zinsengemisse der getilgten Schuldverschreibung entsprechende Betrag“ von der Leistungsschuldigkeit „in Abfall gebracht wird“. Effektive: das ist nun wohl sicher der Zins, der wirklich gezahlt wird, also der Zinsfuß von 4,2 Prozent. Trotzdem hat sich die Regierung Hoerber bereit gefunden, der ungarischen Regierung das Zugeständnis zu machen, daß die Sache fraglich ist — indem sie von dem Gesamtbetrag dieser Schuld 1400 Millionen anscheidet und von der Lombardierung ausschließt. Dies ist umförmiger zu billigen, als die Frage der Kapitalisierung das Recht Oesterreichs: die Rente selbständig zu lombardieren, nicht berühren kann, und durch die Ausscheidung der 1400 Millionen Oesterreich eine jährliche Ersparnis von 2,8 Millionen Kronen entgeht.

Die Auskünfte des Finanzministers waren an diesem Punkte so vage, daß es keinem Zweifel unterliegt, daß hier das Geheimnis der Silvesternacht steckt. Die Zurückstellung des „ungarischen Vlots“, wie die 1400 Millionen nicht ohne Ironie genannt werden, ist eine Konzeption an Ungarn, zu der Oesterreich nicht verpflichtet war, die sich aber als sehr kostspielig erweisen wird.

Zur Gewerkschafts-Einigung.

Die „Einigkeit“ bringt in ihrer neuesten Nummer ihr „Schlußwort“ zu der Debatte über die Einigungsfrage der Gewerkschaften. Nachdem die „Einigkeit“ für ihre Behauptung: Die Verbände der Generalkommission und diese selbst sind Feinde der Sozialdemokratie — auch nicht den Schein eines Beweises beibringen konnte, blieb ihr allerdings nichts andres übrig, als sich durch den Schluß der Debatte zurückzuziehen. Jetzt behauptet die „Einigkeit“ sogar, sie habe gar nicht gesagt, daß förmliche Verbände und die Generalkommission Feinde der Sozialdemokratie sind. Angesichts dieser Behauptung wollen wir der „Einigkeit“ doch ins Gedächtnis zurückrufen, daß sie am 31. Januar, also vor zwei Wochen, schrieb: „Die Verbände sind geeignet, die proletarische Arbeiterbewegung zu versumpfen. Die Verbände der Generalkommission und diese selbst sind also Feinde der Sozialdemokratie, wenn man ihre Wirkung und ihre Endziele in Betracht nimmt.“

Nach diesem Citat mag jeder Leser selbst beurteilen, was die „Einigkeit“ gesagt hat. Wenn sie heute abstreift, was sie vor zwei Wochen behauptete, so ist das zwar nicht nötig, es zeigt aber dafür, daß die „Einigkeit“ ihre geuogigen Behauptungen nicht beweisen kann. Besonders möchten wir feststellen, daß die „Einigkeit“ für keinen einzigen derjenigen Verbände, die für die Einigung in Frage kommen, auch nur den geringsten Beweis dafür erbracht hat, daß diese Verbände sich auf dem Wege der Versumpfung befinden. Damit fällt denn auch die Voraussetzung für den Fortbestand der lokalistischen Organisationen, die nach Angabe der „Einigkeit“ die Aufgabe haben sollen, einen Schutzwall gegen die von den Verbänden ausgehende Versumpfungsgefahr zu bilden. Wenn Versumpfungsercheinungen auf jener Seite nicht vorhanden sind — und die „Einigkeit“ hat ja solche Erscheinungen nicht nachweisen können — dann bedarf es auch keiner Organisationen, welche gegen die Versumpfungsgefahr anzupumpfen müßten.

Die „Einigkeit“ sagt in ihrem „Schlußwort“, sie freue sich, von uns erfahren zu haben, „daß die Einigung, der christliche Frieden,

bei dem niemand Sieger und niemand Besiegter sein soll, in der einfachen Unterwerfung unsrer (der „Einigkeit“) Organisationen unter die Verbände bestehen soll.“

Das ist wieder so eine Verdrehung von der Art, wie sie sich die „Einigkeit“ in jedem Artikel, den sie zur Einigungsfrage brachte, geleistet hat. Wann und wo haben wir von Unterwerfung gesprochen? Wir haben den „Lokalisten“ den Akt erteilt, sich mit ihren in den Verbänden organisierten Berufsgenossen zu verschmelzen, weil das, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, der einzige Weg ist, auf dem der gewerkschaftliche Zwiespalt beseitigt und ein einheitliches, den Interessen der Gesamtheit förderliches Arbeiten ermöglicht werden kann. Um das von uns zu erfahren, brauchte nicht erst die gegenwärtige Debatte geführt werden. Die „Einigkeit“ muß doch wissen, daß wir von jeher der Ansicht gewesen sind, die „Lokalisten“ könnten nichts Besseres thun, als sich mit den Verbänden verschmelzen. Wir denken dabei, wie wir noch am vorigen Sonntag ausführten, nicht an eine Unterwerfung. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß den „Lokalisten“ seitens der Verbände annehmbare Zugeständnisse gemacht werden müßten. Bestimmte Vorschläge über die Einigungsbedingungen können wir allerdings, wie die „Einigkeit“ zu erwarten scheint, nicht machen. Das ist nicht unsere Sache, sondern eine Angelegenheit, die nur die beteiligten Gewerkschaften angeht, deren Vertrauensleute wir bekanntlich nicht sind. Uns war es in erster Linie darum zu thun, daß die Vertreter beider gewerkschaftlicher Richtungen unter unparteiischer Leitung zusammenkämen, um über die Einigung ernstlich zu beraten. Dazu ist ja auch jetzt die Möglichkeit gegeben. Der „Einigkeit“ scheint aber schon vor der Beratung bange zu sein. Sie möchte den Zwiespalt um jeden Preis aufrecht erhalten, und deshalb versucht sie fortgesetzt, die auf ihrer Seite stehenden Genossen gruselig zu machen mit dem Gespenst der Unterwerfung unter die angeblich versumpften Verbände.

Vor diesem weisenlosen Gespenst fürchten sich aber hoffentlich die „Lokalisten“ nicht mehr. Wollen sie, die an Zahl und Bedeutung von Jahr zu Jahr wachsenden, die Einigung mit den Verbänden durchaus von der Hand weisen und auf den Zeitpunkt warten, wo sie an Entkräftung herben müssen, dann ist ihnen eben nicht zu helfen. Die Folgen ihrer Einigkeitlosigkeit haben sich die Betroffenen selbst zuzuschreiben. Wir müssen es natürlich den beteiligten Genossen überlassen, zu entscheiden, ob sie auf unsren Rat hören, oder ob sie sich auf den schroff abblendenden Standpunkt der „Einigkeit“ stellen wollen. Wir sind aber überzeugt, daß die „Einigkeit“ in dieser Angelegenheit ebenso auf Irrwegen wandelt, wie vor drei Wochen, als sie sich geneigt zeigte, mit den von allen Klassenbewußten Arbeitern gemiedenen Hamburger Accordmännern ein inniges Verhältnis einzugehen.

Hiermit können auch wir die Debatte schließen. Wir thun das in der Erwartung, daß die Genossen der lokalistischen Richtung einer Einigungsverhandlung mit der andren Seite nicht ausweichen werden.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Kürschnerversammlung tagte am Montag im „Engl. Garten“. Schreitmüller gab den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß im verflochtenen Jahre eine Einnahme von 475,80 M. zu verzeichnen war. Die Ausgaben betrugen 327,55 M., mithin ist ein Ueberfluß von 147,85 M. vorhanden; der ganze Bestand des Streifens beträgt 1192,73 M. Betreffs der Agitation bemerkte der Vertrauensmann, daß eine ganze Reihe von Versammlungen, hauptsächlich Versammlungen von den einzelnen Werkstätten der Branche stattgefunden haben, um die Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Leider sei dieses nicht immer gelungen, doch im allgemeinen sei ein Fortschritt zu verzeichnen. Dem Vertrauensmann wurde Entlastung erteilt. Ueber die weiteren Punkte der Tagesordnung entspann sich eine ziemlich lebhafte Debatte und einige man sich dahin, den Posten des Vertrauensmannes überhaupt nicht wieder zu besetzen, sondern dessen Funktionen dem Vorstände des Verbandes zu übertragen. Ebenso wurde der Streifenfonds der Kasse des Verbandes der Kürschner und verwandter Berufe Berlins und Umgegend überwiesen. Nachdem der Delegierte über die Tätigkeit des Gewerkschaftssekretärs berichtet hatte, wurde beschlossen, die Neuwahl eines Delegierten in der Wirtshausversammlung vorzunehmen. Unter „Verschiedenes“ brachte Schreitmüller zur Sprache, daß Briefe mit der Aufschrift: „An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma...“ (folgt Wohnung, Straße und Hausnummer) von allen Postanstalten in Berlin bestellt werden, nur vom Postamt 10 nicht. Von dort erhalle er alle Briefe retour mit dem Vermerk „ohne genaue Adresse nicht zu bestellen“. Eine Beschwerde bei dem Vorsteher des betr. Postamtes blieb erfolglos, deshalb wurde dem Kollegen anheim gegeben, die Sache einmal weiter zu verfolgen, um zu erfahren, wem die Schuld an diesem Verfahren beizumessen ist.

Deutscher Schuhbinder-Verband. Eine außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Berlin fand am Donnerstag im Gewerkschaftshause statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Arbeitsvermittler Bergmann bekannt, daß bei der Neuen Photographischen Gesellschaft in Steglitz in letzter Zeit mehrere Wahregelungen vorgenommen wurden, er wärnt daher, bei dieser Firma Arbeit anzunehmen, so lange die Verhältnisse nicht geregelt sind. — Dann befahte sich die Versammlung mit dem Antrage des Mitgliedes Koch auf Einführung eines Sterbegeldes für die Zahlstelle Berlin. Der Antrag wurde nach längerer Diskussion abgelehnt und eine Resolution angenommen, worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß der kommende Verbandstag die Einführung eines derartigen Unterstützungsweges beschließt. Darauf wurde über: Verschmelzung der Central-Artenkassse der Schuhbinder mit dem Verband diskutiert. Dr. L. C. R., der hierzu referierte, sprach sich für die Annahme einer Resolution aus, in der der Verbandsvorstand beauftragt wird, auf eine derartige Verschmelzung hinzuwirken, und wenn dieser Plan nicht durchführbar erscheint, der nächste Verbandstag aufgefodert wird, die Einführung von Artenkassen-Einigung im Verband vorzubereiten. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer Verschmelzung der Artenkassen mit dem Verband entgegenstehen und dieser Plan mit Rücksicht auf die Stellung der Kasse und auf die gesellschaftlichen Bestimmungen für undurchführbar erklärt. — Der vorgedruckten Zeit wegen wurde die Diskussion über diesen Punkt vertagt.

Friedenau. Ein sehr erfreuliches Resultat zeitigte eine zum Dienstagabend nach dem Gasthof „Zur grünen Linde“ einberufene öffentliche Versammlung, in welcher Genosse K. H. A. Berlin einen Vortrag über die politische Lage in Preußen-Deutschland hielt. Der Redner führte alle die Ereignisse, welche in den letzten Monaten die Öffentlichkeit in so hohem Maße beschäftigt haben, seinen Zuhörern vor Augen und kam dann auf die in diesem Jahre uns bevorstehenden Wahlen, und was dabei für die Arbeiter auf dem Spiele stehe, zu sprechen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag, einen sozialdemokratischen Wahlverein zu gründen und einen provisorischen Vorstand zu wählen, einstimmig angenommen. Gewählt wurden die Genossen Schmidt als Vorsitzender, Riegers als Schriftführer und Berendsee als Kassierer. Einschließlich derjenigen Friedenauer Genossen, welche dem Steglitzer Verein bereits angehören, meldeten sich 55 Personen zur Aufnahme.

Arbeiter-Erziehungs-Schule Berlin. Heute abend 7 Uhr Vortrag des Stadtkorrespondenten Dr. Alfred Bernke über: „Schulhygiene und Schulärzte“ in Feuersteins Festhallen, Alte Jakobstr. 75. Arbeiter-Samariterkolonne (gegründet 1888). Unvorsichtiger Händruck wegen kann der Vortrag am Montag, den 16. Februar, in der Centrale, Dresdenstraße 45, nicht stattfinden, dafür Dienstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr, ebenfalls im Vortrag des Herrn Dr. Ebnh über Augen- und Ohrenkrankheiten mit Demonstrationen. Nach dem Vortrage praktische Übungen.

